

**Teil B**

**Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)**

**B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin**

**Seiten B 1– B 26**

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten B 1 – B 12)

- 01) 277. Kiezspaziergang: Frauen der Kunst in Charlottenburg
- 02) Tag der Archive im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf
- 03) Neues Programm der Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf
- 04) Eine Zukunft aus Silber und Beton: Ausstellungsexperiment zum Mitgestalten in der Kommunalen Galerie Berlin
- 05) Frauen im geteilten Deutschland: Neue Ausstellung ab März 2026 im Rathaus Charlottenburg
- 06) Pangea-Haus sammelt Sachspenden für die Ukraine
- 07) Ukraine-Gedenktag am 24. Februar 2026: Austausch für das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit
- 08) Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf feiert Muttersprachen mit Aktionswoche
- 09) Projektfonds #2030: Think global, act local - Open Call für Projektideen
- 10) Fotografie-Ausstellung der IBB-Preisträger in der Kommunalen Galerie Berlin
- 11) Zweite Konferenz des 8er-Rates stärkt Jugendbeteiligung in Charlottenburg- Wilmersdorf

➤ **Steglitz - Zehlendorf** (Seiten B 13 - B 16)

- 01) Schwammstadt Berlin-Ausstellung bis Ende März im Rathaus Zehlendorf verlängert
- 02) Veranstaltungen rund um den Frauentag in Steglitz-Zehlendorf
- 03) Mit der VHS Steglitz-Zehlendorf dorthin gehen, wo Politik gemacht wird: Exkursionen zum Bundestag, Bundesrat und Kanzleramt

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten B 17 – B 26)

- 01) „Durch ein Fenster gesehen ...“ Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis - 1933 bis heute
- 02) Einladung zur Benennung der Grünanlage am Innsbrucker Platz in Erna-Proskauer-Park

- 03) Ausstellung „Die Partei hat immer recht. Die SED im Alltag der DDR“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg
- 04) Solidaritätskundgebung zum vierten Jahrestag des Angriffs auf die Ukraine vor dem Rathaus Schöneberg
- 05) Michael Wildenhain liest in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg
- 06) Einladung zur Umbenennung des Crellemarktes in Lucie-Leydicke-
- 07) Ehrenamt verbindet: Ehrenamtsbörse 2026 im Rathaus Schöneberg

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin** (Seiten B 27 – B 64)

- 01) KW 9 (23.02. bis 01.03.2026) – Shalom Salam. Von Ed Koch
- 02) Jungwähler. Hürdenlauf zur Wahlurne. Studie zum Wahlverhalten junger Menschen. Von Ed Koch
- 03) Völkerrecht schützen. Von Ed Koch
- 04) 28 Cent. Von Ed Koch
- 05) Würdigung für Rita Süßmuth
- 06) Irgendwas ist immer
- 07) Russian Style. Von Uwe Januszewski
- 08) KW 8 (16.02. bis 22.02.2026) – In eigener Sache
- 09) Müssen wir uns Sorgen machen? Von Ed Koch
- 10) Besuch aus Sarajevo. Von Ed Koch
- 11) Nichts ist vorbei. Von Ed Koch
- 12) Umgang mit der AfD. Von Ed Koch
- 13) Gratulation vom Checkpoint. Von Ed Koch
- 14) Bittere Botschaften. Von Ed Koch
- 15) KW 7 (09.02. bis 15.02.2026)
- 16) Never ending Stories. Von Ed Koch
- 17) Vergiss Amerika. Von Ed Koch
- 18) KW (02.02. bis 08.02.2026) – Ricarda. Von Ed Koch

**B. b) Berichte**

**Seiten B 65 – B 68**

- 01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21. 03.2025
- 02) Erfolgreiche Präsentation Virtualisierung von Heimatsammlungen in Niedersachsen

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen Seite B 69**

- 01) *Keine Mitteilungen*

**01) Keine Mitteilungen**

**C. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften** **Seiten B 1 – B 26**

**Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten B 1 – B 12)

**Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

[presse@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:presse@charlottenburg-wilmersdorf.de)

**01) 277. Kiezspaziergang: Frauen der Kunst in Charlottenburg**



Gedenktafel Asta Nielsen - Bild: Bezirksamt, KHMM

**Pressemitteilung vom 05.03.2026**

Der 277. Kiezspaziergang findet am **Sonnabend, 14. März 2026**, mit Bezirksstadträtin Astrid Duda statt. Treffpunkt ist um **14 Uhr** an der Fasanenstraße 69, der Gedenktafel von Asta Nielsen.

Der Kiezspaziergang widmet sich Künstlerinnen, die das kulturelle Leben des Bezirks geprägt haben – von Film, Fotografie und Literatur bis hin zu Tanz und bildender Kunst.

## Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026

Der Weg führt vorbei an den Ateliers von Jeanne Mammen und Lotte Jacobi, den ehemaligen Wohnhäusern von Legenden wie Isadora Duncan und Käthe Kollwitz, und endet bei der Hochschule für Musik.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Auf der [Webseite des Bezirksamts](#) finden sich Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge.

Im Auftrag  
Hommel

### Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100  
10585 Berlin](#)

## 02) Tag der Archive im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf



„Protestmarsch gegen den Ausbau der Stadtautobahn, 1980.- Bild: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim (CC BY)“

### Pressemitteilung vom 04.03.2026

Anlässlich des Tags der Archive bietet das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf am **Sonnabend, 7. März 2026, um 14 Uhr** eine besondere Archivführung in der Villa Oppenheim an. Unter dem Titel „Von der Straße ins Archiv“ lädt das Haus zum Blick hinter die Kulissen und zum Gespräch über das Sammeln von Bewegungsgeschichte ein.

Teilnehmende sind herzlich eingeladen, eigene Erinnerungsstücke mitzubringen, die von Engagement im Bezirk erzählen. Das können beispielsweise Fotos, Flugblätter, Tagebuchaufzeichnungen oder auch Plakate sein.

Das Museum sammelt Zeugnisse der vielfältigen sozialen Bewegungen, die besonders in den 1970er- und 1980er-Jahren das Leben in Charlottenburg und Wilmersdorf mitprägten

## **Seite B 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

In Kontexten wie der Friedensbewegung, bei erinnerungspolitischen Aktivitäten, Asylinitiativen oder Frauenbewegung setzten sich Menschen für eine offene und solidarische Gesellschaft ein. Ihre Materialien bewahrt das Archiv, um sie zukünftig zugänglich zu machen.

Die Teilnahme ist kostenfrei, die Plätze sind begrenzt. Um Anmeldung wird gebeten: Tel. 030 9029 24106 oder Mail an [museum@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:museum@charlottenburg-wilmersdorf.de). Weitere Informationen stehen auf der Webseite der Villa Oppenheim unter [www.villa-oppenheim-berlin.de](http://www.villa-oppenheim-berlin.de) zur Verfügung.

Im Auftrag  
Hommel

### **Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

## **03) Neues Programm der Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf**

### **Pressemitteilung vom 26.02.2026**

Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 20 Jahren können sich **ab sofort** für das neue Halbjahresprogramm 2026 der Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf anmelden. Die Anmeldung erfolgt online über die [Homepage der Jugendkunstschule](#) oder telefonisch unter der Nummer (030) 9029-27660.

Junge Kunst- und Kulturfans haben die Möglichkeit, in verschiedenen Workshops ihr kreatives Potenzial zu entdecken. Die Workshops umfassen keramisches Arbeiten, Bauen mit Holz, Malen, Zeichnen, Filmen, Fotografieren und die Erstellung einer Bewerbungsmappe für das Studium. Für jede Altersstufe und jedes künstlerische Interesse ist etwas dabei.

Am Vormittag bietet die Jugendkunstschule spannende Schulklassenprojekte an, darunter zwei neue Angebote im Schoeler-Schlösschen in Wilmersdorf. In einem Projekt nutzen die Schülerinnen und Schüler VR-Brillen, um dreidimensionales Zeichnen im Raum zu erleben. Ein weiteres neues Angebot lädt dazu ein, mit Positiv- und Negativformen sowie Collagen kreativ zu arbeiten und neue Gestaltungsmöglichkeiten auszuprobieren.

Auch am Nachmittag und an den Wochenenden gibt es Neues zu entdecken. Neben den bewährten Familienworkshops finden an mehreren Wochenenden neue Schmuckkurse statt. Diese Kurse bieten Jugendlichen die Gelegenheit, eigene Ideen umzusetzen, Materialien kennenzulernen und handwerklich kreativ zu werden.

Die Anmeldegebühr beträgt 30 Euro und kann im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets vom Jobcenter übernommen werden. In Einzelfällen kann eine Kostenübernahme über die Leon-Jessel-Stiftung oder den Freundeskreis der Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf e.V. erfolgen. Die Jugendkunstschule steht hierfür beratend zur Seite.

## **Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

Die Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf ist eine Einrichtung des Bezirksamts zusammen mit der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

### **Kontakt:**

Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf  
Nordhauser Straße 22  
10589 Berlin  
Telefon: (030) 9029-27660  
E-Mail: [info@jugendkunstschule-cw.de](mailto:info@jugendkunstschule-cw.de)

Im Auftrag  
Hommel

### **Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

## **04) Eine Zukunft aus Silber und Beton: Ausstellungsexperiment zum Mitgestalten in der Kommunalen Galerie Berlin**

### **Pressemitteilung vom 26.02.2026**

Die Kommunale Galerie Berlin zeigt mit „Eine Zukunft aus Silber und Beton“ Zukunftsvorstellungen aus ungewohnter Perspektive und wagt ein ungewöhnliches Ausstellungs-Experiment: Im Mittelpunkt stehen Materialien, Oberflächen und Farben, die seit Jahrzehnten unsere Bilder und Vorstellungen von morgen prägen – von silbrig glänzenden Fassaden bis zu kühlen Betonlandschaften. Gleichzeitig sind Besucherinnen und Besucher ausdrücklich eingeladen, die Ausstellung mitzugestalten. An bestimmten Terminen können sie Werke umhängen und eigene Arbeiten einbringen. So entstehen ständig neue Verbindungen, und die üblichen Regeln des Ausstellens werden spielerisch hinterfragt.

Zu sehen ist die Schau ab **Donnerstag, 5. März 2026**. Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz eröffnet sie **um 18 Uhr** in der Kommunalen Galerie Berlin, Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin.

Silberne, glatte Oberflächen gelten spätestens seit Le Corbusiers Konzept der „Wohnmaschine“ oder Fritz Langs Filmklassiker „Metropolis“ als Sinnbild futuristischer Architektur und Technik. Solche Materialien prägen unsere Vorstellungen von Zukunft. Doch jede Vision der Zukunft spiegelt auch die Gegenwart, in der sie entsteht.

Die Ausstellung zeigt Werke aus der hauseigenen Artothek – vor allem Druckgrafiken und Fotografien, die unterschiedliche Bezüge zum Thema herstellen. Einige Arbeiten experimentieren mit schimmernden Oberflächen und reflektierenden Materialien. Andere greifen Motive auf, die mit technologischen oder kosmischen Zukunftsbildern verbunden sind.

In mehreren Phasen verändern die Besucherinnen und Besucher die Ausstellung. Dadurch entstehen immer wieder neue Verbindungen zwischen den Werken. Das Projekt stellt die übliche Rolle von Kuratorinnen und Kuratoren infrage: Statt auf eine klar

## **Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

vorgegebene Bildauswahl und Anordnung setzt die Ausstellung auf Austausch und Zusammenarbeit. Sie bleibt in Bewegung und entwickelt sich durch die Beteiligung des Publikums ständig weiter.

### **Bilder umhängen und eigene Werke anbringen können Besuchende an diesen Terminen:**

- Donnerstag, 5. März 2026, 18 Uhr (Eröffnung)
- Samstag, 7. März 2026, 13-15 Uhr
- Mittwoch, 11. März 2026, 16-18 Uhr
- Mittwoch, 18. März 2026, 16-18 Uhr
- Samstag, 21. März 2026, 13-15 Uhr
- Mittwoch, 25. März 2026, 16-18 Uhr
  
- Mittwoch, 8. April 2026, 16-18 Uhr
- Samstag, 11. April 2026, 13-15 Uhr
- Samstag, 18. April 2026, 13-15 Uhr
- Mittwoch, 22. April 2026, 16-18 Uhr

### **Rahmenprogramm:**

#### **Mittwoch, 15. April 2026, 18 Uhr**

„Bye Curating! Ist das das Ende des Kuratierens?“

Ein Gespräch über kuratorische Praktiken mit

- Leonie Rösler und Marlene Sichelschmidt, Kunsthistorikerinnen und freies Kuratorinnenduo
- Barbara Höffer, Leitung Kommunale Galerie und Fachbereich Kultur des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf
- Viviane Linek, Volontärin und Konzeptgeberin der Ausstellung

Der Eintritt ist frei.

**Eröffnung und Projektstart:** Donnerstag, 5. März 2026, 18 Uhr

**Laufzeit:** Freitag, 6. März, bis Sonntag, 26. April 2026

#### **Ort:**

Kommunale Galerie Berlin  
Hohenzollerndamm 176  
10713 Berlin

#### **Öffnungszeiten:**

Di bis Fr 10-17 Uhr

Mi 10-19 Uhr

Sa und So 11-17 Uhr

Im Auftrag

Räsch

[Kontakt](#)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**05) Frauen im geteilten Deutschland: Neue Ausstellung ab März 2026 im Rathaus Charlottenburg**

**Pressemitteilung vom 24.02.2026**

Die Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“ eröffnen Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger und Lidia Perico von der Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung (SBNE) am **Donnerstag, 5. März 2026, um 17 Uhr** in der Rathausgalerie im Rathaus Charlottenburg. Die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beleuchtet die Lebenswirklichkeiten von Frauen in Ost- und Westdeutschland während der 1970er- und 1980er-Jahre und ist bis Dienstag, 31. März 2026, zu sehen.

Auch mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung begegnen uns zahlreiche Klischees über „die Ostfrau“ und „die Westfrau“ im Alltag. Die Ausstellung fragt, woher diese Zuschreibungen stammen, was an ihnen dran ist und wie sie das Bild der Frau im vereinten Deutschland bis heute beeinflussen. Auf 20 großformatigen Plakaten zeigt sie die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollenbilder und Erfahrungen von Frauen in beiden deutschen Staaten. Ziel ist es, die Vielfalt weiblicher Lebensrealitäten sichtbar zu machen und zu zeigen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede Frauen trotz unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verbanden.

Kuratiert von Clara Marz, ist die Ausstellung ein Beitrag zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit.

Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung ist werktags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Zugang ist barrierefrei.

Weitere Informationen zur Ausstellung sind auf der Webseite der Bundesstiftung Aufarbeitung unter <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/frauen-im-geteilten-deutschland> zu finden.

**Veranstaltungsdetails:**

Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“  
5. bis 31. März 2026  
Rathausgalerie (2. OG)  
Otto-Suhr-Allee 100  
10585 Berlin

**Kontakt:**

[Stabsstelle für nachhaltige Entwicklung](#)  
Juliane Brix  
E-Mail: [sbne@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:sbne@charlottenburg-wilmersdorf.de)

Im Auftrag  
Blümlein

**Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**06) Pangea-Haus sammelt Sachspenden für die Ukraine**

**Pressemitteilung vom 20.02.2026**

Eine Spendenaktion zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine organisiert das Pangea-Haus e.V. in Kooperation mit dem Zentralverband der Ukrainer in Deutschland (ZVUD) anlässlich des vierten Jahrestages des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die Aktion findet am **Montag, 23. Februar, von 18 bis 20 Uhr**, sowie am **Dienstag, 24. Februar 2026, von 11 bis 18 Uhr** im Pangea-Haus statt.

Im Rahmen eines Spendenevents werden gezielt dringend benötigte Sachspenden gesammelt. Alle gesammelten Hilfsgüter werden vom ZVUD direkt in die Ukraine transportiert und dort bedarfsgerecht verteilt.

Es werden ausschließlich folgende Sachspenden benötigt und angenommen:

- Powerbanks
- Thermounterwäsche
- Warme Socken
- Feuchttücher
- Konserven
- Erkältungsmedikamente
- Lutschtabletten
- Verbandmaterial (verschiedene Arten)
- Feuerlöscher

Für Rückfragen stehen Annali Colombo und Maria Weiß vom Pangea-Haus e.V. telefonisch und (030) 6296 1654 oder per Mail an [kontakt@pangea-haus.de](mailto:kontakt@pangea-haus.de) zu Verfügung.

**Veranstaltungsort:**

Pangea-Haus e.V.  
Trautenaustraße 5  
10717 Berlin  
Veranstaltungsraum „Bullauge“ (Erdgeschoss)

Im Auftrag  
Blümlein

**Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**07) Ukraine-Gedenktag am 24. Februar 2026: Austausch für das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit**

**Pressemitteilung vom 19.02.2026**

Einen Gedenk- und Aktionstag für das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit und Jugend gestalten am **Dienstag, 24. Februar 2026**, Kinder und Jugendliche auf dem Ernst-Reuter-Platz in Charlottenburg. Vier Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stehen an diesem Tag die Auswirkungen von Krieg und weltweiten Konflikten auf junge Menschen im Mittelpunkt.

Die Veranstaltung findet im gläsernen Pavillon „bauhaus reuse“ in der Mitte des Ernst-Reuter-Platzes statt. Am Vormittag **ab 8.30 Uhr** setzen sich Schulklassen kreativ mit den Folgen von Krieg und Gewalt auseinander. In einer geschützten und begleiteten Atmosphäre können sie sich begegnen, persönliche Gedanken und Gefühle äußern und über das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit und Jugend sprechen.

Am Nachmittag öffnet der Pavillon für alle Interessierten. Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, zuzuhören, mitzudiskutieren und gemeinsam zu gedenken. In offenen Gesprächs- und Austauschformaten geht es darum, wie Krieg und Gewalt junge Menschen prägen und wie Frieden im Alltag gestärkt werden kann.

Um 17 Uhr ist ein gemeinsamer Abschluss mit dem Jugendstadtrat Simon Hertel geplant. Die Big Band des Heinz-Berggruen-Gymnasiums begleitet die Veranstaltung musikalisch.

**Simon Hertel Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit:**

„Jedes Kind hat das Recht auf ein gewaltfreies Aufwachsen. Gerade in Zeiten zunehmender Krisen ist es wichtig, jungen Menschen Raum für ihre Stimmen, Gefühle und Perspektiven zu geben. Frieden beginnt im Alltag, in unserem Miteinander und in der Verantwortung füreinander.“

**Jugendamtsdirektorin Sonya Mayoufi**

„Gemeinsam mit den Akteuren der Jugendhilfe setzen wir ein deutliches Zeichen für Kinderrechte. Dass freie und öffentliche Träger diese Veranstaltung gemeinsam gestalten, zeigt unsere gemeinsame Verantwortung für den Schutz und die Beteiligung junger Menschen.“

Veranstaltet wird der Gedenktag von Pastor Hendrik Kissel, der Friedenskirche Charlottenburg, vom Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf, der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, dem Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf, BeteiliJUNG, DorfwerkStadt e.V., der bezirklichen Koordinierungsstelle Netzwerk für Alleinerziehende und dem Haus der Jugend Charlottenburg in Kooperation mit dem Jugendclubring Berlin e.V., VERAMI e.V. sowie weiterer Träger der Jugendhilfe.

Weitere Informationen für Schülerinnen und Schüler sowie auch für alle Interessierten sind auf der [Webseite der Friedenskirche](#) zu finden.

Im Auftrag

Räsch

[Kontakt](#)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**08) Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf feiert Muttersprachen mit Aktionswoche**

**Pressemitteilung vom 16.02.2026**

Anlässlich des Internationalen Tags der Muttersprache am Samstag, 21. Februar 2026, lädt die Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf von **Montag, 16. Februar, bis Dienstag, 24. Februar 2026**, dazu ein, die sprachliche Vielfalt des Bezirks zu erleben.

In fünf Bibliotheken erwartet die Besucherinnen und Besucher ein buntes Programm mit Vorleseangeboten, Bilderbuchkinos und kreativen Aktivitäten für Familien – in verschiedenen Sprachen, darunter Spanisch, Türkisch, Rumänisch, Polnisch, Italienisch, Englisch und Französisch.

**Programmauftakt:**

- Montag, 16. Februar 2026, 12 bis 16 Uhr Adolf-Reichwein-Bibliothek: Mitmachaktion für den Kiez – „Verraten Sie uns Ihren Dialekt!“
- Montag, 16. Februar 2026, 16.30 Uhr Eberhard-Alexander-Burgh-Bibliothek: Bilderbuchkino auf Spanisch und Deutsch

Das gesamte Programm ist auf der [Website der Stadtbibliothek Charlottenburg-Wilmersdorf](#) verfügbar.

Mit der „Woche der Muttersprachen“ rücken die Bibliotheken im Bezirk die Bedeutung von Sprache als Träger von Identität, Erinnerung und kulturellem Austausch in den Mittelpunkt.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist kostenfrei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

**Teilnehmende Bibliotheken:**

- Adolf-Reichwein-Bibliothek, Berkaer Str. 7, 14199 Berlin
- Dietrich-Bonhoeffer-Bibliothek, Brandenburgische Str. 2, 10713 Berlin
- Eberhard-Alexander-Burgh-Bibliothek, Rüdeshheimer Straße 14, 14197 Berlin
- Heinrich-Schulz-Bibliothek mit Musikabteilung, Otto-Suhr-Allee 98, 10585 Berlin
- Johanna-Moosdorf-Bibliothek, Westendallee 45, 14052 Berlin

Im Auftrag  
Hommel

**Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**09) Projektfonds #2030: Think global, act local - Open Call für Projektideen**

**Pressemitteilung vom 13.02.2026**

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf fördert 2026 erneut lokales Engagement für die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030). Mit dem bezirklichen Projektfonds „#2030“ unterstützt die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung (SBNE) Projekte, die mit bis zu 2.000 Euro gefördert werden können.

Bewerben können sich Schulen, gemeinnützige Initiativen und Vereine, die im Laufe des Jahres 2026 ein Vorhaben im Bezirk umsetzen möchten. Ziel der Förderung ist es, globale Zusammenhänge auf lokaler Ebene sichtbar zu machen und das Bewusstsein für nachhaltiges Handeln in Charlottenburg-Wilmersdorf zu stärken.

Informationen zu Fördervoraussetzungen, Antragsverfahren und inspirierende Beispiele aus dem Vorjahr – wie das Gartenprojekt „Einfach Beeten“ in der Fritschestraße, das Schulfest der Katholischen Schule Liebfrauen, der Aufbau einer Reparaturwerkstatt an der Comenius-Schule oder die Aktion „Nachhaltige Pizzaboxen“ der Initiative Plastikwende Friedenau – sind auf der Webseite der SBNE unter <https://sbne.de/veranstaltungen/projektfonds-2030/> zu finden.

Interessierte können ihre Projektideen per E-Mail an [sbne@charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:sbne@charlottenburg-wilmersdorf.de) senden. Für Rückfragen steht Lidia Perico, Leiterin der SBNE, telefonisch unter 030 9029 12014 zur Verfügung.

**Hintergrund**

Charlottenburg-Wilmersdorf engagiert sich aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene. Die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung (SBNE) des Bezirksamtes koordiniert und unterstützt zahlreiche Projekte, Initiativen und Bildungsangebote, um nachhaltiges Denken und Handeln im Bezirk zu fördern. Ziel ist es, globale Herausforderungen durch lokale Maßnahmen anzugehen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung für nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren

Im Auftrag  
Blümlein

**Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**10) Fotografie-Ausstellung der IBB-Preisträger in der Kommunalen Galerie Berlin**

**Pressemitteilung vom 12.02.2026**

Die Ausstellung zum 19. IBB-Preis für Photographie eröffnet die Kommunale Galerie Berlin am **Donnerstag, 19. Februar 2026, um 18 Uhr**. Die Schau ist vom 20. Februar bis 26. April 2026 in der Galerie am Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin zu sehen. Der Eintritt ist kostenfrei.

Die diesjährigen Preisträger sind Jana Pressler (Hauptpreis) und Moritz Haase (Anerkennungspreis). Jana Pressler erhält den Hauptpreis für ihre überzeugende Erforschung des Potentials der Fotografie. Moritz Haase wird für seine fotografische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit im Medium der Fotografie mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet.

Der IBB-Preis für Photographie wird seit 2007 von der Investitionsbank Berlin (IBB) in Kooperation mit dem Freundeskreis der UdK Berlin | Karl Hofer Gesellschaft ausgelobt.

Der Wettbewerb richtet sich an Studierende sowie Absolventen der UdK Berlin, die ihr Studium in den letzten fünf Jahren abgeschlossen haben und in der Regel jünger als 35 Jahre alt sind.

Im Auftrag  
Hommel

**Kontakt**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**11) Zweite Konferenz des 8er-Rates stärkt Jugendbeteiligung in Charlottenburg- Wilmersdorf**

**Pressemitteilung vom 11.02.2026**

Die zweite Konferenz des 8er-Rates in Charlottenburg-Wilmersdorf fand **Ende Januar 2026**, unter Teilnahme von Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz und Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger in der Sporthalle Charlottenburg statt.

Der 8er-Rat ist ein neues Beteiligungsformat, das seit Ende vergangenen Jahres durch das Projekt „BeteiliJUNG“ im Bezirk realisiert wird. Es ermöglicht Schülern der 8. Klassen aus drei verschiedenen Schulen, ihre Perspektiven, Ideen und Anliegen aktiv in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Ziel ist es, jungen Menschen Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen. Damit soll die Bedeutung von Beteiligung als Grundlage lebendiger Demokratie sichtbar werden.

Im Mittelpunkt der zweiten Konferenz stand die Entwicklung eigener Projektideen durch die teilnehmenden Jugendlichen. Diese stellten sie im Rahmen eines Gallery Walks, also

## **Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

eines Ausstellungsrundgangs, einem Publikum aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vor. Dabei überzeugten die Jugendlichen durch kreative Ansätze, klare Argumentationen und engagierte Diskussionen. Das große Interesse der Anwesenden bot zudem Gelegenheit, Unterstützern für die Umsetzung der Projekte zu gewinnen.

Die Themen der Projekte reichten von der Verbesserung von Sport- und Spielplätzen, Grünflächen und Parks über die Einrichtung zusätzlicher Wasserspender, Hilfsangeboten für LGBTQIA+-Personen, zusätzlichen Sitz- und Wetterschutzmöglichkeiten an Haltestellen bis hin zu neuen Mitmachangeboten in Bibliotheken und MakerSpaces. Auch Schulverpflegung, Sicherheit und soziale Fragen spielten eine zentrale Rolle.

Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz und Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger zeigten sich beeindruckt vom Engagement und der Kreativität der Jugendlichen und stellten bereits erste Umsetzungsansätze in Aussicht.

Den Jugendlichen, die sich auch über die Konferenz hinaus im Bezirk engagieren möchten, wurde beim Gallery Walk weitere Unterstützung durch zahlreiche Engagierte aus Verwaltung und Zivilgesellschaft zugesagt.

Mit der zweiten Konferenz knüpfte der 8er-Rates an die Auftaktveranstaltung vom 7. November 2025 an. Damals erfuhren die Jugendlichen aus den drei teilnehmenden Schulen – Gottfried-Keller-Gymnasiums, Robert-Jungk-Oberschule und Paula-Fürst-Schule – die Aufgaben der bezirklichen Verwaltung und lernten ihre Ansprechpersonen kennen.

Im Auftrag  
Blümlein

### **Kontakt**

#### **Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)  
[10585 Berlin](#)

**Steglitz-Zehlendorf** (Seiten B 13 – B 16)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

**Postanschrift:**

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf  
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation  
14160 Berlin

[presse@ba-sz.berlin.de](mailto:presse@ba-sz.berlin.de)

**01)** Schwammstadt Berlin-Ausstellung bis Ende März im Rathaus Zehlendorf verlängert

**Pressemitteilung vom 04.03.2026**



Sieger REGENIAL! 2024: Wassersensibler Umbau des Schulhofs der Grundschule St. Ursula in Berlin – Zehlendorf - *Bild: COQUI MALACHOWSKA COQUI Städtebau Landschaftsarchitektur PartG mbB*

Berlin ist auf dem Weg zur Schwammstadt. Wie das konkret aussehen kann, zeigt die Berliner Regenwasseragentur mit ihrer Wanderausstellung „REGENIAL! Ihr zukunftsweisendes Schwammprojekt für unsere Schwammhauptstadt“.

Bis zum 31.03.2026 ist die Ausstellung im Rathaus Zehlendorf zu sehen. 18 ausgewählte Projekte präsentieren beispielhaft, wie Wohnhäuser, Industriestandorte, Quartiere,

## **Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

Schulen sowie öffentliche Straßen, Plätze und Parks zur klimaresilienten Infrastruktur umgestaltet werden können.

Gezeigt werden kleine wie große Bauvorhaben, die mit Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung, Flächenentsiegelung, Versickerungsanlagen oder Zisternen das Regenwasser klug bewirtschaften – und so aktiv zur Klimaanpassung beitragen.

Die Wanderausstellung, die bereits seit September 2024 an wechselnden Orten in Berlin Station macht, umfasst insgesamt 49 Projekte, die aus einem Projektwettbewerb der Berliner Regenwasseragentur hervorgegangen sind. Alle Projekte sind online in der [Schwammstadt-Datenbank](#) der Regenwasseragentur zu finden.

**Ausstellung „Schwammstadt Berlin“**  
**Rathaus Zehlendorf, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin**  
**Bauteil A, Flure Erdgeschoss und 1. Obergeschoss**  
**02. Februar bis 31. März 2026**

### **02) Veranstaltungen rund um den Frauentag in Steglitz-Zehlendorf**

#### **Pressemitteilung vom 19.02.2026**

Rund um den internationalen **Frauentag am 8. März** setzt der Bezirk Steglitz-Zehlendorf ein starkes Zeichen für Solidarität, Vernetzung und politische Teilhabe von Frauen. Die **Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte lädt zusammen mit dem Frauenbeirat** zu folgenden Veranstaltungen rund um den Frauentag 2026 ein:

Den Auftakt macht die Veranstaltung **„Anstoß für mehr Gleichstellung“** am Freitag, den **6. März, von 18:00 bis 20:00 Uhr** im Rathaus Steglitz. Die ehemalige Fußballnationalspielerinnen und eine der diesjährigen Frauenpreisträgerinnen **Ariane Hingst** wird Einblicke in ihre sportliche Karriere, das Empowerment von Frauen durch Sport sowie den Frauenfußball-Club „FC Viktoria Berlin“ geben. Auch Spielerinnen von FC Viktoria Berlin werden beim Abend präsent sein. Zuvor werden \*Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg gemeinsam mit den Bezirksstadträtinnen Carolina Böhm und Malgorzata Sijbrandi\* Einblicke und Überblicke in Gleichstellungsthemen im Bezirk geben. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung vom Frauenchor Fatal Vokal. Zudem gibt es Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung.

Die **Teilnahme ist kostenlos**, jedoch sind die Plätze begrenzt. Eine **Anmeldung ist erforderlich** unter [frauenbeauftragte@ba-sz.berlin.de](mailto:frauenbeauftragte@ba-sz.berlin.de). Kinderbetreuung kann auf Anfrage angeboten werden. Die gemeinsame Veranstaltung der Frauenbeauftragten und des Frauenbeirats wird bei der gastronomischen Betreuung durch die BRLO GmbH unterstützt.

Am Sonntag, den **8. März, um 12 Uhr**, lädt das BALI-Kino zur Filmvorführung von **„Die Unbeugsamen“** ein. Der Dokumentarfilm erzählt von den ersten Bundestagsabgeordneten der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Vorreiterrolle für die politische Repräsentation von Frauen. Trotz sexistischer Stereotype und vieler Widerstände kämpften sie für mehr Frauenrechte und setzten wichtige Akzente. Im Anschluss an den Film wird es ein Gespräch mit einer ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Protagonistin des Films geben, die aus ihrer Parlamentsarbeit in den 1980er Jahren berichtet. Der Kinobesuch beträgt 10,00 € (ermäßigt 8,00 €).

## **Seite B 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

Diese Veranstaltung ist eine Kooperation des BALI-Kinos, der Frauenbeauftragten und der VHS Steglitz-Zehlendorf.

Am **Freitag, den 13. März, von 18:00 bis 20:00 Uhr**, geht es in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek um die Frage „**Patriarchat in der Gynäkologie – welche Folgen hat das für Frauen?**“ In einem Publikumsgespräch mit **Prof. Dr. Mandy Mangler**, Chefärztin und Podcasterin, sowie **Esther Kogelboom**, Redakteurin beim Tagesspiegel und Co-Moderatorin des Podcasts „Gyncast“, werden vielfältige Fragen rund um Frauengesundheit thematisiert. Die Expertinnen beleuchten die Auswirkungen patriarchalischer Strukturen auf die Gynäkologie und fördern Aufklärung sowie Selbstbewusstsein für den eigenen Körper. In ihrem Podcast korrigieren sie Mythen und Irrtümer zur Frauengesundheit.

Die Veranstaltung ist kostenlos, aber eine Anmeldung wird erbeten unter Tel.: (030) 90299 2410 oder per E-Mail an [event-bibliothek@ba-sz.berlin.de](mailto:event-bibliothek@ba-sz.berlin.de) .

Über diese Veranstaltungen hinaus bieten Organisationen und Träger im Bezirk vielfältige Veranstaltungen von und für Frauen an, rund um die Themen Kultur, Geschichte, Bildung, und Familie. Sie können im Programm „Frauentag 2026“ unter <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/frauentag-2026-1642401.php> abgerufen werden.

### Veranstaltungsprogramm Frauentag 2026

- **Veranstaltungsprogramm Frauentag 2026**

PDF-Dokument (1.0 MB) <file:///D:/Downloads/frauentag2026.pdf>

### **03) Mit der VHS Steglitz-Zehlendorf dorthin gehen, wo Politik gemacht wird: Exkursionen zum Bundestag, Bundesrat und Kanzleramt**

#### **Pressemitteilung vom 09.02.2026**

Die Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf bietet politisch Interessierten im Frühjahr 2026 spannende Kurse mit Exkursionen zu den zentralen Orten der deutschen Politik: dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und dem Bundeskanzleramt. Diese Kurse ermöglichen einmalige Einblicke in die Abläufe und Orte, an denen politische Entscheidungen getroffen werden.

Die Kurse zeichnen sich durch ihre hohe Praxisnähe aus. Die Teilnehmenden erleben Politik nicht nur theoretisch, sondern auch direkt vor Ort. So erhalten sie ein lebendiges und authentisches Verständnis für die Funktionsweise unseres parlamentarischen Systems, die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure und politischen Prozesse.

Die VHS Steglitz-Zehlendorf lädt herzlich ein zu folgenden Kursen:

- **Politik für Alle: Die Bundesregierung und die Länder – mit Besuch des Bundesrates** (Kursnummer SZ112-004) am 20.03.2026 (Entgelt: 15,75 €)

## **Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

- **Einblick in die Politik: Öffentliche Anhörung eines Ausschusses des Deutschen Bundestages** (SZ112-096) drei Kurs-Termine ab 18.03.2026 (Entgelt: 19,75 €)
- **Einblick in die Politik: Plenarsitzung des Deutschen Bundestages** (SZ112-098) drei Kurstermine ab 15.04.2026 (Entgelt: 19,75 €)
- **Die Gier – dreiteiliger Abendkurs mit Besuch im Kanzleramt** (SZ112-006) Kursbeginn am 10.03.2026 (Entgelt: 30,85 €, ermäßigt 19,75 €)

Anmeldungen sind ab sofort online, per E-Mail: [service@vhssz.de](mailto:service@vhssz.de) oder persönlich in den Servicebüros der VHS Steglitz-Zehlendorf möglich. Weitere Informationen erhalten Interessierte in der Kurssuche unter [www.vhssz.de](http://www.vhssz.de) oder bei Michael S. Rauscher, Leiter der VHS Steglitz-Zehlendorf, per E-Mail [rauscher@vhssz.de](mailto:rauscher@vhssz.de)

**Tempelhof - Schöneberg** (Seiten B 17 – B 26)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)  
[10825 Berlin](#)

**Telefon:** (030) 90277-6281

[pressestelle@ba-ts.berlin.de](mailto:pressestelle@ba-ts.berlin.de)

**01)** „Durch ein Fenster gesehen ...“ Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis - 1933 bis heute

**Pressemitteilung Nr. 080 vom 05.03.2026**

[Neue Sonderausstellung im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße](#)

Am 11. März 2026 um 18 Uhr eröffnet die neue Sonderausstellung „Durch ein Fenster gesehen ...‘ Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute“ im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße.

**Ausstellungseröffnung**

„Durch ein Fenster gesehen ...“

**Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute**

**Mittwoch, 11. März 2026 um 18 Uhr**

**Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße**  
**Werner-Voß-Damm 54 A, 12101 Berlin**

**Laufzeit: 12. März 2026 bis 27. September 2026**

Mitten im heutigen Stadtalltag liegt das ehemalige SA-Gefängnis in der Papestraße – ein Ort, der über Jahrzehnte kaum im öffentlichen Bewusstsein präsent war. Als frühes Instrument nationalsozialistischer Gewalt war es Schauplatz politischer Verfolgung und zugleich Teil des Alltagsraums einer Berliner Nachbarschaft. Seine Geschichte ist untrennbar mit dem Gebäude, seiner Umgebung und den Lebenswegen der Menschen verbunden, die hier lebten, arbeiteten oder inhaftiert waren.

In drei Kapiteln spannt die Ausstellung einen Bogen vom Inneren des Hauses über seine direkte Umgebung bis zum gesamten Kiez. Entlang von Kontinuitäten, Brüchen und Neuanfängen erzählt sie eine Geschichte dieser Nachbarschaft. Historische Fotografien und Karten, Interviews und künstlerische Zugriffe bieten den Besuchenden Einblicke in die vielfältigen Lebensbiografien und politischen Entwicklungen über fast 100 Jahre Schöneberger Geschichte hinweg.

Programm zur Ausstellungseröffnung am 11. März 2026

**Moderation:**

- Dr. Irene von Götz, Leiterin der Museen Tempelhof-Schöneberg

## **Seite B 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

### **Begrüßung:**

- Tobias Dollase, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur
- Dr. Irmgard Zündorf, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

### **Zur Ausstellung:**

- Anna-Lena Almstedt und Sara Zarreh Hoshyari Khah, Studierende der FU Berlin

Die Ausstellung ist eingeschränkt barrierefrei zugänglich und auf Englisch verfügbar. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website zum Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße](#).

Pressebesichtigungen können zwischen dem 9. und 10. März 2026 vereinbart werden. Eine Auswahl von Pressefotos wird gerne auf Anfrage zugesandt.

### **Kontakt:**

#### **Fachbereich Kunst, Kultur, Museen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [\(030\) 90277-6227](tel:030902776227)
- [presse-museum@ba-ts.berlin.de](mailto:presse-museum@ba-ts.berlin.de)

## **02) Einladung zur Benennung der Grünanlage am Innsbrucker Platz in Erna-Proskauer-Park**

### **Pressemitteilung Nr. 077 vom 05.03.2026**

Am 23. März 2026 wird die Grün- und Erholungsanlage am Innsbrucker Platz in **Erna-Proskauer-Park** benannt.

Die Benennung geht auf einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 25. August 2021 zurück. Mit der konsequenten Um- und Neubenennung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen nach Frauen setzt sich das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg für die Würdigung von Frauen in Gesellschaft, Kultur und Geschichte ein.

Wir laden Sie herzlich zur feierlichen Enthüllung der Schilder ein:

**23. März 2026 um 17:00 Uhr**

**Eingang zur Grünanlage bei der S-Bahn-Brücke**



*Bild: Ulrike Harbort, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg*

### Erna Proskauer – Leben und Wirken

**Erna Proskauer geb. Aronsohn (1903–2001)** war Juristin und Schönebergerin. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Max Proskauer lebte sie ab 1930 in der Schwäbischen Straße 3. Sie schloss 1931 ihre juristische Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen ab und strebte als Gerichtsassessorin eine Karriere als Richterin an. Aufgrund des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und ihrer jüdischen Herkunft wurde Erna Proskauer im April 1933 jedoch erst beurlaubt und im Juli 1933 schließlich aus dem Staatsdienst entlassen. Noch im selben Jahr emigrierte sie mit dem Ehemann zunächst nach Frankreich und im darauffolgenden Jahr nach Palästina.

1953 kehrte Erna Proskauer nach West-Berlin zurück. Sie ging fest davon aus, ihre juristische Laufbahn als Richterin fortsetzen zu können, ihr Antrag wurde jedoch abgelehnt. Sie klagte dagegen, verlor aber 1956 in letzter Instanz. Die diskriminierende Begründung lautete, dass sie aus beamtenrechtlichen Gründen „als verheiratete Frau“ nicht in den Justizdienst aufgenommen worden wäre.

Daraufhin arbeitete sie ab 1957 als Anwältin und unterstützte Opfer des Nationalsozialismus bei Entschädigungsanträgen. 1962 wurde sie zusätzlich zur Notarin bestellt. Für ihr Engagement erhielt sie 1995 das Bundesverdienstkreuz.

## **Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

### **Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:**

„Mit der Benennung dieses Parks nach Erna Proskauer ehren wir eine Frau, die für die Anerkennung erlittenen Unrechts stand – und setzen zugleich ein Zeichen dafür, Frauen und ihre Beiträge zu Gesellschaft und Geschichte stärker im öffentlichen Raum zu verankern.“

### **Kontakt**

**Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz**  
Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-6001](tel:030902776001)

### **03) Ausstellung „Die Partei hat immer recht. Die SED im Alltag der DDR“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg**

#### **Pressemitteilung Nr. 071 vom 27.02.2026**

Im Mittelpunkt der Plakatausstellung steht die Ära Honecker. Sie beleuchtet das Verhältnis der SED zur DDR-Gesellschaft – mit Blick auf die Funktionäre und Mitglieder ebenso wie auf deren Rolle und Wahrnehmung im Alltag der Diktatur.

**Ausstellung „Die Partei hat immer recht. Die SED im Alltag der DDR“**  
**Laufzeit: 2. März bis 23. Mai 2026**

**Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, Einstein-Bögen im 1. Obergeschoss, Barbarossaplatz 5, 10781 Berlin**

#### **Öffnungszeiten:**

**Montag bis Freitag: 8:30 bis 21:30 Uhr**

**Samstag und Sonntag: 9:30 bis 17:00 Uhr**

**Öffnungszeiten in den Ferien abweichend.**

**Eintritt kostenfrei.**

Gezeigt werden die Mechanismen der SED-Herrschaft – ideologische Schulung, Kontrolle, Repression und das ständige Einfordern von Loyalität. Die Ausstellung wurde von der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt und von Stefan Wolle kuratiert. Sie verdeutlicht, wie die Partei ihr Machtmonopol mit Hilfe von Polizei, Justiz und Staatssicherheit absicherte und zugleich ein System sozialer Abhängigkeiten und Gewöhnung schuf. Zugleich thematisiert sie die Widersprüche des Lebens in der Diktatur zwischen Überzeugung und Anpassung, Idealismus und Opportunismus.



## Kontakt

**Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg**  
Programmbereichsleiter, stellvertretender Leiter  
Martin Behringer

- [martin.behringer@ba-ts.berlin.de](mailto:martin.behringer@ba-ts.berlin.de)

**04) Solidaritätskundgebung zum vierten Jahrestag des Angriffs auf die Ukraine vor dem Rathaus Schöneberg**



Anna Chetverikova, Anastasija Au, Hanna Slobodyanyuk-Montavon, Zweite Botschaftssekretärin Nina Masol, Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Vizebürgermeister Vitalii Lukov und die Bezirksstadträte Tobias Dollase, Dr. Saskia Ellenbeck, Matthias Steuckardt, Eva Majewski Sparacino und Oliver Schworck (von links).-

*Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg*

**Pressemitteilung Nr. 065 vom 24.02.2026**

Anlässlich des vierten Jahrestags des russischen Überfalls auf die Ukraine fand heute zum fünften Mal eine Solidaritätskundgebung vor dem Rathaus Schöneberg statt. Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann hisste gemeinsam mit der Zweiten Botschaftssekretärin der Ukrainischen Botschaft, Nina Masol, und dem ersten Vizebürgermeister der Solidaritätspartnerstadt Mykolajiw, Vitalii Lukov, die ukrainische Flagge. Redebeiträge gab es von Anastasija Au (Projektleiterin Infopoint Schöneberg hilft e.V.) und Anna Chetverikova (Geflüchtete, Studentin und Übersetzerin für Schöneberg hilft e.V.). Stellvertretend für die seit 2025 bestehende Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Mykolajiw sprach auch Hanna Slobodyanyuk-Montavon (Mykolaiv Waterhub).

Nach der Hissung läutete die Freiheitsglocke.

**Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:**

„Seit dem 24. Februar 2022 weht die ukrainische Fahne als deutliches Zeichen der Verbundenheit vor dem Rathaus Schöneberg. Wir stehen fest an der Seite der ukrainischen Bevölkerung und wünschen einen Frieden in Freiheit und Souveränität. Den ukrainischen Geflüchteten in der Not beizustehen, ist eine Aufgabe, der sich viele Ehrenamtliche in Tempelhof-Schöneberg mit viel Herzblut dauerhaft angenommen haben. Ihnen gebührt unser aller Anerkennung und Wertschätzung.“

**Hanna Slobodyanyuk-Montavon:**

„Die Ukraine verteidigt nicht nur ihr eigenes Land. Wir verteidigen das Recht freier Gesellschaften, ihren eigenen Weg zu wählen. In diesen vier Jahren haben wir erfahren, was echte Solidarität bedeutet. Die Unterstützung aus Berlin – insbesondere aus

## **Seite B 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

Tempelhof-Schöneberg – ist für Mykolajiw nicht nur symbolisch. Sie ist partnerschaftlich und menschlich. Ich danke Ihnen für Ihre Freundschaft, Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.“

### **Kontakt**

Organisationseinheit Pressestelle und Veranstaltungsmanagement

Laura Frömberg

Telefon: +49 30 90277-3497

[E-Mail an das Veranstaltungsmanagement](#)

## **05) Michael Wildenhain liest in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg**

### **Pressemitteilung Nr. 061 vom 20.02.2026**

Die Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg präsentiert am Freitag, dem 13. März 2026, eine Lesung mit dem renommierten Autor Michael Wildenhain. Um 19:30 Uhr stellt er seinen neuesten Roman „Das Ende vom Lied“, der 2026 erschienen ist, in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg vor.

### **Lesung mit Michael Wildenhain – „Das Ende vom Lied“**



*Bild: Klett-Cotta-Verlag*

**Freitag, 13. März 2026 um 19:30 Uhr**

**Mittelpunktbibliothek Schöneberg, Hauptstraße 40, 10827 Berlin**

**Der Eintritt ist frei.**

**Um eine [Anmeldung über das Online-Anmeldeformular](#) wird gebeten.**

<https://app.cituro.com/booking/stadtteilbibliotheklichtenrade/profiles/11f10195111d65b08e42950b6ede8fd3#show=11f10343e44587d48e42950b6ede8fd3>

Für Michael Wildenhain ist diese Lesung etwas Besonderes. Wie er im persönlichen Gespräch berichtete, hat er in der Mittelpunktbibliothek Schöneberg selbst lesen gelernt und viele Stunden seiner Kindheit hier verbracht. Auch sein neuer Roman ist eng mit dem Stadtteil verbunden, die Handlung spielt im Schöneberger Kiez und greift dessen Atmosphäre, Geschichte und soziale Spannungen eindrucksvoll auf.

## **Seite B 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

### **Über den Autoren:**

Michael Wildenhain, 1958 in Berlin geboren, lebt bis heute in seiner Heimatstadt. Nach einem Studium der Philosophie und Informatik engagierte er sich in der Hausbesetzerszene, ein Umfeld, das seine frühen literarischen Werke prägte. Für sein Schaffen wurde er vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Alfred-Döblin-Preis und dem Brandenburger Kunstpreis. Mehrere seiner Romane waren für bedeutende Literaturpreise nominiert, darunter der Deutsche Buchpreis und der Preis der Leipziger Buchmesse.

Wir freuen uns auf einen besonderen literarischen Abend und auf zahlreiche Gäste.

### **Kontakt:**

#### **Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Anna Schares

- Tel.: [\(030\) 90277-2172](tel:030902772172)
- [anna.schares@ba-ts.berlin.de](mailto:anna.schares@ba-ts.berlin.de)

## **06) Einladung zur Umbenennung des Crellemarktes in Lucie-Leydicke-Platz**

### **Pressemitteilung Nr. 060 vom 20.02.2026**



*Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg/Ulrike Harbort*

## **Seite B 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 869 vom 05.03.2026**

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg wird Anfang März den Bereich des Crellemarktes am nördlichen Abschnitt der Crellestraße in Lucie-Leydicke-Platz umbenennen.

Die Umbenennung geht auf einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 12.07.2023 zurück. Vor dem Hintergrund aktueller Um- und Neubenennungen im öffentlichen Raum verfolgt die BVV mit diesem Beschluss ausdrücklich das Ziel, auch jene Menschen sichtbar zu machen, die sich mit ihrem Handwerk und ihrem alltäglichen Wirken um ihren Kiez verdient gemacht haben. Zudem sind Frauen mit ihren Lebensleistungen noch unterrepräsentiert im öffentlichen Raum: Nur 4 Prozent der Straßen und Plätze im Bezirk sind bisher nach Frauen benannt.

Wir laden alle Interessierten herzlich zur Umbenennung des Platzes ein:

**Freitag, 6. März 2026 um 16:00 Uhr**

**Crellestraße / Willmannsdamm, 10827 Berlin**

### **Aufhebung der Doppelbenennung**

Der umzubennende Bereich ist ein räumlich vom übrigen Verlauf der Crellestraße getrennter Abschnitt und bildet keinen einheitlichen Straßenkörper. Nach den geltenden Benennungsgrundsätzen sollen solche Doppelbenennungen im Berliner Stadtgebiet perspektivisch aufgehoben werden.

### **Lucie Leydicke – Leben und Wirken**

Die Namensgeberin Lucie Leydicke (1897 bis 1980) war Gastwirtin und Eigentümerin des Traditionslokals „Leydicke“, das bereits seit 1877 besteht. Es wurde von ihr über viele Jahre mit großer Hingabe geführt und fand Beachtung in der bundesweiten und internationalen Presse. Durch ihre Arbeit wurde das „Leydicke“ weit über Schöneberg hinaus zu einem festen Begriff – nicht nur als Gaststätte, sondern auch als sozialer Treffpunkt. Damit hat sich Lucie Leydicke in besonderer Weise um die Stadt Berlin und den Ortsteil Schöneberg verdient gemacht.

### **Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:**

„Mit dieser Entscheidung würdigt der Bezirk eine außergewöhnliche Persönlichkeit des Berliner Alltagslebens und ehrt zugleich das Wirken einer Frau, die über Jahrzehnte hinweg den Kiez maßgeblich geprägt hat.“

Kontakt:

### **Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz**

Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-6001](tel:030902776001)

**07) Ehrenamt verbindet: Ehrenamtsbörse 2026 im Rathaus Schöneberg**

**Pressemitteilung Nr. 056 vom 18.02.2026**

**Vielfalt entdecken, Engagement finden, Gemeinschaft stärken**

Am Samstag, dem 21. März 2026, veranstaltet das Ehrenamtsbüro des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg die Ehrenamtsbörse im Rathaus Schöneberg. Alle Bürger sind herzlich eingeladen, die vielfältigen Möglichkeiten des freiwilligen Engagements im Bezirk kennenzulernen.

**Ehrenamtsbörse 2026**

**Sonnabend, 21. März 2026 von 11:00 bis 16:00 Uhr**

**Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal  
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin**

**Der Eintritt ist frei. Es ist keine Anmeldung erforderlich.**

Rund um das Ehrenamt engagieren sich in Tempelhof-Schöneberg zahlreiche Vereine, Initiativen und Organisationen mit großem Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Ehrenamtsbörse bietet Interessierten die Gelegenheit, direkt mit Engagierten ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und ein passendes Tätigkeitsfeld zu finden. Gleichzeitig schafft die Veranstaltung Raum für Austausch und Vernetzung innerhalb der bezirklichen Engagement-Landschaft.

**Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann erklärt:**

„Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens. Die vielen engagierten Bürger in Tempelhof-Schöneberg leisten Tag für Tag einen wertvollen Beitrag für den Zusammenhalt in unserem Bezirk. Mit der Ehrenamtsbörse machen wir dieses Engagement sichtbar, sagen Danke und möchten zugleich weitere Menschen ermutigen, sich einzubringen.“

Organisiert wird die Veranstaltung durch das Ehrenamtsbüro Tempelhof-Schöneberg, das als zentrale Anlaufstelle rund um bürgerschaftliches Engagement sowohl Interessierte berät als auch Organisationen unterstützt.

**Kontakt:**

**Ehrenamtsbüro**

- Mobil: [0171 9229400](tel:01719229400)
- [ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de](mailto:ehrenamtsbuero@ba-ts.berlin.de)

**Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin (Seiten B 27 – B 63)**

**01) KW 9 (23.02. bis 01.03.2026) – Shalom Salam. Von Ed Koch**



Nr. 647-01

1. März 2026

51. Jahrgang

## KW 9 Shalom Salam

Gestern Abend im **Theater Coupé** am Fehrbelliner Platz. Das **Deutsch-Jüdische Theater** erzählte die Geschichte von **Moses**, einem Ägypter mit hebräischem Migrationshintergrund. Seine Story ist bekannt. Seine Vorfahren aus dem Stamm Israel haben ihre Heimat im Land Kanaan rund 400 Jahre vor seiner Geburt verlassen, weil dort die Hungersnot zu groß geworden war. Sie wanderten nach Ägypten aus und lebten und arbeiteten seit vielen Generationen im Land der Pharaonen. Sie waren angesehene Bürger und hatten es gut an den Ufern des Nils.

Aber plötzlich stellt der Pharao fest, dass das Volk der Hebräer wächst und gedeiht - mehr als ihm lieb ist. Er fürchtet das Erstarken einer fremden Macht im eigenen Reich. Und so beginnt die Geschichte der Unterdrückung der hebräischen Minderheit in Ägypten, und dort beginnt auch die Geschichte von **Moses**: Der Junge wächst am Hof des Pharaos auf, erhält dort eine erstklassige Ausbildung und ist drauf und dran, eine ruhmreiche Karriere zu machen.

Doch da ist die Verkettung vieler unglücklicher Interessen und Umstände - und da ist ebenso dieser immer dringender werdende Ruf nach Freiheit für das Volk Israel, die das Leben von Moses für immer verändern werden...



Das Ensemble aus 18 Profi- und Amateurl Künstlern erzählt flott das Buch der Bücher. Lustige Juden auf der Flucht, geführt von G'tt statt GPS, unterwegs ganz ohne BVG und WiFi, dafür aber steuerfrei.

Nicht die bekannte Geschichte selbst ist das bemerkenswerte an der Aufführung, sondern wie sie erzählt wird. Das DJT präsentierte das Theaterstück in seiner interkulturellen Reihe „Shalom-Salam: Wohin?“. <Shalom (hebräisch) und Salam (arabisch) bedeuten beide umfassenden Frieden, Heil und Wohlergehen und sind eng verwandte semitische Grüße.>

Das Projekt „Shalom-Salam: Wohin?“ ist ein interkulturelles Jugend- und Theaterprojekt, in dem seit 2015 jedes Jahr eine neue Culture-Clash-Komödie als Theaterstück in Uraufführung auf die Bühne gebracht wird. Konzipiert wird das Stück gemeinsam von den Künstlerinnen und Künstlern

des **Deutsch-Jüdischen Theaters** mit Berliner Jugendlichen jüdischer, muslimischer und christlicher Prägung.

Das Stück reagiert auf die jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Situation in Deutschland, wo neben aller Weltoffenheit immer wieder Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Rassismus im Allgemeinen das Bild bestimmen, und es reflektiert auch die spezielle Situation der Jugendlichen innerhalb ihrer Familien, ihres sozialen Umfelds und in der Gesellschaft.

In gemeinsamen Workshops sind die Jugendlichen gehalten, sich offen und ungefiltert über ihre Gefühlswelten und Sichtweisen auszutauschen, und entsprechend auch an der Gestaltung des Textbuches im Sinne der Schaffung eines nachhaltigen Perspektivwechsels und Demokratieverständnisses inhaltlich mitzuarbeiten.

Die Probe zu dem Stück, die in der Jetztzeit in Berlin spielt, wir jäh durch einen Luftalarm unterbrochen. Und das an diesem 28. Februar, als nach dem Angriff Israels und der USA auf den Iran in Tel Aviv echte Sirenen heulen. Alle verschwinden schnell im Keller. Und dort wechseln sich aktuelle Dialoge mit denen der Moses-Geschichte ab. Temperamentvoll gespielt, mit Tanz und eindringlicher Musik. Eine höchst beeindruckende Aufführung, die die aktuellen Probleme nicht ausklammert, wie den Gaza-Krieg mit den Positionen der Israelis und Palästinenser. Das geht unter die Haut.



Paraderollen: Gott und Moses.

Leider findet heute, am 1. März 2026, die letzte von mehreren Aufführungen seit der Premiere am 5. Dezember 2025 statt. Beginn 18:00 Uhr. Ort: Deutsch-Jüdisches Theater im Theater Coupé, Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Eintrittspreis Preis 23,69 Euro.

Für Kurzentschlossene haben wir zwei Tickets parat. E-Mail an [paperpress@berlin.de](mailto:paperpress@berlin.de). Die Verlosung wird um 12:00 Uhr abgeschlossen.

Aktueller kann das Stück nicht sein. Es geht um ein Land, das sich seit seiner Staatsgründung im Mai 1948 mit den Nachbarn im Krieg befindet, mal mehr, mal weniger. Der Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern hält bis heute an. Ebenso die Frage nach einer Zweistaatenlösung. Diese dürfte sich

nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 erledigt haben. In dem andauernden Gaza-Krieg wurden bis Februar 2026 mehr als 72.000 Palästinenser, darunter 15.000 Hamas Terroristen, getötet und der Gaza-Streifen weitestgehend zerstört und unbewohnbar gemacht. Das ist die Antwort auf die Ermordung von 1.143 Menschen in Israel und der Verschleppung von 251 Israelis, wovon 31 die Geiselnahme nicht überlebt haben. Zudem sind über 700 israelische Soldaten im Kampf gefallen.

Quelle: Wikipedia

Man kann geteilter Meinung über die Reaktion Israels nach dem Terrorakt sein. Niemand spricht Israel das Recht auf Vergeltung ab. Das Ziel, die Hamas zu vernichten, ja nicht einmal zu entwaffnen, ist allerdings nicht erreicht worden. Tatsache ist leider auch, dass Israel mit seinem weltberühmten Geheimdienst und Sicherheitsapparat, den Anschlag nicht verhindern konnte. Dafür hat bislang niemand die Verantwortung übernommen.

Nun haben der amerikanische Peace-Maker und der israelische Ministerpräsident, der sich hartnäckig im Amt hält, einen Krieg begonnen, der zum Flächenbrand werden könnte. Das iranische Staatsoberhaupt **Ali Chamenei** ist im Bombenhagel ums Leben gekommen. Bis auf seine Anhänger trauert dem Mann niemand nach, der bei den jüngsten Protesten seiner Bürger zwischen 2.000 und 18.000 Menschen ermordet hat. Das Regime wehrt sich und feuert Raketen auf die Nachbarn ab, bei denen sich amerikanische Stützpunkte befinden.

So martialisch es klingt mag, aber die Sache muss jetzt zu Ende gebracht werden. Und das heißt, das Regime festzusetzen, das Militär unter Kontrolle zu bringen und die Waffen zu vernichten. Und dann? Wie soll es weitergehen im Iran? Es ist ziemlich blauäugig anzunehmen, dass sich eine demokratische Regierung aus dem Nichts heraus bilden kann. Ob der Sohn des Schahs die richtige Personalie ist, darf dabei bezweifelt werden.

Jeder weiß, dass man mit Diplomatie das iranische Regime nicht hätte beseitigen können. Einerseits. Kann es aber völkerrechtlich in Ordnung sein, dass an den Vereinten Nationen vorbei, ein Land sich berufen fühlt, für Ordnung in der Welt zu sorgen? **Donald Trump** gelingt das, was sich unterschwellig viele wünschen. Er kidnappt den venezolanischen Staatpräsidenten, bringt den iranischen Staatsführer um, und ordnet die Welt neu. Aber nur dort, wo er es kann. Es ist nicht damit zu rechnen, dass Putin, Kim oder andere Despoten entführt, eingesperrt oder umgebracht werden. Die Möglichkeiten des Weltpolitikers sind beschränkt. Vielleicht ist das gut so.

## Was noch?

Es ist, gemessen an dem Elend in der Welt, eines unserer Luxusprobleme. Die **Deutsche Bahn**. Über zehn Millionen Fahrgäste sind mit ihr beruflich oder privat jeden Tag unterwegs. So gesehen, hat das Thema Relevanz.

Am 27. Februar war in der **Berliner Morgenpost** zu lesen, dass der Staatskonzern ein Programm für mehr Komfort im Fernverkehr startet. Es soll mehr intakte Toiletten und gefüllte Vorratsschränke in den Bordbistros geben. Überdies sollen die Züge sauberer werden. *Die Bahn will das Personal verdupeln, das während der Fahrt Abfall beseitigt und Toiletten reinigt. Auf den viel genutzten Strecken werden 220 mobile Reinigungskräfte unterwegs sein. Zudem sollen an den großen Knotenbahnhöfen Sonderreinigungsteams warten, die sich die Teppiche in wöchentlich 60 ICE-Zügen vornehmen.*

*Die Logistik bei der Zulieferung von Speisen und Getränken im Bordbistro soll verbessert werden, damit die Vorräte nicht während der Fahrt ausgehen. Das ist bisher sehr häufig der Fall, was die Kunden insbesondere auf langen Strecken regelmäßig frustriert. Vor allem sollen künftig Kaffeetrinker nicht mehr leer ausgehen. Die anfälligen Kaffeemaschinen fallen zu häufig aus. Künftig werden Fachleute an den wichtigsten Knotenbahnhöfen in Frankfurt, Hamburg, München und Berlin stationiert. Neben den Reparaturarbeiten im Bistro sollen sie auch Schäden an den Zugtoiletten beheben.*

Das alles wird die Pünktlichkeit nicht erhöhen, aber mehr Komfort beim Halten auf freier Strecke ist ja auch nicht schlecht. **Ganz hervorragend** ist die Meldung, dass es **in diesem und auch im kommenden Jahr keine Bahnstreiks geben wird**. Die DB und die Gewerkschaft **Deutscher Lokomotivführer (GDL)** einigten sich nach wochenlangen Verhandlungen auf einen neuen Tarifvertrag. Die Tarifverhandlungen waren ungewohnt ruhig verlaufen. **Erstmals seit 2018 konnte so ein Abschluss ohne Warnstreiks erreicht werden. Das hat wohl vor allem mit einem Führungswechsel bei der GDL zu tun.** Der frühere Vorsitzende **Claus Weselsky** setzte auf eine verbal aggressive Strategie, beschimpfte die Arbeitgeber öffentlich als „Nieten in Nadelstreifen“ und setzte sie mit Warnstreiks unter Druck. Nachfolger **Mario Reiß** meidet dagegen das öffentliche Spektakel. Beide Selten hatten zu Beginn Verschwiegenheit über den Stand der Verhandlungen vereinbart. Sie hielten sich daran. Geht doch! Haben wir wirklich nur dem störrischen Weselsky die endlosen Streiks zu verdanken? Sieht so aus. Ein Führungswechsel ist manchmal von

Vorteil. Vielleicht würde das auch bei ver.di und der BVG helfen.

Bis wenigstens Ende 2027 wird es keine Bahnstreiks geben. Dann endet die Laufzeit des Tarifvertrags der größeren Bahngewerkschaft EVG. Für die nächste Runde zwischen GDL und Bahn wurde ein ähnliches Verfahren wie in diesem Jahr vereinbart. Nach Ablauf des Vertrags beginnt eine dreimonatige Friedenspflicht. Diese Zeit soll für eine Verhandlungslösung genutzt werden. Quelle: Berliner Morgenpost

### Noch was?

Leider Ja. Und wieder geht es um die Bahn. Diesmal mit einer schlechten Nachricht, wie wir dem **Tagespiegel** entnehmen. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten werden die Züge der Deutschen Bahn auf der Strecke zwischen Hamburg und Berlin nicht schneller – sondern langsamer. Statt der bisher schnellsten Verbindung von 103 Minuten wird der ICE künftig 107 Minuten benötigen. Das ist ja eigentlich keine Meldung wert, weil die üblichen Verspätungen ohnehin zwischen fünf und 20 Minuten ausmachen, abgesehen davon, wenn ein Zug ganz ausfällt. Unverständlich ist allerdings, warum es nach einer Sanierung nicht schneller geht. Nur selten wird auf dem Monitor im Abteil die Geschwindigkeit mit über 200 km/h angezeigt, sondern eher rund 100 km/h, wie früher auf den DDR-Transitautobahnen erlaubt war. Gegenwärtig sitzt man rund drei Stunden im Zug, um nach Hamburg zu kommen. Wenn Stendal und Uelzen nicht mehr auf dem Weg liegen, sieht die Welt schon ganz anders aus.

### Das Letzte

Leider müssen wir noch einmal auf die immer schlimmer werdenden Verhältnisse in den USA zu sprechen kommen. Nicht die Meinungsfreiheit bei uns, wie Trump-Vice Vance meint zu wissen, sondern die in seinem Land ist in höchster Gefahr. Nach und nach gelangen die US-Medien in die Hand von Trump-Getreuen.

Der Hollywood-Konzern Warner Bros. Discovery (WBD) hat der milliardenschweren Übernahme durch Paramount Skydance zugestimmt. Eine entsprechende Vereinbarung sei unterzeichnet worden, teilten beide Unternehmen mit. Erst am Donnerstag war der Rivale Netflix aus dem Bieterstreit um Warner Brothers ausgestiegen – und hatte damit den Weg für die Übernahme durch Paramount frei gemacht.

Das Geschäft hat ein Volumen von 110 Milliarden Dollar (gut 93 Milliarden Euro). Paramount erwirbt die gesamte WBD-Gruppe inklusive Fernsehsender, dazu gehört auch der Nachrichtenkanal CNN.

Der Bieterwettstreit hatte auch eine politische Dimension: Netflix-Mitgründer **Reed Hastings** gilt in den USA als einer der größten Spender der oppositionellen Demokraten. Paramount-Chef **David Ellison** und sein Vater **Larry Ellison**, Tech-Milliardär und Gründer des Softwareanbieters Oracle, unterstützen dagegen US-Präsident **Donald Trump**.

Beobachter befürchten, dass CNN nach der Übernahme durch Paramount zu einer Art Sprachrohr der US-Regierung werden könnte. Der Nachrichtensender gilt bisher als Trump-kritisches Medium.

Kaliforniens Generalstaatsanwalt **Rob Bonta** warnte Paramount und Warner Bros. indes vor einer Wettbewerbsprüfung – und davor, dass eine Übernahme noch keine sichere Sache sei. Auch die Wettbewerbsbehörden in Washington werden den Deal angesichts seiner Tragweite wohl unter die Lupe nehmen. Quelle: Deutsche Welle

Der Sender CBS gehört auch schon zu Trump-Getreuen. Es gab Berichte, wonach die Berichterstattung von CBS News beeinflusst wurde, insbesondere in Bezug auf kritische Beiträge über **Donald Trump**. Das gleiche Schicksal könnte CNN drohen, einer der wenigen Trump kritischen Sender. Was im Rechtsstaat Deutschland unmöglich wäre, nämlich Medien den Zugang zu Pressekonferenzen im Kanzleramt zu verwehren, ist in den USA an der Tagesordnung. Fragen von CNN-Reportern werden mit „Fake News“ abgeschmettert.

Besonders eklatant war das Vorgehen gegen **Catherine Lucey**, eine Reporterin für **Bloomberg News**. Der Vorfall ereignete sich an Bord der Präsidentenmaschine »Air Force One«. Lucey wollte eine Frage zum Fall **Jeffrey Epstein** loswerden – und traf damit offenbar einen Nerv. »Ruhe!«, herrschte Trump die Journalistin an. Und schob dann noch hinterher: »Ruhe, Schweinchen.« Quelle: SPIEGEL

Die Meinungsfreiheit in den USA ist in höchster Gefahr. Von US-Politikern müssen wir uns nicht befehlen lassen.

Und ganz zum Schluss noch die Liste unserer Lieblingspolitiker: **Boris Pistorius** weiter auf dem ersten Rang. Er wird auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Durchschnittswert von 2,1 bewertet. Mit großem Abstand folgen **Johann Wadephul** (0,5), **Lars Klingbeil** (0,2), **Bärbel Bas** (-0,1), **Alexander Dobrindt** (-0,3), **Friedrich Merz** (-0,5), **Markus Söder** (-0,6), **Heidi Reichinnek** (-0,7), **Katherina Reiche** (-1,0), **Alice Weidel** (-2,5).

Kommen Sie gut durch die KW 10.

Ed Koch

## 02) Jungwähler. Hürdenlauf zur Wahlurne. Studie zum Wahlverhalten junger Menschen. Von Ed Koch



Nr. 646-28

28. Februar 2026

51. Jahrgang

### Jungwähler

#### Hürdenlauf zur Wahlurne Studie zum Wahlverhalten junger Menschen

Die Wahlbeteiligung junger Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren lag bei der Bundestagswahl 2025 erneut unter dem Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung. Trotz Verbesserungen der Zahlen seit 2009 liegt die Wahlbeteiligung in diesen Alterskohorten am niedrigsten. Eine neue Studie der **Bertelsmann Stiftung** geht der Frage auf den Grund, was junge Menschen vom Wählen abhält.

Die Studie basiert auf einem Mixed-Methods-Ansatz und kombiniert sowohl quantitative als auch qualitative Methoden. Auf quantitativer Ebene wurde ein Datensatz der German Longitudinal Election Study (GLES) herangezogen, der im Zeitraum vom 23. Oktober bis 19. November 2024 erhoben wurde und insgesamt 9.934 Befragte, davon 1.668 junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren, umfasst. Neben der Auswertung dieser bestehenden Sekundärdaten basiert die Studie auf einer Reihe eigens durchgeführter Fokusgruppen-Interviews, die im September 2025 stattfanden.

Insgesamt identifiziert die Studie vier zentrale Hürden, die verhindern, dass junge Menschen wählen gehen:

- „Kann ich wählen?“ (Zugang),
- „Verstehe ich Wählen?“ (Kompetenz),
- „Will ich wählen?“ (Motivation) und
- „Wirkt mein Wählen?“ (Resonanz).

Gerade mit Blick auf den Faktor der Kompetenz kommt die Studie zu interessanten Erkenntnissen: Die Analyse auf Basis des GLES-Datensatzes zeigt, dass junge Menschen ihre politische Kompetenz grundsätzlich geringer einschätzen als ältere Menschen. Vor allem weniger wahlaffine junge Menschen, insbesondere wenn sie aus einem politikfernen Umfeld kommen, fühlen sich demnach deutlich unsicherer, politische Debatten zu verfolgen oder über ihre eigene Haltung zu sprechen. In den Fokusgruppen äußerten Teilnehmende wiederum den Wunsch nach mehr und früher einsetzenden Bildungsangeboten in diesem Zusammenhang. Unter politischer Bildung verstehen sie dabei nicht nur die Vermittlung von Wissen über Institutionen oder Wahlverfahren, sondern auch eine Befähigung, Informationen einzuordnen und sich eigenständig politische Urteile zu bilden.

In Hinblick auf den Einfluss sozialer Medien und digitaler Angebote ergibt sich ein heterogenes Bild: Zwar

könnten geeignete Formate gerade bei weniger politisch interessierten jungen Menschen politisches Interesse wecken und sie zur Wahl mobilisieren, gleichzeitig werde es aber immer anspruchsvoller, sich in der Vielzahl an Informationen zurechtzufinden. Zudem bestehe die Gefahr einer verzerrten politischen Meinungsbildung. Wie jüngste Studienergebnisse zeigen, sind Parteien an den politischen Rändern auf Social Media-Plattformen, insbesondere auf TikTok, im Vergleich zu Parteien der Mitte überproportional sichtbar (*Quelle: „Digitalisiert, politisiert, polarisiert?“*). Gleiches gelte für digitale Tools wie Wahl-O-Mat oder Real-O-Mat. Während sie Einstiegshürden senken können, führen komplexe Inhalte, Polarisierung und Informationsfülle gerade bei weniger politikerfahrenen jungen Menschen schnell zu Überforderung.

Hinsichtlich der Motivation junger Menschen kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmenden der Fokusgruppen die Wirksamkeit politischer Institutionen, Probleme zu lösen, als sehr gering wahrnehmen, was in Teilen zur Entscheidung beiträgt, selbst nicht wählen zu gehen. Gerade bei Themen wie Lebenshaltungskosten, Mietpreisen, Inflation oder Absicherung der Altersvorsorge wurde in allen Fokusgruppen eine starke Enttäuschung über die mangelnde Wirkung politischer Entscheidungen beobachtet. Zudem nähmen viele junge Menschen gerade im Wahlkampf Versprechungen wahr, die anschließend nicht eingehalten würden. Das wirke sich wiederum negativ auf ihre wahrgenommene Fähigkeit aus, sich durch gewählte Vertreter/-innen in politischen Entscheidungen einbringen zu können. Interessanterweise schilderten Teilnehmende, dass die starke Polarisierung der Debatten im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 sowie eine stark emotionalisierte Krisenrhetorik bei vielen den Wunsch ausgelöst habe, sich zeitweise von der politischen Informationsflut zu distanzieren. Das aktive Fernbleiben von politischen Themen wurde vielfach als Schutzmechanismus beschrieben.

Trotzdem offenbart die Analyse ein großes Potenzial zur Mobilisierung junger Menschen. Viele neue Wähler/-Innen begegnen politischen Prozessen mit größerem Optimismus als Ältere, haben mehr Vertrauen in zentrale Institutionen wie den Bundestag und gehen von mehr Responsivität der Politiker/-innen aus – wenn auch auf niedrigem Niveau. Um die Wahlbeteiligung junger Menschen zu steigern, spricht die Studie Handlungsempfehlungen aus, die sich an den vier identifizierten Hürden Zugang, Kompetenz, Motivation und Resonanz orientieren. Neben verständlichen Wahlinformationen, niedrigschwelligen Ver-

fahren und einer verbindlichen politischen Bildung werden auch frühe Erfahrungen politischer Beteiligung, ggf. schulisch begleitet, genannt. Viele der Weichen müssen gleichzeitig auf politischer Ebene gestellt werden. Denn eine Politik, die zuhört, einbezieht, die Lebensrealitäten junger Menschen anerkennt und nachvollziehbar handelt, heißt es in der Studie, sei für eine langfristige Motivation ebenso wichtig.

Quelle: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

**Anmerkungen:**

Wenn der Satz „Die Jugend ist unsere Zukunft!“ nicht nur eine Floskel sein soll, dann müsste endlich mehr dafür getan werden, dass die Jugend auch zukunftsfähig wird. Da reicht es nicht aus, die Wehrtauglichkeit zu prüfen. Von wem erwartet wird, dass er sein Land verteidigt und dafür sein Leben riskiert, muss auch ein Verhältnis zu diesem seinem Land haben. Das heißt, er muss sich an der Gestaltung beteiligen und vor allem einen Sinn darin sehen.

Dass die Wirksamkeit politischer Institutionen, Probleme zu lösen, als sehr gering wahrgenommen wird, betrifft alle Altersgruppen. Auch, dass in Wahlkämpfen Versprechungen gemacht werden, die anschließend nicht eingehalten würden, verärgert alle Wähler. Erfreulich hingegen, dass die Jungen politischen Prozessen mit größerem Optimismus als Ältere begegnen und mehr Vertrauen in zentrale Institutionen wie den Bundestag haben.

Wichtig ist, Jugendliche frühzeitig an die Politik heranzuführen, nicht erst, wenn sie das Wahlalter erreicht haben. 2023 machte das Abgeordnetenhaus einen richtigen Schritt in die richtige Richtung. 16- und 17-Jährige sind nun für alle landes- und bezirksweiten Abstimmungen sowie die Wahlen zum Europäischen Parlament aktiv wahlberechtigt, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag ist weiterhin ein Mindestalter von 18 Jahren notwendig. Auch wenn Schätzungen zufolge, nur 50.000 junge Berliner davon profitieren, das sind rund zwei Prozent, so kann diese Zahl von Bedeutung sein, wenn wir darauf blicken, an wie wenigen Stimmen der Einzug in ein Parlament scheitern kann.

Bei der Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 war noch 18 Jahre das Mindest-Wahlalter. Von den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren profitierten vornehmlich die Parteien auf der linken Seite des Parlaments: **Grüne** 22 und **Linke** 18 Prozent. **CDU** zwölf, und erst dahinter die **SPD** mit elf Prozent. **FDP** acht und **AfD** sieben Prozent. Vor allem die SPD sollte sich Gedanken darüber machen, dass sie bei der Jugend so schwach punkten kann.

Alle Parteien haben Jugendorganisationen, die nicht immer auf Linie zu bringen sind. Wer sich für Politik interessiert, kann sich bei den Jugendorganisationen umschauen. Hier ein Überblick:

- **Junge Union.** Das in vielen Kreis- und Regionalverbänden der Jungen Union (JU) gelebte Motto lautet häufig: „50% Politik – 50% Party = 100% Spaß“. Es spiegelt die Verbindung von inhaltlicher politischer Arbeit und geselligen Aktivitäten wider. Als größte politische Jugendorganisation in Deutschland versteht sich die JU zudem als Stimme der jungen Generation.
- *KI Antwort auf Frage nach dem Motto*
- Die **Jusos** haben kein einzelnes, zeitloses Motto, sondern richten sich nach Grundwerten wie Sozialismus, Feminismus, Internationalismus, Antifaschismus und Antirassismus. Sie engagieren sich für eine gerechte, solidarische Gesellschaft und ein soziales Europa, oft unter dem Aspekt des progressiven Wandels. *KI Antwort auf Frage nach dem Motto*
- **Linksjugend [‘solid],** steht der Linken nahe und ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. *Linksjugend*
- Die **Grüne Jugend Berlin** agiert mit einem linken, emanzipatorischen Anspruch und tritt für ein ökologisches, antifaschistisches, feministisches und soziales Berlin ein. Kernforderungen umfassen Klimaschutz, Mietenstopps („Keine Profite mit der Miete!“) und eine solidarische Gesellschaft, oft verbunden mit dem Motto: „Ein besseres Morgen ist möglich!“ *Grüne Jugend*
- Die **Jungen Liberalen (JuLis)** sind die offizielle Jugendorganisation der FDP, sie agieren unabhängig, unterstützen die FDP jedoch im Wahlkampf und prägen sie konstruktiv-kritisch. Sie setzen sich für Freiheit, Digitalisierung, gesellschaftliche Liberalisierung (z.B. Cannabis-Legalisierung) und Generationengerechtigkeit ein. *Junge Liberale*
- **Generation Deutschland** der AfD. Die Organisation müsse „Junge Leute schulen: politisch, sportlich, charakterlich.“ Es brauche nicht nur in Parlamenten einen Politikwechsel, sondern auch in Redaktionen, an Universitäten und in Unternehmen. *Fabian Jank, Vorsitzender Brandenburg.*

Quelle: rbb24

Politik bestimmt unser Leben. Deshalb sollten wir mitbestimmen. Man muss nicht Mitglied in einer Partei sein, hat aber mehr Gestaltungsmöglichkeiten, wenn man einer angehört. Der Schritt in eine Partei sollte aber gut überlegt sein. Und deshalb schließen wir mit einem Zitat aus **Friedrich Schillers Lied von der Glocke**: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, Ob sich das Herz zum Herzen findet“. Wenn auch auf die Ehe bezogen, so gilt doch für alle Bindungen: *Der Wahn kann kurz, die Reu aber lang sein.*

**Ed Koch**

### 03) Völkerrecht schützen. Von Ed Koch



Nr. 646-27

27. Februar 2026

51. Jahrgang

## Völkerrecht schützen

In unregelmäßigen Abständen finden im ehemaligen Wahlkreisbüro von **Michael Müller**, das nun, angelehnt an seinen Beruf, den Namen „Die Setzerei“ trägt, Veranstaltungen mit Politikern, Wirtschaftsvertretern oder Künstlern statt.



Gestern begrüßte **Michael Müller** den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden **Rolf Mützenich** in seinen Räumlichkeiten an der Bleibtreustraße. Zwischen funktionierenden Druckmaschinen und Setzkästen hatten sich knapp 100

Gäste eingefunden, um zu hören, was ihnen der heutige Außenpolitiker **Rolf Mützenich** zu sagen hat.

Mützenich war von September 2019 bis Februar 2025 Fraktionsvorsitzender und alles andere als geschmeidig in dieser Funktion. Den breitesten Raum in seinem **Wikipedia**-Eintrag nimmt die Rubrik: „Positionen zum Krieg in der Ukraine“ ein. Wir erinnern uns: *Im März 2024 forderte Mützenich in einer Bundestagsdebatte über einen Antrag der Unionsfraktion zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine, es solle darüber nachgedacht werden, wie man den Krieg „einfrieren“ könne. Sei „es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden“ könne?*

Der fraglos richtige Ansatz, fand nicht bei allen seiner Genossen Zustimmung, aber bei der Linken, dem BSW und Abgeordneten der AfD. Heftige Kritik gab es aus dem Regierungslager von den Grünen und der FDP und Teilen seiner Partei, aber auch von Unionspolitikern.

Niemand weiß, wozu es geführt hätte, wenn der Krieg, zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Angriffs Putins auf die Ukraine, eingefroren worden wäre. Vielleicht viele Tausend Tote weniger? Der Text bei **Wikipedia** spiegelt die ganze Tragweite dieser Katastrophe wider. Und er zeigt die Zerrissenheit der deutschen Politik in dieser Frage. Um Ihnen das Nachschlagen abzunehmen, dokumentieren wir den Text am Ende dieses Beitrages.

Mützenich bedauerte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, dass der atomare Abrüstungsvertrag zwi-

schen den USA und Russland, New START, am 5. Februar 2026 ausgelaufen ist. *Damit endet eine 50-jährige Ära der direkten Begrenzung strategischer Atomwaffen, was Befürchtungen vor einem neuen Wettrüsten zwischen den Großmächten schürt. Das Abkommen beschränkte die Sprengköpfe auf je 1.550. Mützenich: „Trump und Putin sind offenbar nicht breit, zur Stabilität in der Welt beizutragen.“*



Mützenich kritisierte, wie wir inzwischen mit einer Selbstverständlichkeit mit hohen Rüstungsausgaben umgingen und verwies auf die exorbitanten Gewinne, die damit erzielt würden. Diese Gewinne müssten „abgegriffen“ und für den Wiederaufbau verwendet werden.

Auch stört sich der SPD-Politiker an der Sprache. Was ist damit gemeint, wenn gesagt wird: „Europa muss wieder die Sprache der Macht lernen?“ Verteidigungsminister **Boris Pistorius** musste sich wegen des von ihm gebrauchten Begriffs der „Kriegstüchtigkeit“ von seinem Parteifreund Kritik anhören. *„Kriegstüchtig ist nicht die Aufgabe des Grundgesetzes.“*, so Mützenich.

Mützenich erinnert daran, dass am 2. März 2022 die UN-Generalversammlung mit 77,9 Prozent einer Resolution zustimmte, die den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste missbilligte. 141 Länder stimmten der Resolution zu. Allerdings machen die fünf Länder, die dagegen stimmten und vor allem die 35, die sich enthalten haben, rund die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Dass die Resolution letztlich am Veto Russlands im Sicherheitsrat scheiterte, war zu erwarten.

Ein weiterer Kritikpunkt Mützenichs ist, dass wir auf dem Markt alles kaufen, was es an Waffen gibt, ohne näher über die Einsatzmöglichkeiten nachzudenken. Er mahnte an, dass sich das Europäische Parlament

1

mehr einbringen müsse. Und er appellierte, dass das Völkerrecht geschützt werden müsse. Als Fazit der Veranstaltung kann man Mützenich nicht vorwerfen, dass auch er keine neue Lösung des Problems auf den Tisch legen kann.

Im Laufe der vier Kriegs-Jahre sind vermutlich einige Chancen liegengelassen worden. Ob es unter einer Präsidentschaft Trumps erst gar nicht zum Krieg gekommen wäre, ist eine durch nichts zu belegende Behauptung. Alle Angebote aus der Ukraine, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und über Gebietsabtretungen nachzudenken, haben Putin nicht von seinem Weg abgebracht. Er dreht jeden Tag hunderte seiner Soldaten durch den „Fleischwolf“ an der Front und zerstört Stück für Stück die Ukraine. Den Schaden, den sein Krieg im eigenen Land anrichtet, nimmt er in Kauf.

Der Krieg auf europäischem Boden ist zunehmend zu einem singulären Problem Europas geworden, für das sich der Rest der Welt, allen voran die USA, immer weniger interessiert. Und Europa ist nicht in der Lage, der Ukraine in erforderlichem Umfang zu helfen, so lange Länder wie Ungarn weiterhin in Russland einkaufen und Gelder für die Unterstützung der Ukraine blockieren. Das Einstimmigkeitssystem war die größte Fehlentscheidung bei Gründung der EU.

Zu erwähnen wäre noch, dass die Veranstaltung in der *Setzerei* eine Kooperation mit dem *Haus der Vereinten Nationen* und dem *Friedenskreis Charlottenburg-Wilmersdorf* war. Fotos: Ed Koch

Und nun, wie angekündigt, eine Geschichtsstunde aus **Wikipedia** über **Rolf Mützenichs Positionen zum Krieg in der Ukraine**.



Zeichen dafür, dass Habeck blauäugig sei oder sich im Wahlkampf um ein neues Image bemühe. Die Grünen seien nicht regierungsfähig und unaufrichtig. Habeck gleibe mit seiner Forderung Öl ins Feuer; als ehemaliger Landesumweltminister verkenne er die innere Situation in der Ukraine und das in der Region

Im Mai 2021, vier Monate vor der Bundestagswahl 2021, kritisierte Mützenich den Grünen-Politiker **Robert Habeck** scharf. Dessen Forderung nach Defensivwaffen für die Ukraine im Rahmen des laufenden Russisch-Ukrainischen Kriegs sei ein

nötige komplexe Krisenmanagement. Ende Januar 2022, vier Wochen vor dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine, äußerte er, dass er die „russische Bedrohungsanalyse“ nicht teile, aber verstehe.

Man brauche eine Sicherheitsarchitektur in Europa, die Militärbündnisse überwinde und Russland einschleße, auch wenn das momentan „illusorisch“ erscheine. Die NATO sei keine Garantie für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie die Beispiele Ungarn, Polen oder auch Trump gezeigt hätten. Russland habe „berechtigte Sicherheitsinteressen“; das müsse öffentlich anerkannt werden. Dies habe nichts mit der Ukraine zu tun, sondern „mit den USA, dem Wegfall von Rüstungsabkommen“. Es gehe um „Deeskalation“, man hätte „Angebote im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ und in Stationierungsfragen und Vertrauensbildung. Das Zentrum gegen Desinformation des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine führt Mützenich auf einer Liste von Personen, deren „Narrative ... mit der russischen Propaganda übereinstimmen“, allerdings (Stand Mitte 2022) lediglich wegen einer Forderung nach einem Waffenstillstand.

Nach Beginn der russischen Invasion äußerte Mützenich Zweifel am Verstand des russischen Präsidenten Putin. Dessen Verhalten sei „komplett irrational“. Er wies Vorwürfe zurück, die SPD sei zu naiv gewesen; man sei nicht „gutgläubig“ gewesen. Aber es sei zu „konstatieren, dass wir uns in Putin getäuscht und ihn für einen rationalen Akteur gehalten haben“.

Er bekräftigte „grundsätzliche Zweifel“ am Konzept atomarer Abschreckung; in den Jahren zuvor hatte er ein Sicherheitssystem ohne solche Abschreckung und ohne NATO gefordert.

Im April 2022 kritisierte er die von den Abgeordneten **Michael Roth** (SPD), **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) und **Anton Hofreiter** (Grüne) bei einer Reise in die Ukraine erhobene Forderung nach Lieferungen schwerer Waffen. Es könne richtig sein, sich in der Ukraine selbst ein Bild über die Lage zu machen; es sei jedoch falsch, dann „beispiellose Entscheidungen zu fordern“, die man nicht selbst verantworten müsse.

Er warf Kritikern aus den Reihen der Koalition vor, dass es ihnen nur „am Rande“ um die Ukraine gehe. Deutschland handele im Einklang mit Partnerländern und verantwortungsvoll; man müsse aber den Eindruck vermeiden, selbst Kriegspartei zu sein und dürfe auch nicht die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gefährden. Er fordere von der SPD-Fraktion Geschlossenheit. Anfang 2023 kritisierte er im Zusam-

menhang der Debatte um die Freigabe bzw. Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Strack-Zimmermann scharf und behauptete, diese und andere würden „uns in eine militärische Auseinandersetzung hinein[reden]. Dieselben, die heute Alleingänge mit schweren Kampfpanzern fordern, werden morgen nach Flugzeugen oder Truppen schreien“. Sicherheitspolitik sei nicht auf Waffenlieferungen reduzierbar; Deutschlands Führungsrolle zeige sich auf unterschiedlichen Feldern der Hilfs- und Unterstützungsleistungen für die Ukraine. „Gleichzeitig tragen wir mit einer verantwortungsvollen Politik mit dazu bei, einen neuen Kalten Krieg zu verhindern. Eine solche Epoche darf nicht wieder die internationale Ordnung prägen.“

Strack-Zimmermann warf ihm daraufhin im Bundestag vor, das „Sinnbild aller zentralen Verfehlungen deutscher Außenpolitik“ zu sein. Er sei „nicht mehr in der Lage, sein Weltbild der Realität anzupassen“.

Im März 2024 forderte Mützenich in einer Bundestagsdebatte über einen Antrag der Unionsfraktion zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine, es solle darüber nachgedacht werden, wie man den Krieg „einfrieren“ könne. Sei „es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden“ könne?

Mützenichs Forderungen fanden laut Plenarprotokoll „Beifall bei der SPD, der Linken und dem BSW sowie bei Abgeordneten der AfD und des Abgeordneten Robert Farle“.

Dies führte zu erneuter heftiger Kritik an Mützenich sowohl aus dem Regierungslager, insbesondere von Vertretern der Grünen und der FDP, als auch von den Unionspolitikern und Teilen der SPD. Mützenich wies die Kritik zurück und sagte, er habe sich „klar für die Unterstützung der Ukraine, auch mit Waffen und Munition, ausgesprochen“.

Die Grünen-Vorsitzende **Ricarda Lang** sagte, Mützenichs Rede sei ein „Rückfall in die alte Russlandpolitik der Sozialdemokratie“, es sei offensichtlich, dass das geforderte Einfrieren „am Ende zu unfassbarem Leid der vielen Menschen in diesen besetzten Territorien führen würde.“

Finanzminister **Christian Lindner** äußerte sich gleichfalls ablehnend: „Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Existenz der Demokratie in der Ukraine dürfen nicht zum Gegenstand von Vorwahlkampf werden, wie es der Vorsitzende der SPD-Fraktion versucht hat.“

Verteidigungsminister **Boris Pistorius** (SPD) distanzierte sich von den Aussagen Mützenichs. Es dürfe keinen Diktatfrieden geben „und keinen Frieden, der dazu führt, oder einen Waffenstillstand oder ein Einfrieren, bei dem Putin am Ende gestärkt herausgeht und den Konflikt fortsetzt, wann immer es ihm beliebt“.

Außenministerin **Annalena Baerbock** (Grüne) verwies auf den Bericht der Vereinten Nationen zur Lage in der Ukraine; dieser lese sich wie ein Horrorbuch. Die estnische Ministerpräsidentin **Kaja Kallas** kommentierte die Anregung Mützenichs, den „Krieg in der Ukraine einzufrieren“, mit dem Satz „In einer Welt voller Gewalt wäre Pazifismus Selbstmord – ganz einfach ausgedrückt“. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, **Carsten Breuer**, äußerte sich gleichfalls skeptisch: „Die derzeitige militärische Situation in der Ukraine lässt ein Einfrieren des Krieges weder möglich noch erstrebenswert erscheinen“, so gut wie alle eingefrorenen Konflikte seien später wieder mit Gewalt fortgeführt worden.

Der ehemalige Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD), ein Freund des russischen Präsidenten **Wladimir Putin**, hingegen unterstützte Mützenich: „Mir scheint, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Rolf Mützenich, auf dem richtigen Weg ist. Seine Position sollte von der Partei und Fraktion unterstützt werden“. Mützenich blieb auch danach bei seiner Position. Er sei in den „Sozial- und Friedenswissenschaften ausgebildet. Dort wird das Einfrieren als Begrifflichkeit genutzt, um in einer besonderen Situation zeitlich befristete lokale Waffenruhen und humanitäre Feuerpausen zu ermöglichen, die überführt werden können in eine beständige Abwesenheit militärischer Gewalt.“ Was allerdings die Zustimmung beider Kriegsparteien voraussetze.

In der 13. Kalenderwoche 2024 wurde ein offener Brief SPD-angehöriger Historiker – **Martina Winkler, Gabriele Lingelbach, Jan Claas Behrends, Dirk Schumann** und **Heinrich August Winkler** – an die SPD veröffentlicht, der die Auffassung vertrat, dass der u. a. von Mützenich vertretene Standpunkt und dessen Äußerungen zu Recht in der Öffentlichkeit kritisiert würden, da diese „immer wieder willkürlich, erratisch und nicht selten faktisch falsch“ seien. Sie ließen die „nötige Klarheit und un-zweideutige Solidarität vermissen“, die aus dem Begriff der „Zeitenwende“ eigentlich folgen müsste. Nach wie vor werde ihre frühere Ostpolitik „romantisierend als Markenzeichen der SPD“ betrachtet, Fehler und Verstrickungen von SPD-Politikern aber nicht aufgearbeitet. Das sei gefährlich, weil so die notwendige neue Außenpolitik eine irregeleitete Grundlage

bekäme. Das von Mützenich geforderte Einfrieren bedeute in Wirklichkeit „eine Beendigung zugunsten des Angreifer“.

Der Konfliktforscher **Joachim Krause** bewertete im März 2024 Mützenichs Position als widersprüchlich und vermutete, dass sie weniger für eine Konfliktlösung in der Ukraine vorgebracht wurde als für die Möglichkeit der SPD, sich in kommenden Wahlkämpfen als „Friedenspartei“ darstellen zu können. Grundsätzlich sei es nicht unstatthaft, über verschiedene Wege einer Beendigung des Krieges nachzudenken, in Deutschland neige man durchaus dazu, schnell Denkverbote zu verhängen. Mützenichs Argumentation sei inkohärent. Er gebe keine Anhaltspunkte, wie Putin – der offenkundig fest entschlossen sei, die Ukraine zu besiegen – von Deutschland oder anderen Akteuren überhaupt zu einem gewünschten „Einfrieren“ des Konfliktes gebracht werden könne, das bereits unerklärte „Einfrieren“ solle dazu dann noch irgendwie weitere Verhandlungen ermöglichen, auch dies erläutere Mützenich nicht. Stattdessen gebe er an, dass, solange Putin nicht verhandeln wolle, man auch nicht verhandeln könne, was zwar richtig sei, aber die Frage aufwerfe, warum Mützenich dann überhaupt Verhandlungen gefordert habe.

**Herfried Münkler** – selbst SPD-Mitglied – hielt fest, dass Mützenich offenbar Schwierigkeiten habe, anzuerkennen, dass in der internationalen Politik nunmal die Antagonisten die „Rhythmik des Geschehens“ bestimmen. **Ulrich Kühn** vom Hamburger IFSH wies darauf hin, dass der Begriff des Einfrierens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgefunden sei und sich auf sehr blutige Konflikte beziehe, in denen Russland eine gewichtige Rolle gespielt habe. Diese seien dann diplomatisch zeitweise unterbrochen worden, „ohne aber eine politische Lösung des eigentlichen Konflikts zu finden“. Stattdessen seien die Kampfhandlungen später wieder aufgenommen worden, gelungen sei eine Konfliktbeilegung so „eigentlich nie“.

In der Ukraine fehle jede Basis für das von Mützenich angedachte Vorgehen. Putin glaube, den Krieg militärisch zu gewinnen, und sehe keinen Grund, Kompromisse einzugehen, und die Ukraine strebe die vollständige Integrität ihres Staatsgebietes an.

Der Osteuropahistoriker **Martin Schulze Wessel** diagnostizierte, in der „irrliehenden Argumentation des Kanzleramts und der Fraktionsführung zur Frage der Taurus-Lieferung“ mache sich ein intellektueller „Kompetenzverlust“ der SPD bemerkbar. Er hielt es ferner für bemerkenswert, dass Mützenich nicht anerkenne und nie anerkannt habe, dass die Ukraine

1994 durch das Budapester Memorandum freiwillig und bewusst auf ihre Atomwaffen verzichtet habe, und stattdessen in „Verdrehung der Fakten“ argumentiere, dass die Ukraine auf diese Waffen sowieso keinen Zugriff gehabt habe und Russland sie nicht aufgegeben hätte, selbst wenn sie auf dem Gebiet der Ukraine stationiert gewesen seien. Dabei seien die Waffen ja gerade nicht mehr im russischen Zugriff gewesen und die Ukraine hätte trotz mangelnder Freischaltcodes genug technische Expertise gehabt, um die volle Kontrolle über Atomwaffen zu bekommen.

#### Anmerkungen:

Die ganzen Beschimpfungen, die **Rolf Mützenich** wegen seines „Einfrieren“-Vorschlags ertragen musste, haben ihn nicht aus der Bahn geworfen. Auch wenn er heute in seiner Fraktion weitestgehend isoliert erscheint, so hört man seinen Argumenten weiterhin aufmerksam zu. **Michael Müller** hätte gestern Abend die doppelte Menge an Tickets vergeben können.

Eines ist jedoch sicher, es gab bislang keinen besseren Vorschlag als den, den **Rolf Mützenich** im März 2024 gemacht hat.

Jeder Krieg wird einmal enden. Der Großkotz im Weißen Haus hat es bislang nicht geschafft. Auch sein Parallelgremium zum Sicherheitsrat, das eher einer Versammlung von Mafia-Bossen ähnelt, wird daran nichts ändern. Trump kassiert Milliarden von den Mitgliedern des Vereins. Keiner weiß, wohin die Gelder fließen. Die Präsidentschaft von Trump ist die korrupteste Administration, die es jemals in den USA gab. Worüber verhandeln eigentlich Trumps Immobilienunternehmer in der Ukraine und im Gaza-Streifen? Bestimmt nicht über den Schutz des Völkerrechts.

**Ed Koch**

04) 28 Cent. Von Ed Koch



Nr. 646-26

26. Februar 2026

51. Jahrgang

## 28 Cent

Die Erhöhung des Rundfunkbeitrages ist ein immer wiederkehrendes Reizthema. Die *Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)* ist dazu da, das herauszufinden, was in ihrem Namen steht. Nach welchen Kriterien sie das macht, kann niemand so richtig nachvollziehen.

18,36 Euro sind es derzeit im Monat. Dafür gibt es neben ARD und ZDF, One, tagesschau24, ZDFneo und ZDFinfo, 3sat, arte, Phoenix, KiKa, alle so genannten Dritten Programme, von BR über MDR und NDR bis RBB und WDR, und dazu noch eine Fülle von Radioprogrammen. Über so viel Angebot für so wenig Geld müsste sich doch eigentlich jeder freuen. Aber nein. Der Beitrag sollte zunächst um 58 Cent steigen, und nachdem die KEF nochmal nachgerechnet hat, nur um 28 Cent auf dann 18,64 Euro monatlich. Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, können sich ohnehin befreien lassen.

Dass viele ihren Zorn über die Beiträge aus dem Fall Schlesinger speisen, ist verständlich. Auch ist der administrative Überbau mit Intendant, Direktoren, Abteilungsleiter etc. ziemlich dick aufgetragen, was sich an der Größe der Gebäude der Rundfunkanstalten messen lässt. 2024 betrug die Gesamteinnahmen zehn Milliarden Euro. Angeblich fließen acht davon ins Programm und „nur“ zwei in die Verwaltung.

Um die Erhöhung gibt es Streit, der vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist. In diesem Jahr will Karlsruhe entscheiden. Ob dann Ruhe herrscht, darf bezweifelt werden. Die Erhöhung stößt bei einigen Bundesländern auf Ablehnung. Und auch ein großer Teil der Nutzer sieht die Erhöhung sehr negativ. Nach einer **Civey**-Umfrage 72,2 Prozent. Völlig unverständlich.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht unter Beobachtung, nicht allein durch die Politik, sondern auch privater Medien, die jede Fehlleistung auschlachten. Vor allem die Springer-Medien wie **WELT** und **BILD**, aber auch die **Berliner Zeitung** sind ganz vorn dabei, wenn es um Kritik am ÖRR geht. Bei der Fülle der Nachrichten passieren schon mal Fehler, wie auch bei den Privaten. Fehler müssen erkannt und korrigiert werden.

In die Debatte um die Gebührenerhöhung platzt eine eklatante Fehlleistung des ZDF im **heute-journal** vom 15. Februar 2026. Ein Beitrag behandelte Abschieberazzien der US-Einwanderungsbehörde ICE. Dabei wurde an einer Stelle *KI-generiertes Bildmaterial* aus dem Internet verwendet. Weiteres Material

war real, stammte aber aus dem Jahr 2022. Die Folgen sind schwerwiegen. Die New Yorker Studioleiterin **Nicola Albrecht** wurde abberufen. Sie sei unprofessionell mit Bildmaterial umgegangen, warf ihr die Chefredakteurin **Bettina Schausten** vor.

Auch der Umgang mit dem Fall war alles andere als professionell. Erst wurden technische Fehler vorgehoben, dann entschuldigte sich das ZDF. *Von KI erzeugtes Material dürfe in Nachrichten grundsätzlich nicht verwendet werden, sofern KI nicht selbst Thema des Beitrags sei.* Quelle: Deutschlandradio

Für die AfD, die den ÖRR stets als Lügenpresse bezeichnet, war der Vorgang eine Steilvorlage. Sie beantragte gestern eine Aktuelle Stunde im Bundestag unter dem Titel: „Schwerwiegende Fehler bei der Berichterstattung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“ „Redner aller Fraktionen nannten den Vorgang ... gravierend. Während die AfD von Vorsatz sprach, gab es von allen anderen Fraktionen im Bundestag trotz Kritik viel Unterstützung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“, berichtet das ZDF gestern.

Kommen wir zurück zum eigentlichen Thema und betrachten das ganze Bild des ÖRR. Lassen wir dabei einmal die Filme, Musik- und Quiz-Shows, die unendlich vielen Krimis aus jeder Ecke des Landes beiseite – jede noch so kleine Region hat ihre eigene Soko, auch Potsdam oder (die beste von allen) Wismar, fehlt nur noch Soko Luckenwalde – dann bleibt ein sehr großer Teil für Informationen und Nachrichten. Jede Meinung wird gehört, bei Maischberger, Klamroth, Illner, Miosga und Lanz. Vor allem diejenigen, denen der ÖRR ein dicker Balken im Auge ist, die AfD, kommt viel zu häufig zu Wort und kann ihre völkischen Ideen verbreiten. Auch wenn es Fehler gibt, sind die Nachrichtensendungen des ÖRR die beste Quelle für seriöse Nachrichten, denn Nachrichten heißen Nachrichten, weil man sich nach ihnen richten kann.

Was die regionale **Berliner Abendschau** des **rbb** betrifft, so löst sie nicht bei jedem nur Freude aus. Aber, sie zeichnet weitestgehend ein Bild von dieser Stadt, das es sich anzuschauen lohnt. Vor allem aber ist das Radio die unerschöpfliche Quelle, aus der man sein Wissen über aktuelle Geschehnisse in der Welt, im Land und seiner Stadt schöpfen kann. Eine halbe Stunde **rbb 24 Inforadio** am Morgen und Abend reichen aus, um auf dem neuesten Stand zu sein. Und das alles für unter 20 Euro.

Private TV- und Radio-Anbieter haben ihren festen Platz im System gefunden. Das ist in Ordnung. In Anspruch nehmen muss man dieses Angebot nicht.

1

Wenn ich mir abends einen Fernsehkrimi ansehen will, möchte ich das in einem Rutsch, ohne Werbeunterbrechung. Sehr selten, und nur, wenn dieser Film woanders nicht verfügbar ist, klicke ich auf einen Privatsender und ertrage geduldig die Werbeunterbrechungen, wodurch der Film mindestens 30 Minuten länger dauert.



Berliner Jugendgruppe zu Gast bei CBS News in Denver, Colorado, 2012. Foto: Ed Koch

In den USA sind Fernsehen und Radio gebührenfrei, es sei denn, man abonniert bestimmte Sender. Es gibt auch in den USA einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der jedoch fundamental anders strukturiert ist als in Deutschland. Die Hauptakteure sind PBS (Public Broadcasting Service) für Fernsehen und NPR (National Public Radio) für Radio. Sie sind nicht-kommerziell, werden aber nur zu einem kleinen Teil staatlich, primär jedoch durch Spenden und Stiftungen finanziert. PBS und NPR sind Netzwerke, die Programme für über 300 bzw. über 1.000 lokale, meist unabhängige Stationen produzieren. Der Fokus liegt auf Bildung, Dokumentationen, Nachrichten und Kultur (z.B. Sesame Street, PBS NewsHour). Die staatliche Förderung ist politisch umstritten und wird regelmäßig gekürzt, was besonders lokale Stationen in ländlichen Gebieten vor Herausforderungen stellt.

Quelle: Wikipedia

Selbst Nachrichtensendungen in den USA werden von Werbung unterbrochen. Wir haben uns das bei unseren Jugendbegegnungsreisen live im Studio angeschaut. Mindestens zweimal wird die News-Show von Werbung unterbrochen. Bei uns werden inzwischen die Wetterberichte von Wirtschaftsunternehmen präsentiert. Zehn Grad Minus, Schnee und Glätte, präsentiert von **Bett1**. Da weiß man, lieber auf der Matratze liegen bleiben, als auf der Straße landen.

Ed Koch

## 05) Würdigung für Rita Süßmuth



Nr. 646-25

25. Februar 2026

51. Jahrgang

### Würdigung für Rita Süßmuth



Quelle: Deutscher Bundestag pa/IPON/Stefan Boness

Wir sind gebeten worden, die Rede von Bundestagspräsidentin **Julia Klöckner** beim Trauerstaatsakt zu Ehren von Rita Süßmuth zu dokumentieren. Diesem Wunsche entsprechen wir gern.

Quelle: Stenografischer Dienst Deutscher Bundestag

Sehr geehrte Frau Dr. Süßmuth Dyckerhoff, liebe verehrte Trauerfamilie, die heute hier anwesend ist, sehr geehrter Herr Bundespräsident, Herr Präsident des Bundestages, Herr Bundeskanzler, Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Präsident des Bundesrates, sehr geehrter Herr Professor Prantl Exzellenzen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, verehrte Gäste!

Auch die Anwesenheit der ehemaligen deutschen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten unterstreicht: Rita Süßmuths Bedeutung für unser Haus und unser Land war sehr besonders. Auf der Tribüne begrüße ich Herrn Professor Norbert Lammert, Herrn Dr. Wolfgang Thierse, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl und im Plenum Frau Bärbel Bas.

Ich danke Ihnen allen sehr, dass Sie gekommen sind.

Ebenso begrüße ich Bundespräsident a. D. Christian Wulff und die ehemaligen Bundeskanzler Dr. Angela Merkel und Olaf Scholz. Herzlich willkommen!

Sommer 1995. Hier an dieser Stelle in Berlin. Wo wenige Jahre zuvor die Berliner Mauer stand, liegen Menschen vor dem Reichstagsgebäude im Gras. Hunderte, Tausende - und doch ist es still. Sie schauen nach oben - auf das, auf unser verhülltes Reichstagsgebäude. Die damalige Hausherrin, Rita Süßmuth, erinnerte sich später: „Sie können sich nicht vorstellen, wie friedlich es war.“

Dieser Moment wirkte leicht. Aber er war politisch hart erkämpft. Helmut Kohl war dagegen, Wolfgang Schäuble auch. Er erklärte der damaligen Bundestagspräsidentin, das Projekt „Verhüllter Reichstag“ sei - Zitat - „aussichtslos“. „Das wollen wir mal sehen“, war die Reaktion von Rita Süßmuth. Christo und Jeanne-Claude blieben ihr, der Unbeugsamen, dafür ewig dankbar - für diesen Sommer 1995.

Für die Verhüllung fanden die Menschen damals einen Begriff, der Jahre später noch einmal neu erfunden wurde: Sommermärchen!

Rita Süßmuth war eine Politikerin, die gesellschaftliche Fragen früher erkannte, als andere es taten. Sie wartete nicht, bis Debatten bequem wurden. Sie scheute keine Tabus - auch dann nicht, wenn der Gegenwind auch mal aus den eigenen Reihen kam.

„Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ - so nannte Rita Süßmuth ihre Autobiografie. Der Titel beschreibt die Strategie einer Frau in einer männergeprägten Politikwelt.

Mit einem Mann verband sie ein besonderes, nicht gerade immer unkompliziertes Verhältnis: mit Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit. Er wollte seine Partei modernisieren. Seine Reformagenda schuf erst den Platz für eine Seiteneinsteigerin wie Professor Dr. Rita Süßmuth.

Rita Süßmuth hat diesen Anspruch der Modernisierung mit Leben gefüllt, also ernst gemeint. Manchmal mehr, als es Helmut Kohl lieb war.

Wer Rita Süßmuth unbequem nannte, der machte ihr - vielleicht ungewollt - ein Kompliment. Sie kam nicht in die Politik, um sich selbst dafür anzupassen. Sie kam, um Räume zu öffnen. Denn Rita Süßmuth hat früh in ihrem Berufsleben erfahren, dass Ziele erkämpft werden müssen - schon bei ihrer Bewerbung als Assistentin und als Dozentin.

Drei Jahre war Rita Süßmuth Bundesministerin. Zuständig für Jugend, Familie, Gesundheit und ab Mitte ihrer Amtszeit auch für Frauen - diesen Zusatz hatte sie sich eigens ausbedungen. In dieser doch recht kurzen Zeit als Ministerin hat sie, die Menschenfreundin, vieles und Wichtiges bewegt.

Rita Süßmuth bestimmte gesellschaftliche Debatten. Mit aller Macht stemmte sie sich gegen die Aidskrise Mitte der 80er-Jahre. Und sie stemmte sich vor allen Dingen gegen Ausgrenzung und moralische Verurteilung. Sie widersprach der damals tatsächlich vorhandenen und absurden Vorstellung, diese Krankheit sei Strafe. Die Feindseligkeit - insbesondere gegenüber Homosexuellen - bekam auch sie dann zu spüren als Verbündete. Doch gegen die

Stigmatisierung setzte Rita Süßmuth auf Aufklärung, auf Prävention, auf Unterstützung. Nicht den Betroffenen sagte sie den Kampf an, sondern der Krankheit.

Und an unsere damalige Gesellschaft stellte sie eine Grundfrage: Reduzieren wir Menschen auf ihre Krankheit, oder messen wir sie schlicht an ihrer Würde? Rita Süßmuth verschaffte dem Grundprinzip unserer Verfassung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Geltung - gegen Angst und gegen Ausgrenzung. Diese Erfahrung, so meine ich, hat unserer Gesellschaft wirklich gutgetan.

Sie erinnern sich sicherlich an die Kampagne „Gib Aids keine Chance“. Sie entsprang der politischen Handschrift von Rita Süßmuth. Sie rettete unzähligen Menschen das Leben.

Rita Süßmuths liberale Haltung wurzelte in der katholischen Soziallehre. Individualität, Freiheit und Eigenverantwortung, Subsidiarität - das waren die Schlüsselbegriffe. In ihrem letzten Buch schrieb sie - Zitat -: „Mein Vertrauen in die Tatkraft des Menschen ist stärker als meine Kritik an seiner Unvernunft.“ Zuversicht.

Christin und Christdemokratin zu sein - das war für sie nicht bloß irgendeine Tradition, in die man hineinrutscht. Sie war interessiert an Theologie, sie setzte sich mit kirchlichen Debatten ihrer Zeit auseinander. Ihr Glaube trug sie. Er war Quell ihrer Kraft und letztlich auch ihres Durchhaltevermögens.

Einmal wurde Rita Süßmuth gefragt, was sie den Menschen mitgeben wolle. Ihre Antwort: sich von Niederlagen nicht niedermachen zu lassen.

Ausgerechnet den Höhepunkt ihrer politischen Karriere hat sie zunächst als solche Niederlage verstanden. Sie wollte nicht Bundestagspräsidentin werden, und sie hat nach eigener Aussage „tagelang geweint“, als ihr die Nachfolge von Philipp Jenninger angetragen wurde. Im Interview erklärte sie - Zitat: „Ich wollte Einfluss haben. Und da hast Du keinen mehr.“ Nun ja. Sie hat Einfluss genommen, vor allem als Bundestagspräsidentin.

Rita Süßmuth hat die Möglichkeiten des Amtes neu definiert. Sie hat Debatten angestoßen und sich eingemischt. Sie stand öfter mal „quer im Stall“ - das hat ihr durchaus auch Freude bereitet.

In der Zeit der Wiedervereinigung war ihr klar: Ein geeintes Land braucht mehr als schriftliche Verträge. Es braucht Vertrauen. Gemeinsam mit Sabine Bergmann-Pohl als Präsidentin der frei gewählten Volkskammer bestand sie darauf, dass die beiden deutschen Parlamente diesen Prozess eng begleiten. Das

war kein institutionelles Detail. Das war eine demokratische Selbstachtung für das Parlament.

Für Rita Süßmuth war die Deutsche Einheit ein Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, an die Stärke parlamentarischer Kontrolle und an die Zukunft eines gemeinsamen Europas.

Während wir heute hier versammelt sind, jährt sich auf den Tag genau der russische Angriff auf die Ukraine. Der Krieg erinnert uns daran, dass Einheit, Freiheit und die Achtung des Völkerrechts eben keine historische Selbstverständlichkeit sind. Rita Süßmuth hätte uns ermutigt, jetzt an Europas Versprechen festzuhalten.

Für Rita Süßmuth war das Parlament auch ein Faktor in der Diplomatie. Auf die Beziehungen zur Knesset legte sie großen Wert. Viel beachtet war ihr Besuch in Israel während des Prozesses der Wiedervereinigung, wieder gemeinsam mit Sabine Bergmann-Pohl.

Am Herzen lag ihr die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn, besonders mit Polen. Nach Warschau führte sie ihre erste Auslandsreise als Bundestagspräsidentin - nur wenige Stunden nach ihrer Wahl. Und auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt blieb sie unserem Nachbarn, blieb sie Polen eng verbunden. Sie setzte sich mit all ihrer Kraft für ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung ein.

Rita Süßmuth hat unser Parlament als moralische Institution gestärkt. Rita Süßmuth hat gezeigt: Das Parlament ist nicht nur der Ort, an dem Politik in einem Gesetz schließlich endet. Beim Parlamentsumzug nach Berlin moderierte sie mit viel Diplomatie so manche emotionale Debatte. Kuppel, ja oder nein? Es lässt sich kaum mehr begreifen, aber in den 90er-Jahren war das eine hochumstrittene Frage, die Kuppel auf dem Dach des Reichstagsgebäudes. Heute ist die gläserne Kuppel, unter der wir hier zusammengekommen sind, ein Sinnbild für Transparenz, für Bürgernähe, für besondere Architektonik. Und die Kuppel ist ein unglaublicher Anziehungspunkt. Der Deutsche Bundestag ist mittlerweile das meistbesuchte Parlament auf der ganzen Welt.

Zahlreiche politische Themen hat Rita Süßmuth geprägt. Mit der Leitung der Zuwanderungskommission übernahm Rita Süßmuth eine Aufgabe, an der sich andere lieber nicht die Hände verbrennen wollten. Für Rita Süßmuth war Integration nicht nur eine Geste, sondern eine wechselseitige Verpflichtung. Die von ihr geleitete Zuwanderungskommission verband Humanität mit staatlicher Steuerungsfähigkeit. Sie dachte Migration nicht als Ausnahmezustand,

sondern als gestaltbare Daueraufgabe einer offenen Gesellschaft. Doch ihr großes Lebensthema waren die Frauen. Die Zeitschrift „EMMA“ nannte sie dafür liebevoll-ironisch „*Lovely Rita*“.

Zu Beginn ihrer politischen Karriere wurde Rita Süßmuth, die Hochschulprofessorin, schlichtweg unterschätzt. Sie nahm das nicht persönlich. Aber Sie nahm es politisch. Widerstand reizte sie. Da war es dann wieder: „*Das wollen wir mal sehen.*“

Auf Frauen konnte und wollte man damals in der Politik nicht verzichten, aber es gab genaue Vorstellungen, wie sie zu sein hatten, die Frauen in der Politik. Aber diese deckten sich nicht mit Rita Süßmuths Vorstellungen.

Die Selbstbestimmung von Frauen war ihr roter Faden. Lange hieß es, Frauen seien zu emotional für die Politik. Rita Süßmuth konterte - Zitat -: „*[...] weil wir zu wenig Emotionalität, zu wenig Mitgefühl in der Welt haben, steht es so schlecht um sie.*“

Mit ihrer Wahl an die Spitze des Parlaments machte die Bundestagspräsidentin ihre eigene Ansage in Richtung Frauen. Hier in dieser Bundestagsverwaltung berichten mir Frauen in Führungspositionen, ohne Rita Süßmuth wären sie nicht hier.

„*Rita Süßmuths Strahlkraft reicht über ihren Tod hinaus*“, so haben wir es heute in der Predigt des Trauergottesdienstes gehört. Rita Süßmuths markante Stimme klingt noch immer in unseren Ohren. Bestimmt und verbindlich war sie. Sie bestand auf die weiblichen Amtsbezeichnungen, ließ Mappen, Schilder und Akten neu drucken: Bundestagspräsidentin.

In der Herrenwelt der Bürokratie war das seinerzeit unerhört. Adenauer hatte einst der einzigen Ministerin an seinem Tisch zu verstehen gegeben - Zitat -: „*In diesem Kreis sind auch Sie ein Herr!*“

Dieser Geist herrschte noch Jahrzehnte später. Selbst Annemarie Renger firmierte hier im Haus als „*Frau Präsidentin*“.

Rita Süßmuth setzte sich als Vorsitzende der Frauen Union der CDU auch für verbindliche Quoten ein. Und zuletzt forderte sie vehement Parität.

Das tat sie nicht, um einen platten Vorteil für Frauen aufgrund des Geschlechts zu bekommen, sondern als demokratische Notwendigkeit.

Machen Frauen also bessere Politik? Rita Süßmuth würde vermutlich antworten: falsche Frage. Ohne Frauen kann Politik gar nicht gut sein. Wo Frauen fehlen, fehlt die Hälfte der Perspektive, es fehlen Lebenserfahrungen, und es fehlen Lösungen. Eine

Demokratie, die auf die Hälfte der Erfahrungen verzichtet, entscheidet nie klug, egal um welche Hälfte es geht.

2019 hielt Rita Süßmuth ihre letzte Rede hier im Plenum, als Gast einer Feierstunde. Es ging um 100 Jahre Frauenwahlrecht. Ihr war die Ungeduld anzumerken. Sie war sehr geduldig in der Ungeduld; das musste man ihr lassen. „*Warum sind wir Frauen nicht weiter?*“ war ihre Frage.

Ausgerechnet die von ihr eingeforderte Quote bezeichnete Rita Süßmuth später als Fehler. Warum? Sie hätte gleich die Hälfte verlangen sollen, sagte sie.

Rita Süßmuth nannte sich selbst eine Kämpferin. Aber sie kämpfte nie für sich allein. Oft waren es überparteiliche Frauenbündnisse, mit denen sie ihre Anliegen vorantrieb - Zitat -: „*Es kommt nicht nur auf das Ich, sondern auf das Wir an.*“ Und ihr glaubte man das.

Rita Süßmuth hat nicht nur Erfolge erlebt, sondern auch Scheitern. Und sie hat offen darüber gesprochen, dass zum Kämpfen auch das Risiko und die Erfahrung des Scheiterns gehört, die Kraft aber, wieder aufzustehen und weiterzumachen, ebenso. Gerade deshalb wurde sie zu einem Vorbild für viele Frauen.

Rita Süßmuth steht in der Reihe der großen Frauen der Deutschen Demokratiegeschichte, zu denen etwa die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert gehört. Ihr verdanken wir, dass die Gleichberechtigung Eingang in das Grundgesetz gefunden hat.

Und deshalb war Rita Süßmuth bis zuletzt kämpferisch, wenn sie sah, dass manches wiederkehrte, was überwunden schien: Nationalismus, Antisemitismus, Rückschritte in der Gleichberechtigung.

Ich hatte das Glück und die Freude, Rita Süßmuth im vergangenen Jahr noch einmal zu treffen. Sie war gezeichnet von ihrer Krankheit. Aber sie begegnete der Krankheit, wie sie allem begegnete: unerschrocken.

Wir haben miteinander geschmunzelt, gelacht und auch über Unvollendetes gesprochen. Ihr Zuspruch, ihre Ermutigung, ihre Anteilnahme, ihre Positionierung und - noch einmal - ihre Unerschrockenheit haben bei vielen bleibenden Eindruck hinterlassen. Und mir ging es so wie vielen: Ich spürte ihre Energie. Sie hatte so viel zu sagen, so viel mitzugeben!

Sehr geehrte Damen und Herren, manche prägen ihre Zeit. Manche aber prägen, wie eine Zeit über sich selbst denkt. Rita Süßmuth gehörte zu Letzteren. Sie hat uns gezeigt, dass Stärke und Mitgefühl zusammengehören.

Sie hat uns gezeigt, dass Überzeugung und Dialog kein Widerspruch sind, dass Ohnmacht nur durch Gestaltungsmacht überwunden werden kann und dass ohne Frauen kein Staat zu machen ist.

Liebe Claudia Süssmuth Dyckerhoff, wir verneigen uns vor dem Lebenswerk Ihrer Mutter.

Liebe Familie Süssmuth Dyckerhoff, was Rita Süssmuth uns hinterlässt, ist mehr als Erinnerung. Sie hinterlässt uns ihre Haltung.

Herzlichen Dank.

Mit einem **Trauerstaatsakt** hat der Bundestag am Dienstag, 24. Februar 2026, Abschied von seiner früheren Präsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth genommen. Die CDU-Abgeordnete war am 1. Februar im Alter von 88 Jahren in Neuss verstorben. Sie zählt zu den prägendsten Politikerinnen der Nachkriegszeit und gilt als Vorkämpferin für Gleichberechtigung und ein modernes Familienbild.

Zehn Jahre lang, von 1988 bis 1998, stand Süssmuth an der Spitze des Hohen Hauses. Davor war sie von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, ab 1986 zusätzlich für Frauen. Sie war die erste Politikerin, die den Bereich Frauenpolitik in diesem Ressort auf Bundesebene etablierte.

Während des von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier angeordneten Staatsakts sprachen Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und, auf Wunsch der Verstorbenen, der Journalist und Autor Prof. Dr. Heribert Prantl. Im Beisein von Süssmuths Familie, Repräsentanten aller Verfassungsorgane sowie von Weggefährtinnen und Weggefährten erinnerten sie an die politische und gesellschaftliche Lebensleistung der Christdemokratin.

Ein Trauerstaatsakt ist Ausdruck höchster Würdigung durch die Bundesrepublik Deutschland und ehrt eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die sich, so steht es im Gesetz, „um das deutsche Volk hervorragend verdient gemacht“ hat. Das staatliche Zeremoniell findet nur selten statt.

**Heribert Prantl:** Rita Süssmuth war eine Möglichmacherin „Sie wird uns fehlen.“ Mit diesen Worten eröffnete Heribert Prantl seine Gedenkrede. Er würdigte die verstorbene Bundestagspräsidentin als „Möglichmacherin“ und diplomatische Kämpferin. Rita Süssmuth habe Unmögliches möglich gemacht und „stark und unbeirrt“ für ihre Überzeugungen gekämpft. Prantl beschrieb Süssmuth als eine „Demokratin mit Herz und Seele und mit scharfem Verstand“. Demokratie sei für sie mehr gewesen als eine

Abstimmungsprozedur, nämlich ein Lebensprinzip und eine Wertegemeinschaft. Er erinnerte an ihre aufklärerische Aids-Politik, ihr Engagement für ein liberales Recht des Schwangerschaftsabbruchs und die Gleichstellung der Frau sowie an ihr letztes großes politisches Anliegen: ihren Kampf um Geschlechterparität in den Parlamenten.

Rita Süssmuth habe einen „neuen, einen aufgeklärten Zeitgeist“ geprägt und gezeigt, „was ein einzelner Mensch vermag“, sagte Prantl. Bei vielen Themen sei sie eine Leitfigur gewesen – stets wissend, dass es, um politisch etwas zu bewirken, Mitstreiter und Unterstützer braucht. „Versöhnerinnen wie sie bräuchte man heute in den Konflikten, die Europa und die Welt zerreißen.“ Jenen, die um sie trauerten, hinterlasse Süssmuth einen Auftrag: die Andersdenkenden zu achten und sich um die Parität in den Parlamenten zu kümmern.

Auch Bundeskanzler **Friedrich Merz** würdigte die Verstorbene als eine „Ausnahmepolitikerin“ und eine „unerschütterliche“ Idealistin und Humanistin, deren politisches Denken stets davon geleitet gewesen sei, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. „Ihr Ethos der politischen Gestaltung war im ganzen Sinn des Wortes christdemokratisch“, so Merz.

Der CDU-Parteichef nutzte seine Gedenkrede auch, um persönliche Erinnerungen an Süssmuth zu teilen. So sei sie es gewesen, die dem Bundestag vorstand, als er 1994 erstmals als Abgeordneter ins Parlament einzog. In ihrer Rede in der konstituierenden Sitzung habe sie „die Kraft der Solidarität und der Eigenverantwortung“ sowie die „Freude der Mitmenschlichkeit und die Freude der Selbstentfaltung“ beschworen, erinnerte sich Merz.

Süssmuth habe das Land zum Besseren gefordert, so der Bundeskanzler – „und das war, das bleibt ein großes Glück“. Ihr immerwährendes „kritisches Prüfen“ habe sie stets zu dem Ergebnis von der Freiheitsbegabung des Menschen geführt – und immer wieder zu der Feststellung: „In der Welt, in Europa, in Deutschland, in ihrer und unserer Partei, in den Schulen und Bildungseinrichtungen, am Arbeitsmarkt sind die Dinge noch nicht so eingerichtet, dass sie der Freiheit aller Menschen dienen.“

Quelle: Deutscher Bundestag

## 06) Irgendwas ist immer

50  
paperpress  
seit 1976

Nr. 646-24

24. Februar 2026

51. Jahrgang

### Irgendwas ist immer

In unserer beliebten Rubrik „Geschichten über die Deutsche Bahn“ berichtet Ed Koch über seine neuesten Erlebnisse unter dem Motto: „Irgendwas ist immer.“

Aus Leserzuschriften weiß ich, dass Sie Spaß an meinen Erlebnissen mit der Deutschen Bahn haben. Deshalb heute eine neue Folge. Alles sehr unschön, aber gemessen an dem, was die Menschen in der Ukraine seit vier Jahren tagtäglich erleiden, sind es wirklich Luxusprobleme. Auch, dass die Gewerkschaft am Wochenende wieder den ÖPNV lahmlegen will. Gibt es in der Ukraine überhaupt noch einen einigermaßen funktionierenden öffentlichen Personenverkehr?

Wenn man in einer großen Wohnanlage lebt, hat dies den Vorteil, dass es mehrere Zugänge gibt, zu denen jeweils ein Aufzug gehört. In meinem Falle vier, von denen allerdings drei immer wieder ausfallen, also nur sporadisch genutzt werden können. Wer in der vierten Etage an einem der Eingänge ohne funktionieren Aufzug wohnt, schleppt seine Sachen entweder runter und rauf oder nutzt den einzigen verbliebenen, der sich am anderen Ende befindet, und wandert durch die langen Flure der Anlage. Am Montag habe ich vor Reiseantritt meinen Koffer runterschleppt, und siehe da, es geschehen über Nacht Wunder, „mein“ Aufzug funktioniert seit heute wieder. Es sind diese vermeintlichen Kleinigkeiten, die Freude bereiten.



Probleme mit den Aufzügen am Bahnhof Südkreuz gibt es nicht. Nur die Rolltreppen stehen still, wobei ein weiteres Wunder der Nacht geschah: eine fuhr heute wieder vom unteren Bahnsteig in die mittlere Ebene.

Abfahrt Südkreuz am Montag nach Hamburg-Altona. Fünf Minuten Verspätung. Kein Thema. Der Zug setzte sich in Bewegung. Hauptbahnhof. Durchsage: „Wir haben Probleme am Triebwagen!“ 20 Minuten Pause. Der Zug fährt weiter, aber nicht nach Spandau, sondern zum Nordkreuz, also Gesundbrunnen. Der Zug ändert hier seine Fahrtrichtung. Wo vorher vorn war ist jetzt hinten. Immer wieder buche ich einen Platz in Fahrtrichtung und hatte mich sehr gefreut, dass dies am Montag klappte, denn meistens ändert sich die Wagenreihung. So nun auch diesmal. Ich fuhr also wieder rückwärts, aber wenigstens in Richtung Spandau und weiter nach Hamburg. Ankunft Altona: 20 Minuten verspätet.



Vor ein paar Tagen hatte ich **Sebastian**

Leges „Besseresser“ gesehen. Es ging um die Bordgastronomie bei der Bahn. Kurz danach sah ich „Die Deutsche Bahn: Die Insider – Tricks hinter den Kulissen.“ Ein unerkannt bleibender Mitarbeiter der DB rät vom Besuch der Bord-Bistros ab. Und auch das, was uns Lege vorführte, lässt den Magen rotieren. Ich bin allerdings ziemlich schmerzfrei. Das warme Croissant Brötchen (Foto) mit Gouda, Tomaten, Zwiebeln und Gurkenaufstrich für 6,90 Euro, schmeckt mir ausgesprochen gut. Dazu einen Latte Macchiato für 4,60 Euro. Ja, teuer. Kann man sich auch bei **Le Crobag** im Bahnhof kaufen und mit in den Zug nehmen. Den Keks gibt's übrigens gratis.

Lege zeigt es und ich habe es selbst gesehen, wie Currywurst und Chili con Carne zubereitet werden. Nein, es ist kein Blutsplasmabeutel, der in die Mikrowelle geschoben wird, auch wenn es so aussieht. Nach dem Klingelton wird der Beutel aufgeschnitten und in die Schüssel gekippt. Lecker. Auch hier ein Aber: Ich esse gern Currywurst und Chili, und es schmeckt mir auch bei der Bahn, was vielleicht nicht für mich spricht.



Apropos Currywurst. Vor einiger Zeit hatte ich schon einmal das Restaurant **Old Commercial Room** am **Michel** empfohlen. Dorthin führte mich Montagabend mal wieder mein Weg. Eine Currywurst, rund 30 cm lang mit Pommes. Das hat was, sättigt aber über das nächste Frühstück hinaus.



Bleibt noch zu erwähnen, dass die Strecke nach Hamburg noch lange über Stendal und Uelzen führten wird. Immer wieder schön zu sehen, der Hundertwasserbahnhof in Uelzen. Und die Rückfahrt heute? Pünktlich auf die Minute in Altona abfahren und in Südkreuz angekommen, ohne Änderung der Wagenreihung. Geht doch. Fotos: Ed Koch

1

07) Russian Style. Von Uwe Januszewski



Nr. 646-23

23. Februar 2026

51. Jahrgang

## Russian Style

Seit vier Jahren führt der russische Präsident **Wladimir Putin** Krieg gegen die Ukraine. Damit dauert dieser Krieg länger als der sog. Vaterländische Krieg gegen Hitler-Deutschland. Mit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine wurden seitens der Europäischen Union mittlerweile 19 Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Firmen wurden aufgefordert keine Waren mehr in das Reich Putins zu verkaufen und vorhandene Produktionsstellen zu schließen. Russische Bezeichnungen wurden häufig nicht mehr verwendet.



Umso erstaunter war der Autor des Artikels als er bei einem Familienbesuch in Shanghai ein Glas Gurken der Firma **Kühne** auf dem Esstisch stehen sah. Der Name „Pickled Gherkins – Russian Style“. Vertrieben wird das Produkt, das mir bis dato völlig unbekannt war, über die Dependance der Fa. **Carl Kühne KG** in Beijing. Kaufen kann man

das Produkt in den Supermärkten oder online bei **ALDI China**, so auch in Shanghai.



Ein Blick auf die Internetseite der Carl Kühne KG zeigt, dass das Unternehmen seit 1903 eingelegte Gewürzgurken in Deutschland auf den Markt bringt. Originalzitat: „Heute gibt es bereits mehr als 20 verschiedene Sorten. Die langjährige Erfahrung macht uns zur Nr. 1, wenn es um eingelegte Gurken geht!“ Darunter auch immer noch Gurken „Moskauer Art“, die mit Koriander verfeinert sind. Dies dürfte wohl der Unterschied zu den allseits bekannten „Gewürzgurken“ sein, die laut Etikett mit Kräutern verfeinert sind.



### Nachfrage bei Kühne

International heißt das Produkt also „Russian Style“. Ein Grund, bei der Firma mit Sitz in Hamburg per Mail nachzufragen. „Warum verwendet die Firma Kühne, die sich laut ihrer Angabe ‚für die Einhaltung der Menschenrechte‘ ausspricht, aufgrund des Angriffskriegs Russland gegen die Ukraine, noch die Bezeichnungen ‚Russian Style‘ und ‚Moskauer Art‘? Gibt es in Ihrer Firma Diskussionen oder Entscheidungen, die Marke ‚Moskauer Art‘ aus dem Sortiment zu nehmen und liefert die Firma Kühne direkt aus Deutschland oder aber über ein Drittstaat, z.B. über Ihre Niederlassung in Beijing, Gurken nach Russland?“

Die automatische Antwort der Firma: „Lieber Kühne-Kunde, vielen Dank für Ihre Nachricht und dem Interesse an unseren Produkten. Ihre Anfrage mit der Ticket-Nr. (3.....0) ist bei uns eingegangen und wird schnellstmöglich bearbeitet. Sollten Sie weitere Anmerkungen oder Nachfragen haben, antworten Sie bitte direkt auf diese E-Mail“. Auf eine erneute Nachfrage wurde auch nach vier Wochen nicht reagiert. Liefert die Carl Kühne KG tatsächlich Gurken mit dem Titel „Russian Style“ (direkt oder indirekt) nach Russland? Macht man sich in Hamburg „keinen Kopf“ zu Produktnamen?

### Nachfrage von Kühne bei LinkedIn

Eher prüft man erst einmal nach, wer die E-Mail an die Kühne KG verfasst hat. Denn zur Überraschung des Autors gab es eine Sichtung seines Profils in LinkedIn durch einen Mitarbeiter der Kommunikationsabteilung. Der dann aber feststellen musste, dass mehr als der Name nicht vorhanden war. Seine Energie und Zeit für die Beantwortung der Fragen einzusetzen: Fehlanzeige. So bleibt die Erkenntnis, dass sich der Herr im Kreml freuen darf, dass aus Hamburg in die weite Welt hinaus „Russian Style“ und nach „Moskauer Art“ verkauft wird.

Der Krieg gegen die Ukraine, der morgen vor vier Jahren begann, wird weitergehen. Gewinner wird es nicht geben. Wo bleibt die internationale Diplomatie? Die Weltgemeinschaft und allen voran der Mann im „Weißen Haus“ haben versagt. Großmachtgehabe der Russen auf der einen Seite, verbündet sich anscheinend mit der westlichen Rüstungsindustrie und deren Aktionären. Auch heute sterben nur zwei Flugstunden von Berlin entfernt in Europa Menschen durch Drohnen und Kampfhandlungen. Wir leben in Frieden und Freiheit, dies sind zwei untrennbare existenzielle Güter. Wie sagte **Willy Brandt**: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Uwe Januszewski

08) KW 8 (16.02. bis 22.02.2026) – In eigener Sache



Nr. 646-22

22. Februar 2026

51. Jahrgang

## KW 8 – In eigener Sache

Gründungstag von **paperpress** ist zwar erst der 7. April, uns selbst feiern wollen wir aber übers ganze Jahr. Die erste gedruckte, oder besser gesagt, kopierte Ausgabe, erschien am 1. Dezember 1976. Zwischen April und Dezember haben wir bereits fleißig Pressemitteilungen unter dem Namen **paperpress** versandt.

Eine Art zentrale Feier fand gestern am 21. Februar statt. Februar ist noch Grünkohlzeit. 1986 kam ein Kollege von **Ed Koch** auf die Idee, ein Grünkohlessen zu veranstalten, dessen Erlös der Publikation zugutekommen sollte. **Volker Wallbaum** war Hobbykoch aus Norddeutschland und verstand viel von der Zubereitung des beliebten Gemüses.

In den vierzig Jahren ist das Grünkohlessen zur Haupteinnahmequelle geworden. **paperpress** ist vermutlich die einzige Publikation, die sich durch ein Essen finanziert. Rund 100 Unterstützer treffen sich jährlich beim Grünkohl, das seit dem letzten Jahr auf Einladung von **Reinhard Müller** auf dem EUREF-Campus stattfindet. **Thomas Kammeier** kümmert sich mit seinem Team um die Zubereitung des Essens, zu dem natürlich auch in Schweineschmalz gebackene Kartoffeln, die berühmten Würste, Kasseler und Schweinebacke gehören. Alles äußerst gesund.

Nachfolgend ein paar Auszüge aus der Jubiläumsgrünkohlrede des Gründers und Herausgebers von **paperpress** und Vorsitzenden des Paper Press e.V.

Liebe Anwesende, im eigenen und im Namen meines Vorstandskollegen **Mathias Kraft** begrüße ich Euch alle sehr herzlich. Ich freue mich, dass auch wieder die politische Spitze des Bezirks Tempelhof-Schöneberg vertreten ist – Bürgermeister **Jörn Oltmann** und der Vorsteher des Bezirksparlaments **Stefan Böltes**. Aus dem Abgeordnetenhaus **Melanie Kühnemann-Grunow**, **Lars Rauchfuß** und **Sebastian Schlüsselburg**. Aus der BVV begrüße ich **Petra Dittmeyer** und **Reinhard Frede**. Und besonders herzlich die jung gebliebenen Alt-Bürgermeister, den Regierenden Bürgermeister a.D. **Michael Müller**, Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**, Bezirksbürgermeister **Michael Barthel** und **Dieter Hapel**, letzter Bürgermeister von Tempelhof und erster von Tempelhof-Schöneberg.

Die Entstehungsgeschichte von **paperpress** ist bekannt. Schuld daran, dass es **paperpress** gibt, ist das Jugendamt Tempelhof. In der Nachbetrachtung sind wir dafür sehr dankbar. Wir haben in den letzten 50 Jahren die Entwicklung der Vervielfältigungstechnik mitgemacht, vom Matrizen-Spiritus-Verfahren bis

hin zu richtig schönem Farbdruck, zu dem uns **PIEREG** seinerzeit verholpen hat.

Die beste Zeit von **paperpress** war zweifelsohne jene, in der wir eine Redaktion mit rund zwölf Leuten hatten. Alles begeisterte junge Menschen, die Spaß am Recherchieren und Schreiben hatten. Besonders beliebt waren natürlich die Filmkritiken. Kostenlos einen Film vor seinem offiziellen Start anschauen zu dürfen, das war schon was. Verbunden damit auch die eine oder andere Pressekonferenz, wo wir ganz vorn live dabei sein konnten.

**Tom Hanks**, **Leonardo DiCaprio**, **Steven Spielberg** und **Pierce Brosnan** im Adlon. **Lino Ventura** im Kempinski, **Sean Connery** und **Liv Ullmann** im Interconti, **Liza Minelli**, **Kevin Costner** und **Dennis Hopper** bei den Funkausstellungen, das waren tolle Erlebnisse für uns. Gerade die Einsätze bei den Funkausstellungen, als dort noch nicht Waschmaschinen und Kühlschränke verkauft wurden, waren sehr beliebt bei unseren Redakteuren. Hinzu kamen viele andere kulturelle Veranstaltungen.

Weniger sexy war die Berichterstattung über die BVV oder das Abgeordnetenhaus. In Tempelhof stand anfangs die Berichterstattung über das Jugendamt und dem etwas merkwürdigen Umgang mit der Meinungsfreiheit der Stadträte im Mittelpunkt, was sich erst Mitte der 1990er Jahre änderte.

Obwohl es nichts gab, was das Prädikat „*geheim*“ verdient hätte, wurde **paperpress** ständig verdächtigt, über Vorgänge zu berichten, die die Stadträte lieber unter dem Deckel halten wollten. So gab es in Neukölln einen Jugendstadtrat, über den wir kritisch berichtet hatten. Der rief seinen Tempelhofer Kollegen an und forderte meinen Rauswurf aus dem öffentlichen Dienst. Rausschmeißen lassen wollte mich auch ein früherer Bezirksbürgermeister, weil ich geschrieben hatte, dass er zum Lachen in den Keller geht.

Es gab ein Rundschreiben, das allen Mitarbeitern verbot, sich öffentlich über Vorgänge aus dem Jugendamt zu äußern. Und so verschwand ich einige Zeit aus dem Impressum, was mich nicht daran hinderte, weiter darüber zu berichten, wenn ein Jugendstadtrat eine Ausstellung verbot, weil sie ihm politisch nicht in den Kram passte. Als einmal aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichtet wurde, gab es eine Anfrage der Republikaner, das war so eine Art Vorläufer der AfD. Beantwortet wurde, dass angeblich ein Mitarbeiter des Jugendamtes für **paperpress** tätig sei und Interna verriet. Bezirksbürgermeister **Wolfgang Krueger** beantwortete die Anfrage mit einem Satz: Keiner der

1

im Impressum genannten Personen ist für das Jugendamt Tempelhof tätig. Ich saß auf der Zuschauerbank im BVV-Saal und hatte Sichtkontakt zu **Wolfgang Krueger**, der mich bei der Beantwortung der Anfrage freundlich anlächelte.

Wir sind uns bei **paperpress** stets über unsere geringe Verbreitung und Bedeutung bewusst gewesen. Überrascht hat aber immer wieder, welche Aufmerksamkeit uns dennoch zuteilwurde, und wie verärgert Leute darüber sein können, wenn über sie kritisch berichtet wird. **Christian Gaebler** sagte einmal abschätzig, dass **paperpress** die bedeutendste Publikation südlich des S-Bahn-Rings sei. Und die Grünen im Bezirk bezeichneten uns, auch abwertend gemeint, als Kleinstpresse, was ja stimmt und wir den Grünen nicht übelnehmen konnten.

**Hanna-Renate Laurien**, die unvergessene Schul- und Jugendsenatorin und spätere Parlamentspräsidentin, bekam in ihrer Partei, der CDU, richtig Ärger, weil sie ausgerechnet uns ein Interview gewährte. Sie reagierte kühl und sagte, solange ich korrekt in **paperpress** zitiert werde, bekommen die immer wieder ein Interview. Es wurden sehr viele im Laufe der Zeit.

Wir haben uns neben den jugend- und kommunalpolitischen Themen auch immer um bestimmte Projekte in der Berichterstattung gekümmert. Ausführlich haben wir über die Kleingartenkolonie an der Marienfelder **Säntisstraße** berichtet und darüber sogar eine umfangreiche Dokumentation erstellt. 2009 wurde für 1,5 Mio. Euro das Gelände, das der Deutschen Bahn gehörte, also dem Staat, uns allen, an einen Investor verkauft, der heute für die CDU im Abgeordnetenhaus sitzt. Beides ist nicht strafbar. Für 3,75 Mio. Euro wanderte dann das Grundstück an einen Investor mit Russland-Kontakten. Große Pläne wurden den Kommunalpolitikern vorgestellt, kein einziger umgesetzt. 2011 ging das Areal an einen Investor aus Süddeutschland für inzwischen 10,7 Mio. Euro. Nächste Etappe, neuer Investor gemeinsam mit der Gewobag – Preis nach unseren Informationen 16 Millionen Euro. Letzte Station BVG als Depot für Elektrobusse: Kaufpreis rund 24 Millionen Euro. Was für eine Rendite. Da werden selbst Rheinmetall-Aktionäre blass. Die Kleingärtner wurden vertrieben, obwohl sie noch mindestens zehn Jahre auf ihren Parzellen hätten bleiben können, ehe die Baumaßnahmen begannen.

Seit 2007 berichten wir mit großer Freude über das Festival der besten Jugendorchester der Welt **Young Euro Classic**. Ein Jahr später begann unsere Berichterstattung über den **EUREF-Campus**. Wir haben die Entwicklung von Anfang an umfangreich

dokumentiert, welche Hürden genommen werden mussten, um aus einem konterminierten Gelände ein blühendes Energieforum entstehen zu lassen. Aus vielen anfänglichen Skeptikern wurden Freunde. Heute geben sich die Besucher aus aller Welt die Klinke in die Hand. Es gehört zum guten Ton, bei einem Berlin-Besuch den **EUREF-Campus** mit einzuplanen.

Wo anders kann man ungestört mit dem schwedischen König über den Klimawandel plaudern oder mit dem österreichischen und französischen Staatspräsidenten oder **Bill Gates** einen Kaffee trinken. Wie schon **Angela Merkel** ist auch **Friedrich Merz** gefühlt jede Woche auf dem Campus, wo denn sonst, wie er selbst sagte. Das Stadtbild hier gefällt ihm. Hier wird gearbeitet und ist selten jemand krank.

Wenn auch nur mit unseren bescheidenen Möglichkeiten, so berichten wir immer wieder gern über die Kleinkunst in Berlin und haben uns dabei vor allem auf zwei Projekte konzentriert. **Arnulf Ratings Blauen Montag** und **Caroline** und **Frank Lüdeckes Stachelschweine**.

Was aber war neben der Berichterstattung über vielfältige Themen, das Wichtigste für uns an **paperpress**? Klare Antwort: Die Menschen. Zum einen diejenigen, die in den 50 Jahren mitgemacht haben, rund 60 Leute, und natürlich jene, über die wir berichtet haben und persönlich begegnet sind. Allein diese persönlichen Begegnungen mit bedeutenden und weniger bedeutenden Persönlichkeiten hat den ganzen Aufwand gelohnt.



OTTO SCHILY, "Am liebsten Vizekonsul in Florenz."  
Am letzten Tag der außerordentlichen Bundesversammlung der Grünen in Hagen vom 22.-23. Juni 1998 mit der Berlin AL. Mit ihm 45 Delegierte wirkte und sprach im Deutschen notwendig.  
Eine der vielen Handlungen der fast 700 Delegierten war es, dem Berliner Landtagsabgeordneten Otto Schily, dem stellvertretenden stellvertretenden Vizepräsidenten der Partei der Grünen, einen Brief zu überreichen, der die Unterstützung bei der Vorbereitung entzogen wurde. Im Zusammenhang mit der Auflösung schickten sich die Delegierten dafür, sich dem Vorstand der Partei zu stellen. Die Vorstandswahl 2001 die wichtigste Veränderung von AL, Berlin und dem Berliner Grünen, "Verantwortung zu schaffen".

Die Liste derer, die wir interviewen und dabei kennenlernen durften ist lang. Sehr viele aus der Politik, kommunal, Land und Bund. Alle Regierenden Bürgermeister seit **Klaus Schütz** und einige Bundespräsidenten wie **Richard von Weizsäcker** oder **Frank-Walter Steinmeier**. Unser Vize-Chefredakteur **Matthias Rebentisch** sprach mit **Willy Brandt**. 1985 sagte **Otto Schily**, damals noch bei den Grünen, auf die Frage von Matthias, welchen Job er sich für seine Zukunft vorstellen könne: Am liebsten Vizekonsul in Florenz. 1998 wurde er Innenminister der SPD.

50  
paperpress  
seit 1976

Nr. 646-22

22. Februar 2026

51. Jahrgang



**Joschka Fischer** erklärte mir auf dem Campus, wie man eine Lammkeule zubereitet und welchen Wein man dazu trinkt. Unvergessen die Gespräche mit **Regine Hildebrandt** oder die Interviews mit **Franz-Josef Strauß** und **Björn Engholm**. Oder das Interview in Bonn mit **Annemarie Renger**.



Foto oben: Joschka Fischer und Ed Koch, unten: Redakteur Frank Schubert im Gespräch mit Björn Engholm.

Aber auch vor Kunst, Kultur und Fernsehen blieben die Türen für **paperpress** nicht verschlossen. Unvergessen das Gespräch, das wir 1979 mit **Rudi Carrell** im Presstreff der Funkausstellung führten und er uns unanständige Witze erzählte, die nicht veröffentlicht wurden.



Pressekonferenz mit **Harald Juhnke**, der an meiner Kaffeetasse schnupperte und sagte, „da ist ja nur Kaffee drin.“ **Hape Kerkeling**, **Harald Schmidt**, **Klaus-Maria Brandauer**, **Ulrich Wickert**, sprachen mit uns.

Ein Highlights war das Interview mit **Dietmar Schönherr** über sein Buch „*Nicaragua mi amor*“ das Uwe führte (Foto), und die Begegnungen mit meinem Namensvetter aus New York **Ed Koch**, den ich in Berlin und Matthias in New York interviewte.



Unvergessen die Gespräche mit **Hans Rosenthal** im Jugendclub Galerie Bungalow. Und mit **Günther Grass** und Gästen, ebenfalls im Bungalow,

über den Film „*Die verlorene Ehre der Katharina Blum*.“ Hinzukommen die vielen Gespräche mit **Dieter Hildebrandt** (Foto) und meinem Schulfreund **Klaus Hoffmann**.

Absolute Höhepunkte waren die Begegnungen mit **Peter Ustinov**. Er war auch Sonder-Botschafter von UNICEF. In einem Interview, das wir mit ihm im

Februar 1988 führten, sprachen wir über die Berufung des argentinischen Fußballstars **Diego Maradona** zum Unicef-Botschafter. Maradona ist sehr schnell wieder von der Liste gestrichen worden, berichtete Ustinov, weil er eine Vaterschaftsklage am Hals hatte. Ustinov wörtlich: „*Das ging nicht, denn wir helfen Kindern, aber machen keine.*“



Am 5. Mai 1988 fand ein von uns arrangiertes **RIAS-Schulklassengespräch** mit **Peter Ustinov** und Schülerinnen und Schülern der Gustav-Heinemann-Schule, moderiert von **Manfred Rexin** statt. Zu diesem Gespräch haben **Michael Müller** und ich ihn in seinem Hotel an der Heerstraße abgeholt und wieder zurückgebracht. Auf der Fahrt plauderte Ustinov aus seinem Leben und gab uns eine unvergessene Privatvorstellung. 2011 führte unser damaliger Chefredakteur **Chris Landmann** ein ausführliches Interview mit **Gayle Tufts**, das mit ihrem Zitat „**When Life gives you Lemmons, make Limonade**“ erschien.

Es ist kein Geheimnis, dass in den letzten Jahren die Last des Schreibens hauptsächlich in meinen Fingern liegt. Danke an dieser Stelle an diejenigen, die zuarbeiten und mithelfen. Danke an **Tobias Kellermann** für unsere Internetseite und für das Jubiläumslogo und an unser Lektorat **Katharina Chmielecki** und **Andie Kraft**. In jedem Newsletter gibt es Schreibfehler. Aus Zeitgründen ist ein Korrekturlesen vor dem Versand oft nicht möglich, sondern erst danach. Dafür sind die Newsletter auf der Internetseite dann aber fehlerfrei.

Aus unseren Reihen waren auch einige journalistisch tätig. So zum Beispiel **Matthias Rebentisch**, der für den **Tagesspiegel** schrieb und später Justizsprecher war. Oder **Stefan Schulz**, der für die **Morgenpost** schrieb und später Pressesprecher des Potsdamer Oberbürgermeisters war – nicht von dem Abgewählten, sondern von dessen Vorgänger **Jann Jakobs**.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir 1979 als Trägerverein für **paperpress** den Paper Press e.V.

# 50 paperpress seit 1976

Nr. 646-22

22. Februar 2026

51. Jahrgang

gegründet haben. Paper Press war immer mehr als nur die Publikation und weitaus mehr als nur **Ed Koch**. Deutschlandpolitische Seminare, damals in Bonn, Gedenkstättenfahrten nach Polen und Tschechien sowie Studienreisen in die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien standen auf dem Programm.

Hervorzuheben sind die seit 1980 stattfindenden Fahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof, die **Uwe Janusezowski** mit den Zeitzeugen **Wolfgang Szepansky** und **Emil Ackermann** entworfen hat. Bisher fanden 69 Fahrten statt, 2026 die Nummer 70. Auch eine Gedenkstättenfahrt nach Sachsenhausen wird es wieder geben.

Die Gedenkstättenfahrt nach Sachsenhausen im letzten Jahr wurde nur möglich durch eine Spende der **STADT UND LAND**. Die nächsten Gedenkstättenfahrten nach Sachsenhausen und Rundfahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands werden möglich durch Zuwendungen der **Spielbank Berlin**, der **BB-Bank** sowie der **Bruno und Else Voigt-Stiftung**. Herzlichen Dank an das Beiratsmitglied der Spielbank **Michael Müller**, der neben anderen Projekten wie der Obdachlosenhilfe und dem Behindertensport auch an das Paper-Press-Gedenkstättenfahrten-Programm, das es seit 1979 gibt, gedacht hat.

Danksagung an die Unterstützer des Jubiläums-Grünkohlessens: **Licht & Tontechnik Popella**, **STADT UND LAND**, **EUREF**, **BB-Bank**, **Druckcenter PIEREG**, **bee4us**, das Küchen- und Serviceteam von **Thomas Kammeier** und die **Paper-Press-Grünkohl-Crew**.



Amulf Rating und Ed Koch / Michael Müller mit Mutter Margrit.



Links: Abgeordneter Lars Rauchfuß und Daniel Buchholz. Rechts: Abgeordnete Melanie Kühnemann-Grunow und Mutter Ingrid.

Foto unten: Bürgermeistertreffen, v.l.n.: Michael Müller, Regierender Bürgermeister a.D., frühere Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, amtierender Bürgermeister TS Jörn Oltmann, Ex-Bürgermeister von Schöneberg, Michael Barthel, und Dieter Hapel, letzter Bürgermeister von Tempelhof und erster von Tempelhof-Schöneberg.



Tagesspiegel-Herausgeber Lorenz Maroldt und EUREF-Vorständin Karin Teichmann.



Drei Mitglieder der 20-köpfigen Grünkohl-Crew. Die Kraft-Familie: Technischer Leiter Andie, Paper Press-Vorsitzender Mathias und Mutter Elke.

Unten: Reinhard Müller überreicht Ed Koch einen Gutschein für Kaffegetränke auf Lebenszeit in allen EUREF-

Restaurants. Unten rechts: Stachelschwein Frank Lüdecke und unsere Fotografin Marlies Königsberg.



Fotos vom Grünkohlessen: Marlies Königsberg  
andere Fotos: paperpress-Archiv

## 09) Müssen wir uns Sorgen machen? Von Ed Koch



Nr. 646-21

21. Februar 2026

51. Jahrgang

## Müssen wir uns Sorgen machen?

„Et hätt noch emmer joot jejange!“, sagen die Kölner, die langsam aus dem Karnevalskoma aufwachen und sich freuen, ihn überlebt zu haben. Durch ständiges Wiederholen wird es nicht richtiger, dass unser höchstes Gut die freiheitlich demokratische Grundordnung ist. Aber, das ständige Wiederholen dieser Selbstverständlichkeit ist dringender denn je.

Wer ganz viel Zeit hat, kann sich den **Deutschland Monitor**, der unter diesem Stichwort im Netz verfügbar ist, zu Gemüte führen. Hoch interessant, wenn auch anstrengend zu lesen. **Rosamunde Pilcher** gehört nicht zu den Autoren.

„Jeder Fünfte“, so lesen wir, „ist offen für autoritäre Politik.“ Dieser Wert ist etwas geringer als die Zustimmung für die AfD, denn für die Rechtsextremen spricht sich jeder Vierte aus. Die regionalen Unterschiede kennen wir, im Osten des Landes, deckungsgleich mit den Grenzen der ehemaligen DDR, hat die AfD bei der letzten Bundestagswahl fast alle Wahlkreise direkt gewonnen.



Die letzten Linken Bastionen liegen in Erfurt-Weimar und Leipzig sowie ein großer sozialdemokratischer Fleck in Potsdam Mittelmark/Teltow-Fläming. Und wer hält dort die

SPD-Fahne hoch? Kein geringerer als

**Olaf Scholz**, der Fels in der Brandung. Berlin macht seinem Ruf als bunte Stadt alle Ehren, hier haben alle Parteien Wahlkreise gewonnen, leider auch die AfD in Marzahn-Hellersdorf mit einem Vorsprung zur CDU von 0,3 Prozent, 467 Wählerstimmen. Hat der knapp unterlegene **Mario Czaja** eigentlich eine Nachzählung verlangt?

Grafik: Statistisches Bundesamt

Bis auf Berlin ist die AfD in allen ostdeutschen, auch als „neue“ Bundesländer bekannt, stärkste Kraft und steht in Sachsen-Anhalt kurz vor der Machtübernahme. Bundesweit stimmen 31 Prozent dem Satz zu, dass Deutschland eine „einzige starke Partei“ braucht, „die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.“ Was für ein Blödsinn. Selbst in der DDR hat die Sozialistische Einheitspartei nie den Willen des ganzen Volkes verkörpert. Eine Spielwiese für andere Parteien wurde von der SED zugelassen.

Die Sitzverteilung stand, egal, wie gewählt wurde, von vornherein fest. 127 Sitze für die SED und jeweils 52 für die anderen vier Parteien, darunter die CDU, auch Blockflöten genannt. Aber auch die Gewerkschaft mit 68, die Freie Deutsche Jugend mit 40, der Frauenbund mit 35 und der Kulturbund mit 22 Sitzen waren in der Volkskammer mit ihrem festen Kontingent vertreten. Man stelle sich mal vor, wenn es im Bundestag festgelegte Quoten für Gewerkschafter, Jugendliche, Frauen und Kulturschaffende gäbe. Irre.

Ob die Zahl der Anhänger, die sich für ein einfaches Politikmodell mit nur einer Partei aussprechen, deckungsgleich mit

den Werten der AfD ist, weiß man nicht. Immerhin scheint es unter den AfD-Wählern noch einige zu geben, die einem Mehrparteiensystem anhängen. Sprecht mit ihnen.

Wissen Sie, liebe Leserinnen und Leser, dass jemand wie ich, der zeitgleich mit der Gründung der Bundesrepublik das demokratische Licht der Welt erblickte, und sich Jahrzehnte mit der Geschichte des zwölfjährigen Deutschen Reichs Nummer Drei, geplant waren 1.000 Jahre, beschäftigt hat, schier verzweifelt, wenn er liest, „Dass politische Entscheidungen von einer „starken Führungspersönlichkeit“ ohne Rücksicht auf das Parlament getroffen werden sollen, unterstützen laut dem **Deutschland-Monitor** bundesweit elf Prozent, weitere 21 Prozent sagen: teils/teils. Auch hier ist die Quote in Ostdeutschland höher: 15 Prozent bejahen das voll, weitere 22 Prozent teilweise.“ **Donald Trump** und sein Kumpel **Wladimir Putin** lassen grüßen. Was heißt denn teils/teils? Was ist das für eine Haltung? Ein bisschen Diktatur gibt es nicht, außer gegenwärtig in den USA.

Immerhin sind es nur vier Prozent ganz und sieben Prozent teilweise, die „Unter bestimmten Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform“ halten. Was geht in den Köpfen dieser Menschen vor. Wie kann man eine Diktatur für eine bessere Staatsform halten? Ein, wenn auch zunehmend schwächerer Trost ist, dass der Abstand der erwähnten Werte zu 100 immer noch sehr groß ist. Wenn auch rechnerisch mit Blick auf die Zahlen nicht ganz stimmig, so befürworten 98 Prozent die „Idee der Demokratie“ und „89 Prozent lehnen eine Diktatur unter allen Umständen ab.“ Was heißt „Idee der Demokratie? Ist nicht knapp 77 Jahre lang bewiesen worden, dass eine Demokratie die beste aller Staatsformen mit dem höchsten Anteil an persönlichen Freiheiten ist?

Auch mit einem anderen Ergebnis hadere ich. Nur 60 Prozent sind mit dem „Funktionieren der Demokratie“ zufrieden, in Ostdeutschland nur 51 Prozent. „Insgesamt sehen 71 Prozent eher eine negative Entwicklung der Demokratie in Deutschland.“ Ja, klar, wenn die Rechtsextremen die Macht übernehmen. Dagegen kann man aber etwas tun, nämlich die Rechten nicht wählen.

Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, **Ellsabeth Kaiser** (SPD), versuchte im **ZDF-Morgenmagazin** die Zustimmung zu autoritären Ideen zu erklären. „Ich glaube, das ist momentan auch die Vielzahl der Herausforderungen, die die Menschen ja auch wahrnehmen in ihrem Alltag.“ *Der Mangel an Ressourcen - finanziell, bei Bildung sowie Sicherheit der Lebensverhältnisse, mache Menschen „eher afflin für populistische Antworten“, so Kaiser. Als Antwort darauf müsse man soziale Sicherung ausbauen und reformieren, Resilienz, Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit im Land stärken sowie dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder anlaufe.“* Problem erkannt. Und wann wird die Gefahr gebannt? „Immer mehr Menschen sind auf Hilfe angewiesen, gleichzeitig wächst das Vermögen der Reichsten immer schneller.“ „Tax the Rich“ wird uns allerdings nicht retten, denn die Reichen sind nicht schuld am gefühlten Elend. Quelle: ZDF

Ed Koch

1

## 10) Besuch aus Sarajevo. Von Ed Koch



Nr. 646-20

20. Februar 2026

51. Jahrgang

### Besuch aus Sarajevo

Berlin und Sarajevo vertiefen ihre wirtschaftliche Kooperation. Mit einer neuen gemeinsamen Absichtserklärung schaffen beide Städte die Grundlage für eine langfristige Vernetzung ihrer Innovations- und Startup-Ökosysteme. Im Fokus stehen der Wissensaustausch, die Förderung von Talenten sowie gemeinsame Projekte in zukunftsweisenden Bereichen wie Künstlicher Intelligenz und Green Economy. Die Vereinbarung ist Teil der Initiative „Ecosystem Connectors Berlin – Sarajevo – Tirana“ und zielt darauf ab, die institutionelle Partnerschaft zwischen den Regionen zu festigen.

**Franziska Giffey**, Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe: *„Berlin und Sarajevo sind die Gründungs- und Innovationshotspots ihrer Heimatländer. Beide sind kulturelle Zentren mit einer starken Kreativwirtschaft als Motor. Beide Städte mussten sich im Verlauf ihrer Geschichte wieder aufbauen, neu erfinden und sind stark von Transformation geprägt. Mit der neuen Partnerschaft bauen wir eine strategische Brücke nach Südosteuropa. Sarajevo ist auch mit seinem jungen Talentepool ein idealer Partner für unsere Wirtschaft. Durch den intensiven Wissensaustausch und die Vernetzung unserer Startup-Ökosysteme schaffen wir Vorteile für beide Standorte und eröffnen unseren Unternehmen den Zugang zu neuen Zukunftsmärkten. Die neue Direktflugverbindung ab Mai wird diesen Austausch zusätzlich beschleunigen.“*

**Zlatko Mijatović**, Wirtschaftsminister des Kantons Sarajevo: *„Die Partnerschaft mit Berlin eröffnet Sarajevo neue Möglichkeiten, unser Innovations- und Startup-Ökosystem weiterzuentwickeln und international zu vernetzen. Die neue Direktflugverbindung Berlin-Sarajevo ab Mai erleichtert den Austausch, beschleunigt Geschäftsreisen und Kooperationen und stärkt die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt im europäischen Kontext.“*



Im Rahmen seines Berlin-Besuchs besichtigte Minister **Zlatko Mijatović** und seine Delegation gestern den **EUREF-Campus**. Vorständin **Karin Teichmann**

begrüßte die Gäste aus Sarajevo und informierte über die Entwicklung des EUREF-Campus seit seinen bescheidenen Anfängen im Jahr 2008 bis heute, wo 150 Unternehmen, Institutionen und Startups rund um die Themenfelder Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit mit 7.000 Beschäftigten arbeiten, forschen und lernen. Seit Projektbeginn hat sich das etwa 5,5 Hektar große Stadtquartier, das bereits seit 2014 die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 erfüllt, zu einem europaweit einzigartigen Reallabor der Energiewende entwickelt.



**Charlotte Ritter** und **Soeren Keup** von **inno2grid** stellten den Gästen den **zeemobase** vor, wo Forschung und Entwicklung in die Realität umgesetzt werden. Durch den Aufbau eines wirkungsstarken Partnernetzwerks für die Entwicklung und Erprobung von innovativen Lösungen und Technologien gestaltet die **zeemobase** die digitale Transformation der Energie- und Mobilitätswende mit. Gezeigt wird, wie zukunftsgerichte Standorte und Quartiere klimaneutral werden. Zahlreiche Technologie-Showcases sind hier zu sehen, die die Besucher aus der Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina beeindruckten.



Trotz Eiseskälte ließ es sich Minister Mijatović nicht nehmen, Berlin vom Dach des Gasometers zu betrachten, was bei jeder Führung über den Campus im wahrsten Sinne des Wortes der Höhepunkt ist.

Zusammenstellung: Ed Koch  
Quellen: Senatswirtschaftsverwaltung, EUREF AG  
Fotos: Maria Inés Groß

## 11) Nichts ist vorbei. Von Ed Koch

# Nichts ist vorbei

Es ist eben nicht so wie in dem Karnevalslied, dass am Aschermittwoch alles vorbei sei. Ganz im Gegenteil, das Elend geht weiter.



Screenshot: CSU

Schmerzfrei wie ich bin, habe ich mir gestern die Rede von **Markus Söder** in Passau angetan. Es ist übrigens der Zeige- und nicht der Mittelfinger, der bei der Gebärdendolmetscherin zu sehen ist.

Vor Söders Rede heizte CSU-Generalsekretär **Martin Huber** die Stimmung im Saal an. Natürlich ist der CSU-Aschermittwoch das Original und der größte weltweit. Es fände „keine Ideologie“ statt, „hier wird Klartexte geredet.“ Und noch bevor sein Chef die anderen Parteien in die Pfanne haut, gibt's schon mal die Vorspeise.

Die **FDP** tue ihm leid. Er empfiehlt als Veranstaltungsort die Gaststätte „Zur letzten Ruh“. Tatsächlich fand der Aschermittwoch mit **Wolfgang Kubicki** in der Stadthalle Dingolfing statt. Hubers Vorschlag an die **Grünen**, die Sonnenblume durch die Mimose zu ersetzen. Die **Linken** sind für ihn gesellschaftspolitische Zechpreller. „Kein Mensch braucht sie!“ Das **BSW** auch nicht. Und zur **AfD** fällt ihm nichts Besseres ein, als die Beschäftigungsvorwürfe von Verwandten zu erwähnen. Mit diesem Thema sollte sich die CSU zurückhalten: 2013 haben zahlreiche CSU-Abgeordnete Familienmitglieder auf Staatskosten als Mitarbeiter beschäftigt. Immerhin fiel ihm noch ein, die **AfD** als „nützliche Idioten Putins“ zu bezeichnen.

Und dann kam er: **Markus Söder**. Von dessen Auftritten kann selbst **Donald Trump** noch etwas lernen. Der Personenkult ist grenzenlos. Den anderen Parteien rief er am Anfang zu: „Hört die Signale!“ „Herzlich willkommen bei der Wahrheit“. Damit war klar, welche Botschaften hier verbreitet werden sollen. Nichts von dem, was Söder sagte, war neu. Alles, um im Karnevalsbild zu bleiben, alte Kamellen.

Beim Parteien Bashing hielten sich Huber und Söder gegenüber der **SPD** bedeckt. Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Bayern am 8. März wünschte er der **SPD**, über fünf Prozent zu kommen, gegenwärtig sind es laut einer Umfrage vom 14. Januar acht Prozent.

**Heidi Reichinnek**, Vorsitzende der Linken-Fraktion im Bundestag, ist in Söders Augen die „Rosa Luxemburg für Arme.“ Sie sollte nicht im Audi, sondern mit einem Trabi fahren. **AfD**-Chefin **Alice Weidel** sei der „Blonde Kühlschrank aus der Schweiz.“

Auch Söders Neuordnung der Bundesländer wurde erwähnt. Es machte ihm große Freude, ausgerechnet auf das kleinste Bundesland Bremen einzudreschen. Die „letzte Innovation in Bremen waren die Stadtmusikanten.“ Berlin werde von Bayern finanziert. „Auf den bayerischen Brezeln ist mehr Salz als auf den Straßen von Berlin.“ Den Länderfinanzausgleich nennt er eine „Innerdeutsche Entwicklungshilfe.“ „Deutschland ohne Bayern ist hilflos und pleite.“

**Katharina Dröge** sprach beim Aschermittwoch der Grünen im Stadtsaal Bernlochener in Landshut, SPD-Chef **Lars Klingbeil** hielt seine Rede im Wolferstetter in Vilshofen. Die Linke traf sich im bayerischen Thyrnau mit **Bodo Ramelow** und **Jan van Aken** im „Tax the Rich“-T-Shirt in Stuttgart. Die **AfD** traf sich in Osterhofen. Aus allen Reden konnten keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden. Sie waren über weite Strecken langweilig, die Lachmuskeln hatte Pause. **Jörg Quoo**s, Chefredakteur der Zentraleaktion der Funke Mediengruppe, teilt meine Einschätzung: „Eigentlich sollten mir heute die Schenkel brennen, vor lauter Schenkelklopfem beim Politischen Aschermittwoch – und ich habe mich eigentlich darauf gefreut, schließlich haben auch wir Journalisten zurzeit wenig zu lachen. Der Aschermittwoch ist traditionell der Tag, an dem man politisch inkorrekt und mit Humor den politischen Gegner stellt. Vielleicht schrumpft im Alter ja mein Humorlevel, aber den heutigen politischen Aschermittwoch fand ich so lustig wie eine Wurzelbehandlung bei meiner Zahnärztin.“ Fazit: Am Aschermittwoch ist nichts vorbei, das Elend geht weiter.

### Der wahre politische Aschermittwoch

fand zum 22sten Male in Berlin statt. Finanziert nicht von Bayern, sondern von den Zuschauern in der UdK. **Arnulf Rating** präsentierte vier Künstler und eine Künstlerin sehr unterschiedlichen Stils. **Its only Kabarett, but we like it.** Im ausverkauften und renovierten Saal mit neuer Bestuhlung gab es reichlich zu lachen, auch über die, die sich am Vormittag in der Kunst der Unterhaltung vergeblich versuchten.



Foto: Martin Schmidt

Die Gabys sorgen für den musikalischen Rahmen mit kräftiger Rockmusik, aber auch mit einem Evergreen von **Hildegard Knef**.



Foto: Ed Koch

Für das klassische, scharfzüngige Kabarett, so wie wir es mögen, sorgten neben **Arnulf Rating**, **Mathias Richling**, **Frank Lüdecke** und **René Sydow**. Rating (74), Richling (72) und Lüdecke (64) sind, ohne ihnen zu nahe treten zu wollen, die Dinosaurier des deutschen Kabarett mit jahrzehntelanger erfolgreicher Karriere. Sie muss man einfach nur auf die Bühne stellen und kann sicher sein, dass sie liefern. Und so geschah es gestern Abend, als sie die politische Blase zum Platzen brachten. Großes Kino!

Eine erfreuliche Überraschung für den Autor dieses Beitrages war der Auftritt von **René Sydow**. Schande über mich, dass ich von ihm zuvor noch nie etwas gehört habe. Und das, was ich gestern Abend hörte, war grandios. Der Mann hat Power, die den Politikern Falten ins Gesicht bügelt.

**Abdul Kader Chahin** wurde 1992 in Siegburg geboren und lebte mit seiner Familie sieben Jahre lang in einem Duisburger Asylheim. Seinen Platz in der Ruhrpottter Kulturszene fand er schnell: Ob als Leiter für künstlerische und audiovisuelle Medien beim ZfE Duisburg, als Mitgründer des Vereins Goosebumps e.V. Ein Künstler aus dem Ruhrpott mit großem sozialem Engagement und ebenso großem Mundwerk. Jeder Künstler tritt bei der Show zweimal auf, vor und nach der Pause. Während es im zweiten Teil um palästinensisch-jüdische Beziehungen ging, was harte Kost für einen lustigen Abend war, beschäftigte

er sich im ersten Teil mit den verschiedenen Typen von Lehrkräften. Vielleicht kam das Wort „ficken“ ein wenig zu häufig vor, und bestimmt ist nicht jede Kritik an Lehrern berechtigt. Jeder hat halt eigene Erfahrungen mit denen, die dafür bezahlt werden, aus dummen Kindern halbwegs schlaue zu machen.

Für das überwiegend ältere Publikum war der Auftritt von **Anna Mateur** (bürgerlich: Anna Maria Vogt, geb. Scholz) aus Dresden etwas gewöhnungsbedürftig. 13 Auszeichnungen sind bei Wikipedia aufgelistet, 2004, 2005 und 2011 war sie Dresdnerin des Jahres. Fraglos eine große Künstlerin, aber eben nicht jedem ein Begriff, auch mir nicht. Die etwas rundliche Dame, der Anti-Twiggy-Typ, stampfte auf die Bühne, hielt einen Vortag und gab ein Lied zum Besten. Ich gebe zu, nicht alles verstanden zu haben, aber die Zuschauer hatten ihren Spaß und viel zu lachen, ob über den Inhalt ihrer beiden Auftritte oder die Performance, ist egal.

Alles in allem, mal wieder eine Aschermittwochs-Show, der einen runterholte von dem alltäglichen Wahnsinn und von dem fürchterlichen Vormittag mit den Aufritten derer, die wir gewählt haben, damit es uns besser geht. Vielleicht sollten die Kabarettisten für eine Weile die Macht übernehmen.

#### Arnulf Rating

Ist am 13.04., 01.06., 05.10. und 30.11. beim Blauen Montag zu erleben.

<http://www.der-blaue-montag.de/>

#### Frank Lüdecke

Ist am 21.02. mit seinem Programm „Träumt weiter“, um 16:00 Uhr im Schlossparktheater zu sehen, und von März bis Juli immer wieder bei den Stachelschweinen.

<https://diestachelschweine.de/>

#### Mathias Richling

Ist mit seinem aktuellen Programm „Real Reality“ am 16., 17., 23. und 24.10. bei den Wühlmäusen zu sehen.

<https://wuehlmaeuse.de/>

#### Anna Mateur & The Beuys

Sind vom 14. bis 19. April mit dem Programm „Koashüter“ in der Bar jeder Vernunft zu erleben.

[www.bar-jeder-vernunft.de](http://www.bar-jeder-vernunft.de)

#### Abdul Kader Chahin

tritt am 29.04. mit „Brennpunkt LIVE Podcast“ im Punch Line Club auf.

<https://www.abdulkaderchahin.de/alle-termine>

#### René Sydow

am 31.10. im Mehringhoftheater mit dem Programm „Sie dürfen sich wieder setzen“.

<https://www.rene-sydow.de/termine/>

Gute Unterhaltung und viel Vergnügen.

Ed Koch

## 12) Umgang mit der AfD. Von Ed Koch



Nr. 646-18

18. Februar 2026

51. Jahrgang

### Umgang mit der AfD

„Im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl fordert ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis in einem offenen Brief an den Berliner Senat, AfD-Vertreter an Berliner Schulen keine Bühne zu geben.“, heißt es in einer Pressemitteilung des **Landesjugendringes Berlin**.

Zum Bündnis gehören die GEW BERLIN, die Eltern gegen Rechts, die Deutsche Vereinigung für politische Bildung Berlin, der Landesjugendring Berlin, der Kinderschutzbund Berlin, die AWO Berlin, der Landeselternausschuss, das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik Berlin, der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., das Berliner Bündnis für schulische Inklusion, Schule muss anders, der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. GGG, Lautwerden für Bildung und die Black Dads.

„Oft finden im Vorfeld von Wahlen politische Podiumsdiskussionen in Schulen statt. Podiumsdiskussionen mit Politikern sind ein guter Weg zur demokratischen Debatte und Meinungsbildung. Wenn allerdings Vertreter der bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD in den Schulen eine Bühne bekommen, gefährdet dies den schulischen Schutz- und Bildungsauftrag“, erläutert **Felicia Kompio**, Vorsitzende der **GEW BERLIN**. „Die Schulleitungen und Lehrkräfte, die den Bildungsauftrag umsetzen und sich tagtäglich für die Werte des Grundgesetzes einsetzen, brauchen einen klaren Rückhalt“, fordert Kompio.

„Verfassungsfeindliche Positionen sollen pädagogisch begleitet und fachdidaktisch aufbereitet behandelt werden. Ein direktes Aufeinandertreffen mit AfD-Vertretern ist für eine sachliche Auseinandersetzung nicht erforderlich“, erklärt **Prof. Dr. Sabine Achour** von der **Deutschen Vereinigung für politische Bildung Berlin**.

„Schulen sind Orte der Gemeinschaft und der Vielfalt. Kinder und Jugendliche sollen frei von Angst, Abwertung und Diskriminierung lernen und aufwachen können. Sie vor möglichen Angriffen auf ihre Würde und verfassungsfeindlichen Positionen zu schützen, ist die Aufgabe von Schule“, betont **Sonja Weber** von **Eltern gegen Rechts**.

„Schulen sollen Kinder und Jugendliche in demokratischer Teilhabe unterstützen und stärken“, sagt **Tilman Weickmann**, Geschäftsführer vom **Landesjugendring Berlin**. „Es widerspricht dem Bildungsauftrag aber, wenn Vertreter einer Partei in die Schulen kommen, die ganz offen Demokratie, Rechtsstaat

und Menschenwürde missachtet und gegen die Freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet“, so Weickmann.

Der Auftrag von Schulen ist nach §1 des Berliner Schulgesetzes, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Die AfD wurde auf Bundesebene vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. So sei das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Es ziele darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen damit einen rechtlich abgewerteten Status zuzuweisen. Vertretern einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung darf in Schulen kein Raum gegeben werden!, heißt es weiter in der Pressemitteilung des LJR.

Der offene Brief ist als Petition auf WeAct eingestellt: <https://weact.campact.de/petitions/kein-podium-fur-die-afd-an-berliner-schulen-kinder-schutzen-und-starken>

### Und nun zur Realität

Ja, es ist ehrenwert, Kinder und Jugendliche vor AfD-Vertretern in Schulen schützen zu wollen. Wer schützt sie allerdings zu Hause, wenn dort ihre Eltern Positionen der AfD vertreten? Es wird bei allen in diesem Jahr anstehenden Wahlkämpfen wieder Diskussionen im Fernsehen geben, an denen AfD-Politiker teilnehmen. Soll den Jugendlichen verboten werden, sich diese Sendungen anzuschauen? Ein Besuch von Schulklassen in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus sind ein Beitrag zur politischen Bildung. Soll man auf diese Besuche verzichten, weil dort Vertreter der AfD sitzen? Ist es nicht gerade sinnvoll, die Jugendlichen miterleben zu lassen, wie die Vertreter der demokratischen Parteien die Positionen der AfD auseinandernehmen und entlarven?

In einer **Tagesspiegel**-Umfrage von heute sprechen sich 74 Prozent der Teilnehmenden für ein Verbot von AfD-Politikern an Schulen aus, nur 21 Prozent haben nichts dagegen.

„Verfassungsfeindliche Positionen sollen pädagogisch begleitet und fachdidaktisch aufbereitet behandelt werden.“ Was spräche dagegen, wenn nach einer Diskussion mit Politikern aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, die Lehrer ihren Job machen und die Diskussion mit den Schülern auswerten?

„Ein direktes Aufeinandertreffen mit AfD-Vertretern ist für eine sachliche Auseinandersetzung nicht erforderlich.“ Beim besten Willen, das verstehe ich nicht. Wir reden hier nicht über Aliens, sondern über Mitbürger, die, wodurch auch immer verursacht, an einer Stelle falsch nach rechts abgelenkt sind. Nur im direkten Aufeinandertreffen kann es gelingen, sie wieder auf die gerade Bahn zu bringen.

Und was ist eigentlich mit den Politikern, die sich für die demokratische Mitte halten? Sind sie zu schwach, um auf einem Podium in einer Schulaula den AfD-Vertretern zu widersprechen? Das gelingt ihnen doch halbwegs auch auf anderen Bühnen.

Man muss sich mit der AfD auf allen Ebenen auseinandersetzen, Face to Face. Die AfD ist keine Randgruppe wie das BSW.

**Die Realität in Deutschland sieht wie folgt aus:**

Aktuelle Umfragewerte:	
Baden-Württemberg	20 Prozent
Bayern	19 Prozent
Berlin	17 Prozent
Brandenburg	34 Prozent
Bremen	15 Prozent
Hamburg	9 Prozent
Hessen	20 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	35 Prozent
Niedersachsen	20 Prozent
Nordrhein-Westfalen	15 Prozent
Saarland	23 Prozent
Sachsen	35 Prozent
Sachsen-Anhalt	39 Prozent
Schleswig-Holstein	14 Prozent
Thüringen	38 Prozent

Wir haben in Deutschland kein kleines, sondern ein sehr großes Problem mit dem Rechtspopulismus. Und den bekämpfen wir nicht mit Auftrittsverboten an Schulen. Vor der rechten Ideologie, sponsert by MAGA, müssen wir Angst haben, denn sie zerstört unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Vor Politikern der AfD sollten wir keine Angst haben, je näher man ihnen kommt, desto armseliger werden sie. Wir müssen mit ihnen reden, am besten in dem Café auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, nach einem Rundgang, der ihnen zeigt, wohin ihre Ideologie führen kann.

**Ed Koch**

2

## 13) Gratulation vom Checkpoint. Von Ed Koch



Nr. 646-17

18. Februar 2026

51. Jahrgang

## Gratulation vom Checkpoint

Gestern im **Tagesspiegel Checkpoint**: „Aus gegebenem Anlass verbeugt sich der Checkpoint hier heute feierlich vor einer landespolitischen Institution: der vor 50 Jahren als ‚jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst‘ gegründeten Zeitung „paperpress“, die auch heute noch täglich als PDF-Newsletter erscheint und das politisch-persönliche Leben der Stadt sezziert – leidenschaftlich, und das bedeutet: mal jubelnd, mal wütend, mal lobend, oft tadelnd, gelegentlich lustig und immer streng subjektiv (aber unabhängig) in die Tasten gehauen vom Gründer und Herausgeber Ed Koch, und zwar nur von ihm. Wir gratulieren!“

Besten Dank für diese freundlichen Zeilen, zumal ich mir in der Vergangenheit nicht selten erlaubt habe, die Berichterstattung des **Tagesspiegel** über die Berliner Landespolitik in **paperpress** kritisch zu kommentieren. Das ließ **Lorenz Maroldt** häufig nicht auf sich sitzen und kommentierte zurück. Manchmal haben wir uns auch richtig gefetzt. Im Laufe der Zeit wurde es entspannter und wir haben zu einem sehr angenehmen Umgang miteinander gefunden, sozusagen von Newsletter-Herausgeber zu Newsletter-Herausgeber.



**Rückblick:**  
Das Jahresende 2014 war besonders. Am 9. Dezember 2014 feierte **Michael Müller** seinen 50sten Geburtstag.

Zwei Tage später wurde er im ersten Wahlgang zum Regierenden Bürgermeister gewählt, was nicht immer seinem Vorgänger und einem seiner Nachfolger auch nicht gelang. Am 16. Dezember 2014 war **Michael Müller** zu Gast beim Leserforum des **Tagesspiegel** mit den damaligen Chefredakteuren **Stephan-Andreas Casdorff** und **Lorenz Maroldt**.

Drei Wochen vorher, am 24. November 2014, erschien die erste Ausgabe des **Tagesspiegel Checkpoints**, der Müller während seiner gesamten Amtszeit begleitete. Natürlich kritisch, aber auch manchmal ziemlich ungerecht. Die Bezeichnung „Regiermeister“ empfand ich als abschätzig und habe das auch immer wieder kritisiert. Persönlich kennengelernt habe ich **Lorenz Maroldt** durch ein Geschenk von mir an ihn. Ein Paar Kniestrümpfe. Wenn Sie sich das Foto anschauen, sehen Sie den Grund dafür. Wir trafen uns danach beim Mexikaner neben dem Tagesspiegel-Haus am Askanischen Platz.

Natürlich habe ich den **Checkpoint** vom ersten Tage an abonniert. Und als die Vollversion dann etwas kosten sollte, habe ich brav bezahlt. Denn: Die ganze Stadt auf einen Blick, bekommt man anderswo in dieser Form nicht geboten. Der Stil, in dem über politische Vorgänge geschrieben wird, ist mir wohl vertraut. Kommentierte Nachrichten, gewürzt mit ein wenig Satire-Pfeffer.

Und die **Berliner Schnuppen** von **Naomi Fearn** sind das Salz in der Checkpoint-Suppe. Zeigten die Cartoons früher die Wohngemeinschaft Müller-Pop-Lederer, sieht man heute, wie **Kai Wegner** und **Franziska Giffey** ihren Alltag gestalten. Motto „Dit is Berlin!“

Meine Lieblingsrubrik heißt „**Berliner Gesellschaft**“, in der zu erfahren ist, wer heute Geburtstag hat. Man kann über den **Checkpoint** denken, was man will, aber er liefert viele Informationen, die woanders nicht zu erhalten sind. Und so habe ich kein Problem damit, den **Checkpoint** zu zitieren, wenn es passt. Nach dem Versenden des eigenen Newsletters steht das Lesen des Checkpoints auf Platz Zwei der täglichen ToDo-Liste.

Mit den freundlichen Worten über **paperpress** hat **Lorenz Maroldt** meinen gestern geplanten Tagesablauf durchkreuzt. Ab 06:42 Uhr erreichte uns eine Anmeldung für unseren Newsletter nach der anderen, was sich über den ganzen Tag erstreckte, die vorerst letzte heute früh um 02:43 Uhr. Checkpoint-Leser schlafen offenbar nie. Es hat eine Welle gedauert, alle neuen Adressen ins System einzupflegen. Wir begrüßen alle neuen Bezieher und hoffen, dass sie nicht enttäuscht sind, denn mit dem Umfang des **Checkpoints** können wir natürlich nicht annähernd mithalten.



Im April 2025 startete die **Checkpoint Berlin Revue** im Theater der **Stachelschweine**. Die rund 300 Tickets waren immer schnell verkauft. Nun wechselt die Show in den **Comedy Club Punchline** am Potsdamer Platz mit

800 Plätzen. Die Tickets kosten zwischen 43 und 53 Euro, Abonnenten erhalten eine Ermäßigung. Die nächsten Termine: 16. April und 4. Juni.

Hoffentlich bleibt im größeren Saal die angenehme und gemütliche Atmosphäre des Stachelschweine-Theaters erhalten. So, und jetzt muss ich schauen, wer heute Geburtstag hat.

**Ed Koch**

## 14) Bittere Botschaften. Von Ed Koch

50  
paperpress  
seit 1976

Nr. 646-16

17. Februar 2026

51. Jahrgang

### Bittere Botschaften



Über den Karneval kann jeder denken, was er will. Es ist halt Brauchtum. Sympathisch ist, dass die Narren in den Uniformen keine Gefahr darstellen, aus ihren Pappgewehren ragen Blumen. Die Büttensreden bei den vielen Sitzungen sind scharfzüngig und würden in Russland

den Vortragenden eine Reise nach Sibirien verschaffen und in den USA vermutlich eine Klage von einem Vorbestraften. Ausdrucksstark waren auch in diesem Jahr wieder die Motivwagen bei den Umzügen. In Köln leckt Trump Putin die Füße. Jeden Augenblick muss nun damit gerechnet werden, dass die Zölle auf 4711 und Kölsch um 200 Prozent erhöht werden.



In Düsseldorf kriegt Jesus, der für Liebe und Menschlichkeit steht, von Trump eins in die Fresse. Der „Halve Hahn“ und das Alt-Bier bekommen Einreiseverbot in die USA. Alle Motive Screenshots ARD



Trump und Putin verschlingen den europäischen Stier. Heute finden in Genf Verhandlungen über

Putins Krieg in der Ukraine statt, die, wie bekannt, in Europa liegt. Die Europäer sitzen aber wieder nicht am Verhandlungstisch, sondern Trumps Immobilienbeauftragte Witkoff und Schwiegersöhnchen Kushner. Auch für den US-Chefdiplomaten Rubio gibt es keinen Platz am Tisch.

Nach Rubios Schleimrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am Samstag, ist er weiter zu seinem rechtspopulistischen Kumpel Orbán gereist, um diesen bei den Wahlen im April zu unterstützen. Das sind die USA heute: Wahlkampf für Rechtsextreme in Europa. Die USA seien ein „Kind Europas“, sagte Rubio in München. Seit wann, so fragt man sich, schreiben die Kinder den Eltern vor, was sie zu machen haben?



Dass vor allem der Düsseldorfer Karneval im Kreml aufmerksam beobachtet wird, zeigt der Prozess, der gegen Jacques Tilly, der seit 1984 die Motivwagen baut, eingeleitet wurde. Tilly wird ein Vergehen nach Artikel 207.3 des russischen Strafgesetzbuches vorgeworfen. „Öffentliche Verbreitung von wissentlich falschen Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation, die Ausübung der Befugnisse durch staatliche Organe der Russischen Föderation.“ Die Motive von Tilly über Putin sind deftig, dass sie allerdings falsche Informationen verbreiten, darf bestritten werden. Am 26. Februar findet der Prozess gegen Tilly in Moskau statt, in Abwesenheit, versteht sich. Von seiner „Pflichtverteidigerin“ hat Tilly noch nie etwas gehört.

Das aktuelle Motiv zeigt Putin, wie er den Hoppeditz aufspießt. Der Hoppeditz ist die zentrale Symbolfigur des Düsseldorfer Karnevals, ein schelmischer Narr in rot-weißem Kostüm, der die fünfte Jahreszeit verkörpert. Jährlich am 11.11. um 11:11 Uhr erwacht er auf dem Rathausvorplatz und hält eine satirische Rede, die der Obrigkeit den Spiegel vorhält. Am Aschermittwoch endet seine Session mit einer symbolischen Verbrennung. Wie Phoenix erhebt er aus seiner Asche im November neu.

1



Die Nähe des Putin Regimes zur AfD wurde auch thematisiert. Als Drohne lässt er **Alice Weidel** fliegen.



Auch der Sexualstraftäter Epstein hat es auf einen Wagen geschafft, mit bitterer Botschaft, dass die Täter geschützt, aber die Opfer ignoriert werden.



Die Innenpolitik bekommt auch ihr Fett weg. Merz und Söder reiten auf dem Verbrenner-Fossil.



Und **Boris Pistorius** bekämpft die Drohnen mit einer Fliegenklatsche und Pfeil und Bogen. Morgen ist Aschermittwoch, aber nicht alles vorbei. Die Satire lebt weiter, jedenfalls noch bei uns. **Ed Koch**

15) KW 7 (09.02. bis 15.02.2026)



Nr. 646-15

15. Februar 2026

51. Jahrgang

## KW 7

Wenn nach der Bedeutung der Zahl 7 gefragt wird, antwortet KI wie folgt: „Die Zahl 7 gilt in vielen Kulturen als magische Glückszahl, die Vollkommenheit, Ganzheit und Spiritualität symbolisiert. Sie verbindet oft das Göttliche mit dem Irdischen und prägt durch ihre Verbindung zu Schöpfungsgeschichten, Märchen und biologischen Rhythmen (z.B. Woche) das menschliche Denken als eine Zahl der Ordnung und des Abschlusses.“

In der Ehe spricht man vom verfluchten siebten Jahr, sieben fetten Jahren folgen angeblich sieben dürre, man packt seine sieben Sachen und wandert mit Siebenmeilenstiefeln durch die Welt. Das tapfere Schneiderlein hat sieben auf einen Streich erledigt, gemeint waren Fliegen. Und der Autor dieses Beitrages wird in Kürze 77! Das passt.

In der siebten KW des Jahres 2026 ging es hoch her. Fragen der globalen Sicherheit wurden in München besprochen, der im deutschen Bahnverkehr in Berlin. Die AfD macht sich Sorgen um den Zustand der Berliner U-Bahn, womit sie leider einen Punkt gesetzt hat. Und Berlins Justizsenatorin **Felox Badenberg** war 2023 43mal auf **Dienstreife**, während ihr Chef **Kai Wegner** mit 18 Ausflügen auskam. Warum diese Reisen vornehmlich nach NRW, wo Badenberg Familie hat, stattfinden mussten, erklärte sie am Donnerstag im Abgeordnetenhaus ziemlich verschwurbelt. Ich habe es nicht verstanden. Die Grünen verlangen Akteneinsicht, vielleicht hilft das.

Vielleicht hülfe es auch, wenn Badenberg weniger unterwegs und stattdessen ein Auge auf die Justiz wüfde. Diese musste einen mutmaßlichen Vergewaltiger freilassen, weil ein Richter das Protokoll nicht rechtzeitig fertigstellte. Die betroffene Frau steht jetzt mit erheblichem Kostenaufwand unter Polizeischutz, weil ihr der mutmaßliche Täter gedroht hat. Von einem „**Einzelfall**“ spricht Badenbergs Justizverwaltung. Man kann das Gequatsche von Einzelfällen nicht mehr hören. Jeder Einzelfall ist exakt einer zu viel.

Frau Badenberg scheint überfordert zu sein, sonst wäre sie vermutlich nicht so oft fern des Arbeitsplatzes. **Dass Justizsenatoren wegen Justizpannen Verantwortung übernehmen und zurücktreten ist altmodisch.** Am 10. Juli 1976 trat Justizsenator **Hermann Oxfort** zurück, weil RAF-Gefangene ausgebrochen waren. Und zwei Jahre später, am 27. Mai 1978, trat Justizsenator **Jürgen Baumann** zurück, weil ein Gefangener gewaltsam befreit wurde. Oxfort und Baumann waren übrigens Mitglieder der FDP.

Beim Nachfolger und Parteifreund **Gerhard Moritz Meyer** endete die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, obwohl in seiner Amtszeit 1980 14 Häftlinge verschwanden. Zum Jahreswechsel 2017/2018 entwichen innerhalb von einer Woche neun Gefangene, was Justizsenator **Dirk Behrendt** (Grüne) nicht veranlasste, zurückzutreten.

Die Frage ist nicht allein, wer uns vor Straftätern, sondern auch vor Justizversagen schützt.

### Nie war die Sicherheit so unsicher

In München fand am Wochenende die Sicherheitskonferenz statt, wieder mit einem beeindruckenden Aufgebot an Regierungschefs, Regierungsmitgliedern und allen möglichen Experten, darunter natürlich die unvermeidliche **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**. Finanziert wird diese internationale Konferenz mit Geldern der Bundes- und Bayerischen Staatsregierung sowie unter anderem von der Rüstungsindustrie. Auch die Bundeswehr hilft angeblich bei der Durchführung, beispielsweise durch logistische Unterstützung. Soso.

Noch bevor Bundeskanzler **Friedrich Merz** seine fraglos beachtliche, an die USA adressierte Eröffnungsrede am Freitag hielt, betrat **Markus Söder** die Bühne und plauderte im Superlative-Sound von **Donald Trump** über Bayern. Stünde Bayern allein da, unabhängig von den anderen deutschen Loserlandern, wäre seine Welt offenbar in Ordnung. Bavaria First and Alone.

In Ordnung ist allerdings in dieser Welt gegenwärtig so wenig wie selten zuvor. Was ist das für eine Zeit, in der die geballte westliche Elite und auch eine Reihe von Schurkenstaaten in einem Münchner Hotel sitzt und wie das Kaninchen vor der Schlange auf den Außenminister der USA schaut. **Marco Rubio** sprach vom „**Klimakult**“, den sein Präsident nun vorerst beendet hat, und vom Elend der Massenimmigration. Also nicht vom Elend der Migranten, sondern von unserem Elend, weil wir sie ins Land gelassen haben.

Die USA seien ein Kind Europas. Die alte Freundschaft soll mit neuem Leben erfüllt werden. Er sprach von den kulturellen Highlights Europas und vergas dabei nicht die **Beatles**, die **Rolling Stones** und deutsches Bier zu erwähnen. Da hörte man die Steine von den Herzen plumpsen. Er hätte ja auch da weitermachen können, wo **JD Vance** im letzten Jahr aufgehört hat. Er ließ allerdings keinen Zweifel daran, dass jegliche Zusammenarbeit unter den Spielregeln der USA stattzufinden habe, **America First**. Wir haben lediglich die Möglichkeit, uns kritisch dem Weltbild der USA anzuschließen. Über den Krieg in der Ukraine sagte Rubio nichts, was auch.

1

Schließlich unterstützen die USA die Ukraine nicht mehr. Viele Waffen, die wir liefern, kommen zwar aus den USA, werden von uns aber dort gegen harte Dollar gekauft. Ein lukratives Geschäft für den Deal Maker. Dafür spielen sich die USA, bislang äußerst erfolglos, als Vermittler auf. Die Europäer, die der Ukraine helfen, und auf deren Kontinent der Krieg stattfindet, sitzen nicht am Verhandlungstisch. Das fand selbst der chinesische Außenminister **Wang Yi** merkwürdig.

Die Vereinten Nationen trat Rubio verbal in die Tonne, weil sie nichts gebaekn bekämen. Allein die USA sorgen für Sicherheit und Ordnung und gründen ihren eigenen Sicherheitsrat. Um dort mitzuwirken, kassiert Trump Beiträge in Milliardenhöhe, die bitte wo landen? Und wenn man, um für Sicherheit und Ordnung sorgen zu wollen, dafür einen unliebsamen Staatschef aus seinem Schlafzimmer entführen muss, ist es halt so. Inzwischen zeigt sich, dass **Trump nie die Absicht hatte, in Venezuela einen Regimewechsel herbeizuführen.** Diktaturen gefallen ihm besser. Er lässt die Vizepräsidentin gewähren, solange er die Rohstoffe des Landes ausbeuten kann. Öllieferungen nach Kuba verbietet Trump, mit dramatischen Folgen für die Menschen.

Der chinesische Außenminister **Wang Yi** sprach auch von Zusammenarbeit mit Europa, lies dabei aber nicht unerwähnt, wie wichtig sein Land sei. Offensichtlich haben die USA und China Minderwertigkeitskomplexe, wenn sie ständig erwähnen müssen, dass sie die Größten sind. Dezent warnte er davor, dass wir unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu sehr aufgeben.

China sei nicht beteiligt am Ukraine-Krieg und setze sich für die Souveränität des Landes ein. Heuchlerischer geht's kaum. Wenn auch nicht offiziell, so doch aber verdeckt, liefert China Waffen an Russland, die natürlich auch in der Ukraine eingesetzt werden können. Dass China in seinem Land Minderheiten unterdrückt, permanent Taiwan bedroht, und jeden Kritiker so schnell wie möglich entsorgt, wurde in München nicht thematisiert. Warum auch.

Apropos entsorgen! Am Rande der Konferenz teilte die Witwe von **Alexej Nawalny** mit, dass in Laboren verschiedener europäischer Staaten, in Gewebeproben von Nawalyns Leiche Epibatidin nachgewiesen wurde. Putin hat seinen Erzfeind zweimal vergiftet, zuletzt erfolgreich. Wie die Gewebeproben in die Labore kamen, ist nicht bekannt. Die Reaktion auf die Vorwürfe aus dem Krell kann man sich selbst schreiben. Lügen über Lügen. **Und die schlimmste Lüge ist, dass Putin Frieden in der Ukraine will.**

## Was noch?

Berlins U-Bahn war Gegenstand der Aktuellen Stunde am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. „Die U-Bahn ist kein öffentlicher Aufenthaltsort, keine Ersatzwohnung, kein Drogenverkaufsshop“, sagte der AfD-Verkehrspolitiker **Rolf Wiedenhaupt** in der Debatte. Doch. Genau das ist sie. Dazu ziemlich verdeckt, Züge und Bahnsteige. Wie es anders aussehen kann, ist beispielweise in Wien und Hamburg zu sehen.

U-Bahn-Fahren ist die schnellste Verbindung von A nach B, aber keine Vergnügungsreise. In vielen Städten, wie Amsterdam oder Paris, kommt man ohne Ticket nicht auf den Bahnsteig. Und an einigen Bahnhöfen in Paris haben Selbstmörder keine Chance, weil sich der Zugang zur Bahn erst dann öffnet, wenn sie zum Stehen gekommen ist. All das lässt sich in der Berliner U-Bahn nachträglich nicht einbauen. Eine wichtige Errungenschaft sind die Aufzüge, die einen vom Bahnsteig auf die Straße bringen. Wie soll ein kontrollierter Zugang hier geregelt werden? Nein, eine Zugangskontrolle kann es in einem offenen System nicht geben, es müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, mehr Kontrollen auf den Bahnsteigen und Zügen. Wer aber solls machen und bezahlen?

## Noch was?

Ja, bleiben wir beim Thema Sicherheit in der Bahn. Nicht mehr zum Deutschlandticket den Personalausweis zeigen lassen zu wollen, weil dies einen Konfliktpunkt darstellt, ist eine Kapitulationserklärung. Die meisten Menschen, die einen Zug besteigen, haben ein Ticket. Wer Platz genommen hat, kann sich über die DB-App einchecken, wodurch die Face-to-Face-Kontrolle entfällt. Warum laufen also Zugbegleiter allein durch die Wagen und lassen sich die Tickets zeigen? Würde es nicht ausreichen, in einer Zwei- oder Drei-Personen-Gruppe Stichproben zu machen?

Erschreckend sind die Zahlen von Körperverletzungen, Messerattacken und Angriffe auf Reisende, Bahn-Mitarbeiter und sogar Polizisten auf deutschen Bahnhöfen. *Neue Daten der Bundespolizei für 2025 verdeutlichen jetzt das alarmierende Ausmaß der Eskalation an zehn deutschen Bahnhöfen. Dabei wurden mehr als 980 Messer- und rund 2200 Sexualdelikte in Zügen und auf Bahnhöfen aktenkundig.* Berlin steht an dritter Stelle hinter Leipzig und Dortmund, meldet heute **BILD**. Kommen Sie gesund und unbeschadet durch die KW 8. **Ed Koch**

16) Never ending Stories. Von Ed Koch



Nr. 646-12

12. Februar 2026

51. Jahrgang

## Never ending Stories

Ein Déjà-vu jagt das nächste. Immer wieder die gleichen, nie enden wollenden Geschichten. Jetzt kommt die CDU tatsächlich mit dem alten Hit **Magnetschwebebahn** wieder um die Ecke. Ist das Thema nicht längst für Berlin gestorben?

Auch eine andere *never ending story* ist wieder ihr Gespräch. Die **Randbebauung** des Tempelhofer Feldes. In einem Entwurf des Wahlprogramms, das dem **Tagesspiegel**, wem sonst, exklusiv vorliegt, legt sich die SPD fest, den Rand nicht zu bebauen, bevor alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Das Thema muss nicht mehr diskutiert werden. Es wird keine Randbebauung geben, *never ever*.



**Lars Klingbeil** rief nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 2021 die Zwanziger Jahre zum „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ aus. Im Januar 2022 traf sich die SPD-Spitze auf dem **EUREF-Campus** zum

Auftakt des Wahljahres, in dem vier Landtage neu bestimmt werden sollten.



Am 22. Januar 2022 waren die Spitzenkandidaten der SPD für die anstehenden Landtagswahlen noch frohen Mutes, v.l.n.r. **Thomas Losse-Müller** (Schleswig-Holstein), **Anke Rehlinger** (Saarland), **Thomas Kutschaty** (NRW), Bundeskanzler **Olaf Scholz**, die Parteivorsitzenden **Saskia Esken** und **Lars Klingbeil** sowie **Stephan Weil** (Niedersachsen). *Fotos: Ed Koch*

Das Ergebnis war ein 50:50-Sieg. Im Saarland gewann die SPD am 27. März die absolute Mehrheit, am 8. und 15. Mai musste sie sich in Schleswig-Holstein und NRW der CDU geschlagen geben, konnte aber nach dem 9. Oktober in Niedersachsen weiterhin den Ministerpräsidenten stellen.

In der Mitte des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ steht die SPD schlecht wie nie da. Die DDR hatte sich stets auf Fünf-Jahres-Pläne verständigt, die meis-

tens scheiterten, zehn Jahre vorausblicken zu wollen, musste erst recht schiefe gehen.

Und nun folgt das nächste Déjà-vu in der Begrifflichkeit: Die Berliner SPD ruft das „**Jahrzehnt der Investitionen**“ aus. „Neben dem Wohnungsbau“, berichtet der **Tagesspiegel**, „haben für die Berliner Sozialdemokratie die Sanierung der Straßen und Brücken und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs Priorität. Auch Investitionen in die Energie- und Wärmewende, in Schulen und Kitas, in Krankenhäuser und in die Verwaltung und Digitalisierung „müssen auf die Straße kommen“, heißt es im Entwurf des Wahlprogramms.“

Investiert werden soll aber nicht in den Weiterbau der A100. Dann doch lieber die Mittel in den öffentlichen Nahverkehr und in Fuß- und Radverkehr fließen lassen. Diese Überlegungen sind nicht nachvollziehbar, weil den Ausbau der A100 der Bund finanziert und kaum bereit sein wird, die Mittel dafür in die Radwegeinfrastruktur Berlins umzuleiten.

Punkten will die SPD mit dem Thema Wohnen, wobei es vornehmlich um den Bau neuer Wohnungen geht. 100.000 sind für die kommende Legislaturperiode angedacht, also 20.000 pro Jahr. Ein Ziel, das nie erreicht wurde. *Nach einem Höchststand von knapp 19.000 Wohnungen im Jahr 2019 stagnierten die Zahlen in den letzten Jahren bei rund 15.000 bis 16.000 Einheiten.* 2019 war übrigens **Katrin Lompscher** (Die Linke) Bausenatorin.

Wussten Sie, dass der parteilose **Hans Scharoun** 1945 Berlins erster Baustadtrat im Gesamtberliner Magistrat war? Ein Baustadtrat, der selbst baute, zum Beispiel zwischen 1956 und 1963 die Philharmonie. Nach Scharoun haben 14 Sozialdemokraten, vier CDU-Politiker, zwei der Linken und einer der FDP das Bauressort verantwortet. Die SPD sollte es sein lassen, wieder mit einer Zahl zu kommen, die sich bislang als unrealistisch erwiesen hat. Sagt doch einfach, wir bauen, was möglich ist und versuchen, dies möglich zu machen, anstatt sich selbst unter Zugzwang zu setzen. Man muss kein Mitleid mit dem amtierenden Bausenator **Christian Gaebler** haben, wenn er mal wieder in der Abendschau verkündet, dass die 20.000-Marke verfehlt wurde. Schon 1981 sang **Nicole**: *Flieg nicht zu hoch, mein kleiner Freund*. Wie viele Wohnungen 1981 gebaut wurden, war nicht zu ermitteln, wohl aber, dass es in diesem Jahr gleich drei Bausenatoren gab: **Harry Ristock** und **Peter Ulrich** (beide SPD) und **Ulrich Rastemborski** (CDU), der Mann, der eines Tages plötzlich verschwand und nicht ins Amt zurückkehrte. Tja.

**Ed Koch**

1

## 17) Vergiss Amerika. Von Ed Koch



Nr. 646-11

11. Februar 2026

51. Jahrgang

### Vergiss Amerika

Die Überschrift haben wir aus dem gleichnamigen Film des Jahres 2000 entliehen. 26 Jahre später ist sein Titel aus anderen Zusammenhängen heraus, aktueller denn je. Laut einer Umfrage des Tagesspiegel **Checkpoint** sprechen sich 91 Prozent derzeit gegen eine Reise in die USA aus, nur sechs Prozent sagen, „Ja, warum nicht?“ Zum Beispiel, weil die Anforderungen einfach unverschämt sind. Die Reisezahlen sind rückläufig, 28 Prozent Minus 2025 zum Vorjahr, es machen sich aber immerhin noch zwei Millionen Unerschrockene auf den Weg über den Atlantik.

„Deutsche und Bürger einer Reihe weiterer Staaten müssen für Reisen in die USA künftig möglicherweise ihre Online-Aktivitäten über fünf Jahre offenlegen. Gemeint sind offenbar Nutzerkonten bei Plattformen wie X, Facebook oder Instagram, wie sie bereits bei Visa-Bewerbungen abgefragt werden. Auch deutlich umfangreichere persönliche Daten könnten künftig abgefragt werden. Dazu gehören alle Telefonnummern des Reisenden der vergangenen fünf Jahre sowie die E-Mail-Adressen der vergangenen zehn Jahre. Darüber hinaus werden detaillierte Angaben zu Familienmitgliedern verlangt. Dazu zählen Geburtsdaten, Anschriften sowie Telefonnummern.“ ZDF



Zwischen 1985 und 2015 bot sich Jedes Jahr zu Beginn der Osterferien dieses Bild auf dem Flughafen Tegel. Eine Jugendgruppe startete in die USA, verbrachte dort gut zehn Tage in Gastfamilien in Kansas, Colorado und New York State, und besuchte für ein paar Tage die Metropolen New York City, Los Angeles oder San Francisco. 46 Jugendbegegnungsreisen mit 584 Teilnehmenden und 40 Studienreisen mit 358 Teilnehmenden, darunter einige mit Bildungsurlaubsanspruch für Erwachsene, fanden in dieser Zeit statt, veranstaltet vom Paper Press e.V. und seinem Partnerverein, dem CPYE e.V. Motto: „Kleine Gruppen – Große Reisen!“ Dieser Beitrag könnte problemlos 100 Seiten lang werden, um nur

einen Teil davon aufzuschreiben, was wir in dieser Zeit im Land der unbegrenzten Möglichkeiten erlebt haben. Freundliche Menschen, beeindruckende Städte und wunderschöne Landschaften. Für viele der Teilnehmenden waren unsere Reisen der Einstieg in weitere Aufenthalte in den USA. Schon damals war das Einreisen kein Vergnügen. Lange Warteschlangen, dämmliche Fragen der Einwanderungsbeamten, aber, wenn man diese überwunden hatte, begann das Erlebnis USA.



Ein Gang über die Brooklyn Bridge gehörte bei den New York Aufenthalten dazu. Der Blick über die Stadt zeigt sie 2005 ohne World Trade Center. In den Streets of New York fühlten sich die Kids wohl.

1

# 50 paperpress

seit 1976

Nr. 646-11

11. Februar 2026

51. Jahrgang



Am East River, unterhalb der Brooklyn Bridge lag 2005 noch die Peking. Seit 2020 ist sie als Museumschiff wieder im Hamburger Heimathafen zu sehen.



Auch das in New York, sieht fast so aus wie am Bahnhof Südkreuz.

Zum Programm der Studienreisegruppen zählten Gespräche mit allen möglichen Institutionen, von der UN-Vertretung über die Friedrich-Ebert-Stiftung bis hin zum Goethe-Institut. Natürlich wurde auch das Haus der Vereinten Nationen mit dem Plenarsaal und dem Sicherheitsrat besucht. Für einen Ausflug zur Statue of Liberty blieb immer Zeit.



Bei unseren Reisen zu den Gastfamilien in Colorado führte es uns auch in die Hauptstadt Denver ins Café Berlin, geleitet von einer Auswanderin.



Spuren der Vergangenheit, Fußabdrücke von Dinosaurier in den Felsen der Rocky Mountains.



Eine unserer Jugendgruppen in Ken Caryl, Colorado.



Mehr als ein Höflichkeitsbesuch beim Bürgermeister von Denver, **John Hickenlooper**, mit Gastgeschenk aus Berlin, gehörte natürlich dazu. Hickenlooper war von 2003 bis 2011 Bürgermeister und wechselte 2011 die Straßenseite vom Rathaus ins Capitol, wo er bis 2019 Gouverneur von Colorado war. Zwischenzeitlich wurde er als Präsidentschaftskandidat der Demokraten gehandelt. Seit 2020 sitzt er im Senat in Washington, D.C., wo sein Mandat 2027 endet, er also nicht von den Midterms betroffen ist, da nur ein Teil des Senats neu gewählt wird.

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin  
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)  
Postanschrift: Paper-Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de  
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®  
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.  
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Besonders beliebt waren die USA-Reisen, wenn es nach San Francisco ging. Über die berühmte Brücke sind wir natürlich gelaufen. Alle Fotos: paperpress-Archiv



San Francisco, eine schöne Stadt mit vielen Problemen hinter den Kulissen. Mit der Cable Car die steilen Straßen hoch und runterzufahren, war super. Wir haben alles mitgemacht, was dazu gehört, zum Beispiel den Pacific Coast Highway, die California State Route 1, von San Francisco nach Los Angeles zu fahren, Zwischenstopp in Pismo Beach.



Und natürlich waren wir uns nicht zu schade für ein Foto unter dem Hollywood Schriftzug.

Ja, es waren viele schöne Reisen, an die wir uns alle immer wieder gern erinnern. In New York beim Besuch des Trump Towers an der 5<sup>th</sup> Avenue sind wir dem Namensgeber häufig begegnet.

Schon damals abgeschirmt von Bodyguards und einherstolzierend wie ein Pfau. Was für eine unangenehme Persönlichkeit im Gegensatz zu den vielen anderen Menschen, denen wir in den USA begegnet sind.



In Washinton, D.C., gehörte ein Besuch des Capitols natürlich zum Programm. Der Abgeordnete **Pete Visclosky** empfing uns viele Jahre lang.

Während der Berlin Blockade geboren, im amerikanischen Sektor West-Berlins aufgewachsen, bestand für mich eine natürliche Verbundenheit zu

den USA. Bis 1985 hat es allerdings gedauert, ehe ich das erste Mal in New York landete. 26mal wiederholte sich das im Laufe der Jahre. Quer durch die USA, von West nach Ost und Nord nach Süd führten uns die Wege, die wir häufig mit dem Auto zurücklegten, um das Land besser kennenzulernen. Mit dem Hubschrauber einmal über New York oder den Grand Canyon zu fliegen, sind Erinnerungen, die nie verblasen.

Als Trump 2017 zum ersten Mal Präsident wurde, stand für mich fest, die nächsten vier Jahre keine USA-Reise zu planen. Danach ergab es sich leider nicht mehr und jetzt ist es zu spät. Kein Grund zu klagen, schließlich war ich 33mal dort und habe mit unseren Gruppen ein Land erlebt, das diesen Präsidenten nicht verdient und ihn hoffentlich überlebt.



In San Francisco gehörte ein Besuch der Gefängnisinsel Alcatraz zum Programm. Von 1934 bis 1963 saßen hier die besonders schweren Fälle, wie **Al Capone**, ein. Im Mai 2025 verkündete Trump, das Gefängnis reaktivieren zu wollen. Eine wunderbare Idee. Zellen sind frei, und ich wüsste jemand, der genau dorthin gehört, ein Serienverbrecher, der bereits in 34 Fällen schuldig gesprochen wurde.

Ed Koch

18) KW (02.02. bis 08.02.2026) – Ricarda. Von Ed Koch

## KW 6 – Ricarda



Screenshot WDR Wider den tierischen Ernst

Meine sechste Kalenderwoche in diesem Jahr begann mit einem Fernsehereignis, das Sie sich vermutlich nicht angetan haben, auf meiner Hitliste jedoch ganz weit oben steht. Die Verleihung des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ durch den **Aachener Karnevalsverein (AKV) 1859 e.V.**

*Geehrt werden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für Humor und Menschlichkeit.* Im Wesentlichen sind es Politiker, die den Orden umgehängt bekommen. In der Liste fehlt kaum ein Promi, von **Franz-Josef Strauß**, über **Markus Söder**, **Julia Klöckner**, **Sahra Wagenknecht** und **Gregor Gysi** bis **Annalena Baerbock** und **Friedrich Merz**. Allesamt begnadete Comedians, die gern lachen, auch mal an der falschen Stelle, was bei **Armin Laschet** zum Ende seiner Kanzlerambitionen führte.

Nur selten schaffen es echte Künstler auf die Narrenbühne, wie **Iris Berben**, **Mario Adorf** oder **Ottfried Fischer**. Seit 1950 findet die Veranstaltung statt. Es war wohl nach Gründung der Bundesrepublik im Jahr davor, das drängendste Anliegen der Aachener. Die mehrstündige Ordensverleihung, unterbrochen von allerlei karnevalistischen Showeinlagen, mal besser, mal schlechter gelungen, folgt einem festgelegten Plan.

In den letzten Jahren hat **Guido Cantz** die Eröffnungsrede gehalten, in diesem Jahr führte er durch das Programm. Allein selnetwegen lohnt es sich, das Spektakel anzusehen. Einer der Höhepunkte war in früheren Jahren die Rede von **Wilfried Schmickler** als **Kaiser Karl**, der mit seiner sonoren Stimme den Zuhörern die Leviten las, was bei etlichen Politikern schon mal die Gesichtszüge entgleisen ließ. Gerade diesmal fehlte leider sein Auftritt.

**Guido Cantz** ging durch die ersten Reihen, wo viele aktuelle und ehemalige Politiker saßen, also auf den Plätzen, wo die Getränke nichts kosten. Smalltalk mit **Wolfgang Kubicki** und **Jürgen Rüttgers**, die Älteren erinnern sich, und **Julia Klöckner**, diesmal ohne **Jörg Pilawa**. Für jeden hatte er eine kleine Spitze parat. Der Aachener **Armin Laschet** hätte es gut, er könne nach Hause laufen, womit Cantz auf den Führerscheinenzug Anfang 2025 einging, als sich Laschet verfolgt fühlte und die Geschwindigkeit mit 97 km/h übertrat, wo 50 erlaubt waren.

In diesem Jahr wurde unsere Raketenministerin **Dorothee Bär** mit dem Orden geehrt. Ihre Rede in Reimform war sehr hübsch. Laudator ist der jeweilige Ordensträger des Vorjahres, diesmal also **Lars Klingbeil**. Sein Beitrag war eher bescheiden lustig, den Sozialdemokraten geht langsam der Humor verloren. Die Eröffnungsrede hielt **Ricarda Lang**, die ehemalige Grünen-Chefin. Vorgeschlagen wurde sie von Ordensträger **Wolfgang Kubicki**. Sieh an. Die FDP hat nicht immer ein Problem mit den Grünen. Als sie die Einladung bekam, ging ihr der „Arsch auf Grundeis“ wie sie gestand. „*Halb so wild*“, sagte sie, „*ist ja nicht mehr so viel Arsch wie früher*.“ 40 Kilo hat sie abgenommen. Mit großer Bewunderung blicke ich auf diese Leistung, zu der ich leider nicht fähig bin.

Wegen ihrer Körperfülle musste sich **Ricarda Lang** viel anhören. Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Till Backhaus** (SPD), Deutschlands dienstältester Minister, soll 2022 einem Bericht der »*Schweriner Volkszeitung*« zufolge in einer Rede in Rostock mit Blick auf **Ricarda Lang** gesagt haben: »*Früher waren Dick und Doof zwei Personen*.« *Spiegel* In einem irrte Backhaus gewaltig, denn **Ricarda Lang** ist alles andere als doof, was sie in ihrer Rede in Aachen erneut bewies. Aber nicht nur das. Als nicht mehr in der ersten Reihe stehend, kann sie sich Äußerungen erlauben, die früher nicht am Presse Sprecher vorbeigekommen wären. Zum Berliner Streusalz-Einsatz, der vom Gericht gestoppt wurde, sagte sie: „*Sorry, aber was für ein Wahnsinn! Ältere Menschen verlassen teilweise ihre Wohnung nicht mehr, weil sie Angst haben, sich zu verletzen und dann geht man gerichtlich gegen eine pragmatische Lösung vor*“, schrieb sie auf der Plattform X. So sei *gesellschaftlichen Mehrheiten für Naturschutz ein „Bärendienst“ erwiesen worden*. Quelle: *Tagesspiegel*

Das Karnevalsvergnügen in Aachen zeigte mal wieder, wie gut sich unsere Politiker abseits des Bundestages verstehen. Alle sind per Du, lieber Lars, liebe Julia, wunderschön. Ist die Bundestagsbühne nur Show und das wahre Leben der Karneval?

**Friedrich Merz** hat inzwischen die Beliebtheit von **Olaf Scholz** bei den Autoren von Satire-Sendungen übertroffen. „Fragen Sie Ihre Töchter!“, ist einer seiner bekanntesten Sätze. Seine Töchter hatten allerdings andere Fragen an den Papa. „Nachdem ihn seine jüngste Tochter bei einem Spaziergang der Familie einmal gefragt habe, was eine Aktie sei, habe er das nicht nur erklärt, sagte Merz.“

„Als sie wieder zuhause waren, habe er mit allen drei Sprösslingen ein virtuelles Depot angelegt. Darin habe er einen Teil seines eigenen Depots abgebildet. Seine beiden Töchter und der Sohn hätten (unter Einsatz ihres Taschengeldes, das ihnen der Papa abknöpfte, Anm. d.Red.) an der realen Rendite partizipieren dürfen. „Meine Kinder hatten plötzlichen einen Zugang zu diesem Thema – und obwohl die Jüngste Medizinerin geworden ist, liest sie heute immer noch das Handelsblatt“. Vermutlich neben der Apothekenumschau. Merz nennt das „Frühstart-Rente“. Also, liebe Kids, nichts mehr zu Weihnachten mit irgendwelchen albernen Spielsachen, die schon Silvester in der Ecke liegen. Ab sofort gibt's zu allen Anlässen von Papi eine Aktie. Zu den Feiertagen allerdings ohne des Einsatzes des Taschengeldes. Quelle: stern

### Vorsicht vor falscher Geldanlage

Die Kinder des Bundeskanzlers, die angesichts ihrer wohlhabenden Eltern wenig finanzielle Probleme im Alter haben dürften, sollten aber keine Bitcoins erwerben. Schadenfreude ist gemein. Wenn es aber den Trump-Clan betrifft, darf man sich doch mal auf die Schenkel schlagen: „Mit Krypto wurde die Familie von US-Präsident **Donald Trump** (79) im Vorjahr so richtig reich – jetzt aber dreht sich der Trend. Die von den Trump-Söhnen **Eric** (42) und **Don Jr.** (48) gesteuerten Firmen und ausgegebenen Coins erleiden ... gerade schwere Verluste. ... Der geschätzte Wertverlust liegt im Milliardenbereich.“ **BILD**

„US-Präsident **Donald Trump** und seine Familie verdienen seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus Milliarden mit Kryptowährungsunternehmen und profitieren dabei von einem locker regulierten Markt, den Trump aktiv mitgestaltet hat. Von Meme-Coins bis hin zu Stablecoins - digitalen Währungen, die auf einen festen Wert ausgelegt sind - wird der finanzielle Gewinn auf über fünf Milliarden Dollar (4,25 Milliarden Euro) geschätzt. Kritiker prangern das als beispieldlose Profitgier eines amtierenden Präsidenten an.“ Quelle: Deutsche Welle

Trump betreibt das Präsidentenamts als Geschäft. Hat er wirklich Interesse an der Beendigung des russischen Kriegsverbrechens gegen die Ukraine? Er verdient doch gut an den Waffenverkäufen an Europa.

### Zuletzt

ein Blick auf die Umfragen zu den kommenden Wahlen. Umfragen sind keine Wahlen. Das stimmt. Oft gab es Überraschungen, wenn die Zahlen aus den Umfragen nicht mit denen am Wahlabend übereinstimmten. Im Großen und Ganzen jedoch sind die repräsentativ ermittelten Werte ziemlich genau.

Wie kann es aber sein, dass **ARD** (DeutschlandTrend Infratest dimap) und **ZDF** (Politbarometer Forschungsgruppe Wahlen) am 5. bzw. 6. Februar zu der Erkenntnis kommen, dass 26 Prozent die Union, 24 Prozent die AfD und 15 Prozent die SPD heute wählen würden, wenn am 7. Februar **BILD** (Insa) die Union bei 25 und die AfD bei 26 Prozent sieht, und auch der SPD einen Punkt mehr bescheinigt? Der Vollständigkeit halber: Grüne 12, 13, 11 Prozent, Einigkeit bei der Linken mit 10 Prozent. Laut **BILD** liegen die Zufriedenheitswerte für Merz bei 23 Prozent, und die der Regierung insgesamt bei 22 Prozent, d.h. 67 bzw. 68 Prozent sind unzufrieden.

In einem Monat findet die erste von fünf Landtagswahlen in diesem Jahr statt. In **Baden-Württemberg** holen die Grünen mit **Cem Özdemir** auf, 29 zu 23 Prozent zur CDU. Der Endspurt wird spannend. Özdemir punktet, wie der aktuelle MP **Winfried Kretschmann** mit einer gewissen Abgrenzung zu den Grünen in Berlin.

Ein ähnliches Bild, allerdings aus SPD-Sicht, zeigt sich in **Rheinland-Pfalz**. Die SPD holt auf, 29 zu 26 Prozent zur Union. Wahltermin: 22. März. Auch hier kommt es für MP **Boris Rhein** auf den Endspurt an.

Bis zur Wahl in **Sachsen-Anhalt** am 6. September ist noch Zeit. Schlecht sieht es für die CDU unter ihrem neuen MP **Sven Schulze** aus. Die AfD liegt mit 39 Prozent weit vor der CDU mit 26. Bei einem Bündnis jenseits der AfD könnten SPD (8) und Linke (11) helfen, wenn die Union die linke Brandmauer einreißen würde.

Superwahltag ist in diesem Jahr der 20. September, wenn in **Berlin** und **Mecklenburg-Vorpommern** gewählt wird. Zwei Länder, die Söder gern zu Mittel-erde zusammenlegen würde. In Berlin ist die AfD keine Gefahr. **Kai Wegners** CDU (22) wird sich allerdings einen dritten Koalitionspartner suchen müssen. SPD (14), Grüne (16) und Linke (18) könnten sich jedoch auch wieder zusammenfinden. **Manuela Schwesigs** SPD hat in MV sechs Punkte aufgeholt, auf jetzt 25 Prozent, jedoch weiterhin zehn weniger als die AfD. Es wird ein hartes Jahr.

Ed Koch

**Friedrich Merz** hat inzwischen die Beliebtheit von **Olaf Scholz** bei den Autoren von Satire-Sendungen übertroffen. „Fragen Sie Ihre Töchter!“, ist einer seiner bekanntesten Sätze. Seine Töchter hatten allerdings andere Fragen an den Papa. „Nachdem ihn seine jüngste Tochter bei einem Spaziergang der Familie einmal gefragt habe, was eine Aktie sei, habe er das nicht nur erklärt, sagte Merz.“

„Als sie wieder zuhause waren, habe er mit allen drei Sprösslingen ein virtuelles Depot angelegt. Darin habe er einen Teil seines eigenen Depots abgebildet. Seine beiden Töchter und der Sohn hätten (unter Einsatz ihres Taschengeldes, das ihnen der Papa abknöpfte, Anm. d.Red.) an der realen Rendite partizipieren dürfen. „Meine Kinder hatten plötzlich einen Zugang zu diesem Thema – und obwohl die Jüngste Medizinerin geworden ist, liest sie heute immer noch das Handelsblatt“. Vermutlich neben der Apothekenumschau. Merz nennt das „Frühstart-Rente“. Also, liebe Kids, nichts mehr zu Weihnachten mit irgendwelchen albernen Spielsachen, die schon Silvester in der Ecke liegen. Ab sofort gibt's zu allen Anlässen von Papi eine Aktie. Zu den Feiertagen allerdings ohne des Einsatzes des Taschengeldes. Quelle: stern

### Vorsicht vor falscher Geldanlage

Die Kinder des Bundeskanzlers, die angesichts ihrer wohlhabenden Eltern wenig finanzielle Probleme im Alter haben dürften, sollten aber keine Bitcoins erwerben. Schadenfreude ist gemein. Wenn es aber den Trump-Clan betrifft, darf man sich doch mal auf die Schenkel schlagen: „Mit Krypto wurde die Familie von US-Präsident **Donald Trump** (79) im Vorjahr so richtig reich – jetzt aber dreht sich der Trend. Die von den Trump-Söhnen **Eric** (42) und **Don Jr.** (48) gesteuerten Firmen und ausgegebenen Coins erleiden ... gerade schwere Verluste. ... Der geschätzte Wertverlust liegt im Milliardenbereich.“ BILD

„US-Präsident **Donald Trump** und seine Familie verdienen seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus Milliarden mit Kryptowährungsunternehmen und profitieren dabei von einem locker regulierten Markt, den Trump aktiv mitgestaltet hat. Von Meme-Coins bis hin zu Stablecoins - digitalen Währungen, die auf einen festen Wert ausgelegt sind - wird der finanzielle Gewinn auf über fünf Milliarden Dollar (4,25 Milliarden Euro) geschätzt. Kritiker prangern das als beisspiellose Profitgier eines amtierenden Präsidenten an.“ Quelle: Deutsche Welle

Trump betreibt das Präsidentenamt als Geschäft. Hat er wirklich Interesse an der Beendigung des russischen Kriegsverbrechens gegen die Ukraine? Er verdient doch gut an den Waffenverkäufen an Europa.

### Zuletzt

ein Blick auf die Umfragen zu den kommenden Wahlen. Umfragen sind keine Wahlen. Das stimmt. Oft gab es Überraschungen, wenn die Zahlen aus den Umfragen nicht mit denen am Wahlabend übereinstimmten. Im Großen und Ganzen jedoch sind die repräsentativ ermittelten Werte ziemlich genau.

Wie kann es aber sein, dass **ARD** (DeutschlandTrend Infratest dimap) und **ZDF** (Politbarometer Forschungsgruppe Wahlen) am 5. bzw. 6. Februar zu der Erkenntnis kommen, dass 26 Prozent die Union, 24 Prozent die AfD und 15 Prozent die SPD heute wählen würden, wenn am 7. Februar **BILD** (Insa) die Union bei 25 und die AfD bei 26 Prozent sieht, und auch der SPD einen Punkt mehr bescheinigt? Der Vollständigkeit halber: Grüne 12, 13, 11 Prozent, Einigkeit bei der Linken mit 10 Prozent. Laut **BILD** liegen die Zufriedenheitswerte für Merz bei 23 Prozent, und die der Regierung insgesamt bei 22 Prozent, d.h. 67 bzw. 68 Prozent sind unzufrieden.

In einem Monat findet die erste von fünf Landtagswahlen in diesem Jahr statt. In **Baden-Württemberg** holen die Grünen mit **Cem Özdemir** auf, 29 zu 23 Prozent zur CDU. Der Endspurt wird spannend. Özdemir punktet, wie der aktuelle MP **Winfried Kretschmann** mit einer gewissen Abgrenzung zu den Grünen in Berlin.

Ein ähnliches Bild, allerdings aus SPD-Sicht, zeigt sich in **Rheinland-Pfalz**. Die SPD holt auf, 29 zu 26 Prozent zur Union. Wahltermin: 22. März. Auch hier kommt es für MP **Boris Rhein** auf den Endspurt an.

Bis zur Wahl in **Sachsen-Anhalt** am 6. September ist noch Zeit. Schlecht sieht es für die CDU unter ihrem neuen MP **Sven Schulze** aus. Die AfD liegt mit 39 Prozent weit vor der CDU mit 26. Bei einem Bündnis jenseits der AfD könnten SPD (8) und Linke (11) helfen, wenn die Union die linke Brandmauer einreißen würde.

Superwahltag ist in diesem Jahr der 20. September, wenn in **Berlin** und **Mecklenburg-Vorpommern** gewählt wird. Zwei Länder, die Söder gern zu Mittel-erde zusammenlegen würde. In Berlin ist die AfD keine Gefahr. **Kai Wegners** CDU (22) wird sich allerdings einen dritten Koalitionspartner suchen müssen. SPD (14), Grüne (16) und Linke (18) könnten sich jedoch auch wieder zusammenfinden. **Manuela Schwesigs** SPD hat in MV sechs Punkte aufgeholt, auf jetzt 25 Prozent, jedoch weiterhin zehn weniger als die AfD. Es wird ein hartes Jahr.

Ed Koch

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galziendeutschen -Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

*Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler*

02) Erfolgreiche Präsentation Virtualisierung von Heimatsammlungen in Niedersachsen



Pressemitteilung

Bonn, 18.02.2026

## Projekt zur Virtualisierung historisch ostdeutscher Heimatsammlungen in Niedersachsen vorgestellt

Bonner Geschäftsstelle  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Telefon: +49 228 24965040

Berliner Büro  
Brunnenstraße 191  
10119 Berlin  
Telefon: +49 30 863 355 10

*Mit der öffentlichen Präsentation des Projekts zur Virtualisierung ostdeutscher Heimatsammlungen im Lüneburger Brömsehaus unterstreicht die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen die Bedeutung der digitalen Sicherung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa - dank der Kooperation mit dem Land Niedersachsen ein Projekt mit Zukunft!*

Mail:  
[presse@kulturstiftung.org](mailto:presse@kulturstiftung.org)  
[www.kulturstiftung.org](http://www.kulturstiftung.org)

Lüneburg, 4. Februar 2026 – Die Präsentation des Projekts zur Virtualisierung historisch ostdeutscher Heimatsammlungen im Brömsehaus in Lüneburg durch die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung, sowie dem niedersächsischen Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Deniz Kurku, fand trotz widriger Witterungsverhältnisse vor interessiertem und zahlreich erschienenem Publikum statt.

Zu den geladenen Gästen zählten unter anderem die stellvertretende Lüneburger Bürgermeisterin Hiltrud Lotze, die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols und Heiko Schmelzle - heute Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Niedersachsen - sowie zahlreichen Fachleuten aus Museen, Archiven und wissenschaftlichen Einrichtungen.

### Das Brömsehaus – ein Veranstaltungshaus mit besonderer Geschichte

Felicitas Wende, Geschäftsführerin der Carl-Schirren-Gesellschaft, stellte in ihrer Begrüßung der Gäste das Brömsehaus als einen gewachsenen Ort deutsch-baltischer Erinnerungskultur vor. Das Gebäude beherbergt unter anderem das Carl-Schirren-Archiv, das inzwischen mit Unterstützung des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung auch digital erschlossen wird. Die Wahl



dieses Ortes für die Präsentation des Virtualisierungsprojekts sei bewusst erfolgt, da sich gerade im Brömsehaus beispielhaft zeige, wie historische Überlieferung und moderne Dokumentationsformen zusammengeführt werden können.

### **Erinnerung bewahren – bevor sie verschwindet**

In seinem von Thomas Konhäuser, dem Geschäftsführer der Kulturstiftung verlesenen Grußwort betonte der Landesbeauftragte, Deniz Kurku die Dringlichkeit des Virtualisierungsprojekts der Kulturstiftung: „Die Lage ist ernst. Wenn wir jetzt nicht handeln, verlieren wir nicht nur Ausstellungsstücke sondern Erinnerungen.“ Bundesweit seien rund 600 Heimatsammlungen dokumentiert, viele davon jedoch bereits eingelagert oder nicht mehr öffentlich zugänglich. Rund zwei Millionen Vertriebene kamen nach 1945 nach Niedersachsen. Die Digitalisierung sei daher ein entscheidender Schritt, um deren Zeugnisse dauerhaft für nachfolgende Generationen zu sichern und zugleich neue Zugänge für junge Menschen zu schaffen.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen Niedersachsen, Heiko Schmelzle, verwies auf konkrete Gefährdungen vieler Sammlungen – bis hin zu Verlusten durch unsachgemäße Lagerung oder Hochwasserschäden. Das Projekt sei daher auch als praktischer Beitrag zur Sicherung kultureller Substanz notwendig.

### **Virtualisierung als neue Form der Erinnerungskultur**

In seinem Impulsvortrag beschrieb Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung die Bedeutung der Heimatsammlungen. Diese waren in den Nachkriegsjahrzehnten Orte der Selbstvergewisserung und Integration. Heute stellt sich angesichts des Generationenwechsels die Frage nach neuen Formen der Vermittlung. Die Virtualisierung ermögliche es, umfangreiche Bestände nicht nur zu bewahren, sondern sie in eine zeitgemäße und reflektierende Erinnerungskultur einzubinden.

Barbara Kämpfert, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kulturstiftung, präsentierte das Virtualisierungsprojekt anhand einiger praktischer Beispiele: Ausgewählte Objekte werden zunächst fotografisch erfasst, wissenschaftlich beschrieben und in virtuellen 360-Grad-Rundgängen online zugänglich gemacht. Besucher können sich digital durch die virtuellen Räume bewegen und Exponate interaktiv erkunden – unabhängig von Öffnungszeiten. Ziel sei keine vollständige



Inventarisierung, sondern eine repräsentative, dauerhaft verfügbare Präsentation.

Nach ersten Projekten in Nordrhein-Westfalen und Hessen wurde 2025 ein Pilotprojekt in Niedersachsen gestartet. Sammlungen in Alfeld und Goldenstedt sind inzwischen online abrufbar; die Virtualisierungen der Heimatsammlungen in Bremervörde und Otterndorf befinden sich derzeit in der Bearbeitung.

### Ein hoffnungsvoller Anfang

Unter allen Beteiligten bestand Einigkeit, dass die Virtualisierung von Heimatsammlungen kein Ende markiert, sondern den Beginn eines langfristigen Transformationsprozesses darstellt. Die digitale Präsentation soll darüber hinaus den Dialog zwischen Generationen fördern, Forschung erleichtern und die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Integration stärker im öffentlichen Bewusstsein verankern.

Mit der Veranstaltung machten die Kulturstiftung der Vertriebenen und der niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe deutlich: Die Zukunft der Heimatsammlungen liegt in der klugen Verbindung von historischem Erbe und der virtuellen Präsentation.

Weiterführende Links:

[Ausführlicher Bericht zur Projektvorstellung „Virtualisierung historisch ostdeutscher Heimatsammlungen in Niedersachsen“](#)

[Die Projektvorstellung auf Youtube](#)

[Das Präsentationsvideo zur Virtualisierung der Heimatsammlungen in Niedersachsen](#)

<https://mail.google.com/mail/u/0/#inbox/FMfcgzQfBsnXFpPzSPdsjQBBtTpqqXWS?projector=1>

<https://mail.google.com/mail/u/0/#inbox/FMfcgzQfBsnXFpPzSPdsjQBBtTpqqXWS?projector=1>

[www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de](http://www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de)

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der  
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

**Seite B 69**

***Keine Mitteilungen***

***Keine Mitteilungen***